

# Das Parlament

Berlin, 21. Februar 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 8-9 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Comeback vollendet

Friedrich Merz Mit großer Mehrheit hat die CDU/CSU-Fraktion vergangene Woche den Christdemokraten zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Nachdem es dem Sauerländer im Januar – im dritten Anlauf nach 2018 und 2020 – gelungen war, den Parteivorsitz der CDU zu übernehmen, steht der 66-Jährige nun auch an der Spitze der größten Oppositionsfraktion im Bundestag. Dort stand er vor fast genau 22 Jahren schon einmal – bis er im September 2002 von der damaligen Parteichefin und späteren Bundeskanzlerin Angela Merkel verdrängt wurde. Merz folgt auf den Christdemokraten Ralph Brinkhaus, der seit September 2018 das Amt inne hatte. Brinkhaus hatte Ende Januar erklärt, zugunsten von Merz auf eine erneute Kandidatur zu verzichten.



Wolfgang Kumm

## ZAHL DER WOCHE

197

Mitglieder hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Damit stellt die größte Oppositionsfraktion etwas mehr als ein Viertel der Mitglieder des Hauses – ein wichtiges Quorum, etwa für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und Klagen (abstrakte Normenkontrolle) vor dem Bundesverfassungsgericht.

## ZITAT DER WOCHE

»Ich habe das gerne gemacht, ich habe das geatmet und gelebt.«

Ralph Brinkhaus (CDU) resümierte vergangene Woche seine Zeit als Fraktionschef.

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Soziales Bundestag verlängert Sonderregel zum Kurzarbeitergeld Seite 6

**INNENPOLITIK**  
Bundeswehr Bei der Truppe gilt die Impfpflicht längst Seite 7

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Energie Bundestag berät über steigende Preise und Heizkostenzuschuss Seite 11

**EUROPA UND DIE WELT**  
Afghanistan Tausende Ortskräfte warten noch immer auf die Ausreise Seite 13

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG



# Riskante Manöver

UKRAINE Trotz aller Beteuerungen aus Moskau wächst die Sorge vor einem russischen Angriff

Das Risiko einer Aggression Russlands gegen die Ukraine besteht nach westlicher Einschätzung unvermindert weiter fort. Angesichts des massiven russischen Truppenaufmarschs im Grenzgebiet zur Ukraine besteht seit Wochen die Befürchtung, dass die Verlegung Zehntausender Soldaten der Vorbereitung eines Krieges dienen könnte. Russland weist solche Pläne als Unterstellung zurück. Der russische Präsident Wladimir Putin hat zudem wiederholt ein Ende der Nato-Osterweiterung gefordert sowie vor einer Aufnahme der Ukraine in das Bündnis gewarnt. Unter anderem nach einem Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Kiew und in Moskau hatte es vergangene Woche von russischer Seite Signale für weitere Verhandlungen gegeben, auch zum Abzug russischer Truppen an der ukrainischen Grenze. Allerdings fehlten zunächst substantielle Hinweise für einen solchen Abzug.

**Krieg und Frieden** Die Frage von Krieg und Frieden in Europa beschäftigte die Abgeordneten im Bundestag. Anlass bot am Donnerstag ein Antrag der Unionsfraktion, in dem diese die Bundesregierung aufforderte, „ihren gefährlichen Schlingerkurs in der Russlandpolitik zu beenden“, der zu Irritationen bei den Nato- und EU-Partnern sowie bei Nachbarn und befreundeten Staaten führe.

Johann Wadepuhl (CDU) kritisierte, dass der Bundeskanzler länger klare Worte habe vermissen lassen. So habe es Scholz bei seinem Besuch in Washington US-Präsident Joe Biden überlassen, die Gaspipeline Nord Stream 2 als Teil eines möglichen Sanktionspakets gegen Russland zu bezeichnen. „Ein schwerer Fehler“, befand Wadepuhl. Er konstatierte, dass das „Modell einer Ukraine, die demokratisch, parlamentarisch funktioniert, in der es freie Presse und unabhängige Gerichte gibt“, von der russischen Führung als Bedrohung angesehen werde. An der freien Entscheidung des Landes für eine Nato-Mitgliedschaft dürfe nicht gerüttelt werden. „Wir dürfen uns von Russland nicht vorschreiben lassen, wer sich unseren defensiven, friedlichen Bündnissen anschließt.“ Ralf Stegner (SPD) wies einen Unions-Vorwurf des „Schlingerkurses“ in der Russlandpolitik zurück. Russland müsste bei einer militärischen Eskalation einen hohen Preis zahlen, aber bevor es überhaupt dazu komme, brauche es Geduld für die Diplomatie – und die werde nicht in Interviews betrieben, sondern finde hinter verschlossener Tür statt. „Wer die nächsten fünf Züge vorher an-



Ein Zug transportiert vergangene Woche Militärfahrzeuge von der Krim zurück in die Stützpunkte im südrussischen Militärbezirk. Allerdings bleiben Zweifel, wie ernst es die russische Führung mit der Ankündigung des Abzugs von Soldaten und Gerät an der Grenze zur Ukraine meint.

kündigt, der verliert wahrscheinlich die Partie.“ Stegner wandte sich nicht gegen eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, plädierte aber für Pragmatismus. Diese Entscheidung stehe auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung, wie Bundeskanzler Scholz bei seinem Besuch in Moskau betont habe.

**Bündniswahl** Alexander Gauland (AfD) sprach sich gegen eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine aus. Ihr möge die freie Bündniswahl zustehen, aber es gehe auch darum, in der Staatenordnung „seinen Platz mit Klugheit“ zu behaupten. „Eine gesicherte Existenz zwischen den Fronten ist heilsamer als ein endloser Konflikt.“ Es müsse um eine Lösung gehen, die für die „Großmacht Russland annehmbar“, für die Ukraine akzeptabel sei. Dies könnte ein neutraler Status sein, sagte Gauland und verwies auf das Beispiel Finnlands und Österreichs. Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) unterstrich, dass diese Krise nicht von der Ukraine mitverursacht und nicht von

Nato ausgelöst wurde, sondern das Ergebnis russischer Aggression sei. „Es ist der Versuch, mit Militär geopolitische Einflussphären über die Köpfe unserer mittel- und osteuropäischen Partner hinweg durchzusetzen.“ Die Bundesregierung habe in aller Klarheit deutlich gemacht, dass auf eine weitere russische militärische Eskalation sehr harte Sanktionen folgen würden: „Der Kreml müsste und würde eine solche Attacke bitter bereuen.“ Auch Ulrich Lechte (FDP) warf der russischen Führung ein Denken in Einflussphären vor, das mit der heutigen regelbasierten internationalen Weltordnung nicht vereinbar sei. Der russische Präsident wünsche sich offenbar eine Zeit zurück, als es noch die Sowjetunion gab und man von Moskau aus den Sowjetrepubliken die Politik diktiert hätte. „Aber diese Zeiten sind vorbei. Herzlich willkommen im 21. Jahrhundert.“ Lechte erinnerte daran, dass Russland im Budapest-Memorandum 1994 der Ukraine Sicherheitsgarantien zugesagt habe. Mit

der Annexion der Krim und der Intervention in der Ostukraine habe Russland genau diese Zusage gebrochen.

**Einflussphären** Gregor Gysi (Die Linke) wandte sich gegen den Vorwurf, nur Russland denke in den alten Bahnen von Einflussphären. „Es war doch die Nato, die entgegen einem Versprechen von 1990 14 Staaten aus Ost- und Mitteleuropa aufnahm, also die eigene Einflussphäre deutlich erweiterte.“ Dem Militärbündnis stehe ohnehin kein moralisches Urteil zu. Der erste „heiße Krieg“ in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges drohe nicht in der Ukraine, diesen „ersten heißen Krieg“ führte die Nato gegen Serbien, und zwar auch noch völkerrechtswidrig. Die Unionsfraktion fand mit ihrem Antrag (20/692) für einen noch entschlosseneren Kurs gegenüber Russland in der Ukraine keine Mehrheit. Zwei weitere Oppositionsanträge (20/703, 20/677) überwies das Plenum an die Ausschüsse. Die AfD setzt sich für eine offene Debatte über die Neutralität oder Allianzfreiheit der Ukraine ein, die Linke wendet sich gegen den Plan der Bundesregierung, weitere Bundeswehrsoldaten nach Litauen im Rahmen der Nato-Präsenz zu entsenden.

## EDITORIAL

### Stärke der Demokratie

VON CHRISTIAN ZENTNER

Kühler und kalkulierter, als Russland dies seit Wochen macht, kann man einen Konflikt kaum eskalieren lassen. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim vor acht Jahren haben Frankreich und Deutschland eine besondere Rolle in diesem Konflikt und man kann nun wohl festhalten: Sollte der russische Präsident Wladimir Putin mit dem Zeitpunkt für die Eskalation zumindest auch auf ein Zeitfenster gesetzt haben, in dem Deutschland möglicherweise noch im Übergang zwischen einer konfliktfähigen und einer neu in die Verantwortung gewählten Regierung steckt, so wäre dieses Kalkül nicht aufgegangen. Eine russische Aggression hätte nicht nur wirtschaftliche Folgen, sondern diese wären ebenso „politisch“ und „sicher auch geostategisch“, formulierte Bundeskanzler Olaf Scholz nach intensiven Beratungen mit den europäischen Partnern. Die mögliche Tiefe dieser vom Bundeskanzler formulierten Folgen macht deutlich, dass Deutschland seine besondere Rolle in diesem Konflikt weiter ausfüllen wird. Und es wurde auch klar: Dies geschieht weiterhin eng abgestimmt mit den europäischen Partnern und den Vereinigten Staaten.

Die Bundestagsdebatte in der vergangenen Woche hat zudem unterstrichen, dass die Regierung hierbei eine große Unterstützung im Bundestag hat, von der Koalition genauso wie von weiten Teilen der Opposition. Aus den Reihen von CDU/CSU gab es ausdrücklichen Dank für das Handeln des Bundeskanzlers und der Außenministerin. Man mag über die Fraktionen hinweg bestimmte Aspekte politisch unterschiedlich beurteilen, doch Deutschland war und ist jederzeit bereit und in der Lage, die notwendigen Schritte zu gehen, die zur Bewältigung dieser Krise notwendig werden. Der Bundespräsident formulierte es bei seiner Wiederwahl so: „Ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!“ Die jüngsten Bilder des russischen Präsidenten und seiner westlichen Staatsgäste an zwei Enden eines absurd langen Tisches sind das Symbolbild der Krise, mehr noch als die Panzer an der Grenze zur Ukraine. Sie zeigen, wie weit sich beide Seiten voneinander entfernt haben. Sie zeigen, dass das Vertrauen derzeit nicht einmal für eine persönliche Begrüßung ausreicht und wie weit damit der Weg zueinander ist. Es bleibt die Hoffnung, dass die ersten Schritte aber vielleicht schon gegangen sind.

## Brüsseler Ambitionen

AUSWÄRTIGES Entwurf für ein Grundsatzpapier zur EU-Sicherheitspolitik stößt bei Experten auf geteiltes Echo

Wie soll sich die Europäische Union künftig für Szenarien und geopolitische Dynamiken wie jetzt im Osten Europas wappnen? Die 27 EU-Staaten wollen im März 2022 in einem sicherheitspolitischen Grundlagendokument ausbuchstabieren, mit welchen Bedrohungen sie es zu tun haben und wie reaktions- und handlungsfähig sie im Ernstfall sind. In einer Anhörung im Auswärtigen Ausschuss im Bundestag stieß der Entwurf für einen solchen „Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung der EU“ bei Experten vergangene Woche auf geteiltes Echo. Stefanie Babst (Brooch Associates, London) betonte, das wichtige Fragen etwa zu den Beziehungen zur Nato oder zu Großbritannien und zur Türkei ausgeblendet blieben. „Die EU will mitspielen, gehört werden, und mitgestalten, aber ein wesentliches Machtinstrument erwähnt sie nicht: den nuklearen Schutzschirm die Amerikaner“, hieß es in ihrer schriftlichen Stellungnahme. Der „Strategische Kompass“ gebe keinerlei Hinweise, ob die Europäer in Zukunft eine eigene nukleare Abschreckungskapazität entwickeln wollten, die wohl auf der französischen Atomstreitmacht basieren müsste, argumentierte Babst vor den Abgeordneten.

Für Nicole Koenig (Jacques Delors Centre, Hertie-School) lässt der Entwurf klare Prioritäten vermissen. „Es ist ein Dokument, das den Blick in alle Richtungen wirft, statt wie eine echte Strategie die Route vorzugeben“, hieß es in der schriftlichen Stellungnahme der Expertin. Das „Ambitionsniveau“ wirke diffus, kontroverse Entscheidungen würden

in die Umsetzungsphase vertagt, führte sie vor den Abgeordneten aus. Joachim Kuhs (AfD, Mitglied im Europäischen Parlament) wandte sich gegen den in dem Papier intendierten Versuch, das EU-Konsensprinzip bei militärischen Einsätzen aufzuweichen: Einer angedachten „Koalition der Willigen“ bei EU-Einsätzen stehe zwangsläufig eine „Koalition der Unwilligen“ gegenüber, am Ende bleibe nur Streit übrig. Kuhs wandte sich außerdem dagegen, Doppelstrukturen neben der Nato zu schaffen. David McAllister (CDU, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments) warb dafür, den „Strategischen Kompass“ eng mit dem strategischen Konzept der Nato abzustimmen. Der Entwurf spreche sich für ein militärisches EU-Krisenmanagement aus, damit werde aber die klassische Bündnisverteidigung nicht abgedeckt. Positiv hob er hervor, dass nunmehr die Mitgliedstaaten eingebunden seien – im Unterschied zur „Globalen Strategie“ aus dem Jahre 2016. Daniela Schwarzer (Open Society Foundations) bezeichnete das Dokument als „wichtigen Meilenstein“. Die Mitgliedstaaten müssten sich darauf einigen, wie sie die Bedro-

hungslage der EU einschätzen, nicht nur mit Blick auf Russland und den Ukraine-Konflikt, sondern auch auf Entwicklungen wie hybride Bedrohungen, die Instrumentalisierung irregulärer Migration, die Folgen des Klimawandels und Sicherheitsrisiken durch Pandemien. Die EU müsse die eigene Handlungsfähigkeit „sehr konkret“ stärken, ohne sich in der Frage der transatlantischen Verankerung zu zerstreuen. Für Jürgen Wagner (Informationsstelle Militarisierung, IMI e. V.) präsentiert das Dokument „ein reichlich ungeordnetes Bedrohungsbandel“. Es fehle eine schlüssige Erklärung, für welche Zwecke die darin angedachte bis zu 5.000 Soldaten umfassende schnelle EU-Eingreiftruppe eingesetzt werden soll. Die Fixierung auf militärische Instrumente sei allgegenwärtig, obwohl es sich bei ihnen um ein Teil des Problems und nicht der Lösung handle, befand Wagner.

## STICHWORT

### Strategischer Kompass

> **Bedrohungen** Basis ist eine Analyse möglicher Bedrohungen der EU: Politische Instabilität und bewaffnete Konflikte in Europas Nachbarschaft, Cyber-Angriffe und hybride Kriege, Terror, aber auch Klimawandel und Desinformation.

> **Eingreiftruppe** Die EU soll sicherheitspolitisch handlungsfähiger, flexibler und selbstständiger werden – sichtbar etwa im Vorschlag zur Schaffung einer EU-Eingreiftruppe mit bis zu 5.000 Soldatinnen und Soldaten.

Weiterführende Links zu den Themen der Ausgabe finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE UKRAINE?

Aggression verteuern

PRO



Richard Herzinger, freier Publizist

Ungeachtet anderslautenden Ankündigungen setzt der Kreml den Truppenaufmarsch gegen die Ukraine unvermindert fort. „Diplomatie“ dient dem Putin-Regime nur dazu, den Westen zu täuschen und seine Absichten zu verschleiern. Von seinem Ziel, die Ukraine – ob durch offenen Krieg oder mit anderen Mitteln – wieder unter russische Vorherrschaft zu zwingen, lässt sich Putin durch „Dialog“ allein nicht abbringen. Erst wenn nicht nur der politische und ökonomische, sondern auch der militärische Preis seiner fortgesetzten Aggression für ihn unkalkulierbar hoch wird, besteht die Aussicht, dass er davon ablässt. Die Verteidigungskraft der Ukraine substanzial zu stärken, bedeutet daher keineswegs, die Kriegsgefahr zu vergrößern, sondern im Gegenteil, sie zu verringern. Deutschland darf sich der Pflicht, die demokratische Ukraine gegen die drohende Auslöschung ihrer staatlichen Souveränität durch eine autokratische Macht zu rüsten, nicht länger entziehen. Verteidigt sie doch an vorderster Front die Sicherheit des ganzen demokratischen Europa. Der Hinweis auf die deutsche Geschichte und das daraus abgeleitete Gebot zur Zurückhaltung gegenüber Russland rechtfertigt nicht, der Ukraine Waffenlieferungen zu verweigern. Denn sie hat – neben Belarus – unter dem NS-Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion am schrecklichsten gelitten. Gerade Deutschland muss daher umfassend dazu beizutragen, neues verheerendes Unheil von ihr abzuwenden. Die Geschichte aber lehrt, dass allein rechtzeitige militärische Abschreckung den Eroberungsdrang autoritärer und totalitärer Mächte eindämmen kann. Und dass diese nur gegenüber wehrhaften Demokratien ernsthafte Gesprächsbereitschaft zeigen.

Wirkungslos

CONTRA



Stephan Hebel, freier Publizist

Es ist nicht so, dass Symbole in der Politik unwichtig wären. Aber wer Zeichen setzt, sollte sehr genau überlegen, welche Wirkung sie in der Wirklichkeit hervorrufen können – erst recht, wenn es um Waffen geht. In der Ukraine-Krise, die ja in Wahrheit eine Nato-Russland-Krise ist, gilt realistischere Weise: Würde Deutschland Waffen liefern, könnte das die Ukraine bei einem russischen Angriff so wenig schützen wie das Militärmaterial, das jetzt andere Länder schicken. Ein Krieg gegen Russland wäre wohl nur zu gewinnen, wenn die Nato und vornehmlich die USA aktiv eingreifen würden. Von der globalen Eskalation, die das bedeuten würde, ist selten die Rede – aber die US-Regierung weiß schon, warum sie an einen solchen Schritt nicht ernsthaft denkt. Bleibt also die Symbolik: Ja, liebe Ukraine, wir stehen an deiner Seite. Aber was ist das für eine Hilfe, von der alle wissen, dass sie im Ernstfall wirkungslos bliebe? Ganz besonders Deutschland hat sehr gute Gründe, beim Nein zu Waffenlieferungen zu bleiben. Die Verantwortung für die Opfer des Zweiten Weltkrieges, die manchmal als Argument für die Militärhilfe herangezogen wird, ist viel eher ein Argument dagegen: Die Opfer, die der von den Nationalsozialisten angezettelte Krieg gefordert hat, gab es eben nicht nur auf ukrainischem, sondern auch auf russischem Boden. Das kann nur bedeuten, die Solidarität mit der Ukraine mit dem Versuch einer ausgleichenden Politik gegenüber Moskau zu verbinden. Zu dieser Position zu stehen und alle Kraft auf diplomatische Lösungen zu verwenden, das ist die Pflicht der Deutschen. Und es ist besser, als mit hilfloser Geste die Lieferung von Helmen zu verkünden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Kiesewetter, Russlands Präsident Wladimir Putin behauptet, sein Land ziehe Truppen von der Grenze zur Ukraine ab. Den USA zufolge baut Russland seine Truppenpräsenz im Grenzgebiet aber weiter aus. Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Putin lässt den Westen bewusst im Unklaren. Er stellt die öffentlichen Signale auf Entspannung, rüstet aber in Wirklichkeit weiter auf. Mittlerweile sind zwischen zwei Drittel und drei Viertel der russischen Landstreitkräfte um die Ukraine stationiert. Dazu kommen rund 30.000 Kräfte in Weißrussland und Freischärler in der Ostukraine, die einen möglichen russischen Angriff flankieren können. Die akute Kriegsgefahr ist noch nicht gebannt und wird wohl noch Wochen andauern.

Was glauben Sie, hat Putin tatsächlich einen Großangriff im Sinn oder versucht er mit einem aufwändig inszenierten Bedrohungsszenario, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen? Ich vermute letzteres. Putin baut eine Bedrohungskulisse auf, um die Ukraine und den Westen zu destabilisieren und von innenpolitischen Problemen abzulenken. Sein langfristiges Ziel ist es, die Ukraine und Weißrussland in das russische Territorium einzugliedern. Wahrscheinlich ist ein kleinerer Einmarsch in das Gebiet zwischen Charkiw und Mariupol, um dessen Abspaltung von der Ukraine, um Russland einen Landzugang zur Krim verschaffen. Mit großen Widerständen müsste er dabei nicht rechnen.

Warum nicht? In diesem Gebiet lebt eine mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung. Die Folgen für die Ukraine und uns wären trotzdem immens. Die Regierung um Präsident Selenski würde darüber stürzen und Zehntausende Menschen würden aus Angst vor weiteren Schritten Russlands in die EU flüchten. Und Putin weiß genau, wie das Thema Migration unsere Gesellschaften fordert.

Wie sollten EU und Nato auf die russische Aggression reagieren? Wir sollten nichts an harten Sanktionen ausschließen, zu keinem Zeitpunkt – weder den Stopp der Gas-Pipeline Nord Stream 1 noch die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und auch nicht den Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem Swift oder das Einfrieren von Konten.

Unser Gas kommt zur Hälfte aus Russland, ein Aussetzen der Lieferungen würde Deutschland hart treffen. Ein Stopp würde zu höheren Energiepreisen in Deutschland führen, das müssen wir der Bevölkerung ehrlich sagen. Aber wir sollten bereit sein, diesen Preis zu zahlen, für den Frieden in Europa. Leider sind wir in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Russland geraten, weil die Vorgänger-Bundesregierungen nicht für Energieunabhängigkeit gesorgt haben – da müssen wir uns auch als Union selbstkritisch hinterfragen. Diese Abhängigkeit erklärt auch, warum die Bundesregierung bisher eher verhalten gegenüber Russland aufgetreten ist. Das muss sich ändern.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat in Moskau große Entschlossenheit demonstriert, sollte Russland einen Krieg vom Zaun brechen. Gibt es ein Umdenken in der deutschen Außenpolitik, die jahrzehntelang auf gute Beziehungen zu Russland gesetzt hat? Es ist gut, dass die neue Bundesregierung das „Diplomatie“-Narrativ in „Diplomatie und Härte“ geändert hat und sich aktuell im transatlantischen Bündnis klar positioniert. Ich hoffe, dass dieser neue Ton in

»Sprache der Stärke«

RODERICH KIESEWETTER Der CDU-Außenexperte sieht die Kriegsgefahr in der Ukraine nicht gebannt. Im Umgang mit Russland fordert er Diplomatie und Härte



© picture-alliance/photothek/Leon Kuegeler

Moskau verfangt. Deutschland darf nicht länger den Eindruck erwecken, zwischen den Blöcken zu wandern. Putin versteht die Sprache der Stärke, wenn sie glaubhaft untermauert ist.

Sollte Deutschland auch Defensivwaffen an die Ukraine liefern? Eine schwierige Frage. 2014, nach der Annexion der Krim, haben Deutschland und Frankreich den US-amerikanischen Vorschlag einer militärischen Aufrüstung der Ukraine abgelehnt und den Minsker Pro-

zess im Normandie-Format auf den Weg gebracht. Russland hat uns das als Schwäche ausgelegt und mit weiteren Eskalationen und noch mehr Aufrüstung reagiert. Trotzdem bin ich kein großer Freund von Waffenlieferungen. Zum einen ist es schwierig, zwischen Angriffs- und Defensivwaffen zu unterscheiden. Zum anderen hat die Bundeswehr derzeit nicht mal genug Waffen und Munition, um die Verteidigung der Bundesrepublik zu gewährleisten. Insgesamt sollten selektive Lieferungen aber nicht ausgeschlossen werden.

Wie kann Deutschland der Ukraine dann helfen?

Wir können den Schutz der ukrainischen Soldaten durch spezielle Fahrzeuge oder Panzerabwehrsysteme verbessern. Entsprechende Wünsche der Ukraine werden von der Bundesregierung gerade geprüft. Wichtig ist aber nicht nur das Militär, sondern auch die zivile Unterstützung. Und da leistet Deutschland viel. Wir haben der Ukraine in den vergangenen Jahren mit rund sechs Milliarden Euro geholfen und sind damit der größte Geber. Ein Gedanke dahinter war, eine prosperierende und eng mit der EU vernetzte Ukraine zum Vorbild für die russische Gesellschaft zu machen. Doch davon ist sie noch weit entfernt. Die Ukraine braucht eine bessere Regierungsführung, eine effektivere Kontrolle der Finanzströme und entschlossenere Schritte im Kampf gegen Korruption.

Putin fordert umfangreiche Sicherheitsgarantien von den Nato-Staaten, wie den Stopp der offenen Nato-Osterweiterung und den Abzug der Nato-Truppen aus Osteuropa. Das schließt das Bündnis aber kategorisch aus. Wie können diese gegensätzlichen Positionen in Einklang gebracht werden? Die Nato sollte hart bleiben. Weder steht eine Osterweiterung an, noch ist denkbar, die nach 1990 geschaffene Friedensordnung in Europa zu verändern. Dann müssten Polen und die baltischen Staaten aus der Nato austreten. Unvorstellbar. Wir sollten stattdessen auch Forderungen stellen: Was ist mit einem Abzug der russischen Nuklear- und Mittelstreckenraketen aus Kaliningrad? Was mit einem Abzug der Truppen aus Abchasien und der Wiedereingliederung in georgisches Gebiet? Was macht Russland in Syrien, Mali und Libyen? Auch über die Rückkehr zu Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen in Europa sollten wir sprechen.

Warum sollte Putin Interesse daran haben, über diese Fragen zu verhandeln?

Er muss erkennen, dass er wirtschaftlich und politisch mehr davon hat, wenn er mit uns am Verhandlungstisch sitzt. Es gibt gemeinsame Themen, bei denen es sich auch für ihn lohnt, im Gespräch zu bleiben, Terrorismusbekämpfung etwa, Drogenschmuggel, Klimawandel und Cybersicherheit. Aber es sollte auch um Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen gehen. Wir müssen erreichen, dass die Krim-Frage international entschieden wird und Russland sich aus der Ostukraine zurückzieht. Auch ein gemeinsames Sicherheitsabkommen in Europa wäre absolut sinnvoll. Aber das derzeitige russische Verhalten macht Verhandlungen darüber fast unmöglich.

Sehen Sie Anzeichen, dass eine Entspannung in den Beziehungen mit Russland gelingen kann?

Das kommt auch auf uns selbst an. Die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa befindet sich in einem tiefgreifenden Umbau, durch die Querdenker-Bewegung, den demografischen Wandel, den Druck auf die Sozialsysteme. Wenn wir zulassen, dass unsere Gesellschaft sich weiter spaltet, wird Putin mit seiner Destabilisierungsstrategie bald am längeren Hebel sitzen. Wir können Russland gegenüber nur stark bleiben, wenn wir in Europa mit einer Stimme sprechen und unser Werte- und Wohlstandssystem schützen.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Roderich Kiesewetter (CDU) sitzt seit 2009 im Deutschen Bundestag. Er ist Obmann im Auswärtigen Ausschuss und Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Facettenreiche: Anikó Merten

Zum Jahreswechsel 2020/2021 wünschte sich Anikó Merten etwas Neues: Langeweile. In Erfüllung ging ihr Begehren. Heute steht sie in ihrem Büro im Jakob-Kaiser-Haus und mustert die Wand hinterm Schreibtisch. Haftnotizzettel kleben am Weiß, auf ihnen steht „Unterkante“ oder „Oberkante“, „linke Ausrichtung“ oder „rechte Ausrichtung“; sie markieren die Position eines Siebdrucks, den Merten aus ihrer Heimat Braunschweig mitgebracht hat. „den fertigte eine liebe Freundin, Karla Helene Hecker, für mich an, aus Freude über meinen Bundestagsbesuch“. Das ist nicht lange her. Merten, 39, ist neu im Parlament. Noch lehnt das Bild in Plastik eingepackt an der Wand, das Büro ist gerade bezogen. Das Unikat auf japanischem Papier zeigt verschiedene Muster, die wie Tetris-Steine ineinander puzzeln. „Es beschreibt für mich eine Überlappung, ein Miteinander und ein Gegeneinander – ein Zusammenspiel – mit dem wir sinnbildlich auch hier im Bundestag beschäftigt sind“, lächelt sie; das Bild wird mittig ausgerichtet hängen, wie es sich für die FDP gehört, für die Merten als Nr. 8 der Landesliste einzog. Mit Kunst kennt sie sich aus. Merten studierte Kunstwissenschaften und arbeitete als Lehrbeauftragte an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, war wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU. Sie organisierte Veranstaltungen zur politischen Bildung der Naumann-Stiftung und arbeitete im Aufbau von Fortbildungseinrichtungen, etwa in Indien und Kasachstan. Doch dann kam in dieses facettenreiche Berufsleben eine Kandidatur für den Bundes-

tag, „aus einem Impuls heraus“. In der Corona-Pandemie sei die Krise der Kultur- und Kreativitätsbranche nie in den Fokus gestellt worden. „Ich wollte ihr eine Stimme geben“; schon vor Corona sei einiges schiefgelaufen: Da seien ein Übermaß an Bürokratie und ein kaum Gehört-Werden in der Politik, welche sich der Kultur in verschiedenen Ressorts widme, „zuweilen auch im Gegeneinander“. Der Blick ruht auf dem Siebdruck. In diesen Tagen aber steht anderes in ihrem Fokus: die Ukraine-



»Es ist immer noch völlig unabsehbar, in welche Richtung sich diese Krise bewegt.«

krise. Merten sitzt in gleich drei Ausschüssen. Neben Klimaschutz und Energie sowie Kultur und Medien hat sie auch den Auswärtigen Ausschuss auf ihrer Sitzungsagenda. Auf die Politik von Präsident Wladimir Putin angesprochen, verweist sie auf den Bundespräsidenten: „Frank-Walter Steinmeier machte in seiner Rede die Stärken der Demokratie auch im Vergleich mit anderen politischen Systemen deutlich.“ Und zu Kanzler Olaf Scholz etwas

schmallippig: „Wir müssen aufpassen, dass wir mit einer Stimme sprechen.“ Eines aber sei ihr wichtig: dass Freiheitsbestrebungen immer und überall zu unterstützen seien. „In der Ukraine, aber auch weltweit.“ Putin sei ein Stratege, „es ist immer noch völlig unabsehbar, in welche Richtung sich diese Krise bewegt. Absolut notwendig wird sein, dass der Gesprächsfaden nicht abreißt, dass die Diplomatie weiterhin spricht.“ Auf ihrer Website rinkt der Hashtag #immerweiterfunkeln – ihr Leitspruch, seit sie 2019 ihren Ehemann bei einem Unfall verlor. Sie sei unmittelbar danach wie ein Schatten ihrer selbst gewesen. Momente, die man nicht nachvollziehen könne. Hilfe habe sie sich geholt. „Ich lernte: Das Leben bedeutet auch, zu wirken. Alles, was der Mensch macht, seine Worte und Taten, ist wie der Funken Schlag einer Wunderkerze.“ Eine neue Bewusstheit habe sich bei ihr seitdem eingestellt. Dafür, dass es gut ist, sich mit dem Tod auseinanderzusetzen, und sei es über eine Patientenverfügung, „das hilft den Angehörigen“. Und dafür, dass der Gesamtbereich der „mental health“ in Deutschland zu fördern sei. Es war nicht ihr erster Moment der Bewusstheit. Nach dem Abi wollte die in einem Dorf zwischen Magdeburg und Wittenberge Aufgewachsene Kunst studieren, was nicht klappte. Während des Lehramtsstudiums in Magdeburg wurde wegen eines lang bekannten Herzfehlers eine OP nötig. „Damals beschloss ich, mehr darauf zu achten, was ich will.“ Es folgten der Umzug nach Braunschweig, das neue Studium, eine neue Heimat. Kein Leben passt in 4.000 Zeichen. Mertens aber erst recht nicht. Jan Rübél

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss  
18. Februar 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurbesenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur  
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Leserservice/Abonnement  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure  
Lisa Brüßler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (njk)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Elena Müller (emu)  
Sören Christian Reimer (scr) cvD  
Sandra Schmidt (sas)  
Michael Schmidt (ms)  
Helmut Stoltenberg (stg)  
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deisenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Verlegung von Panzerhaubitzen der Bundeswehr aus der Hindenburg-Kaserne in Munster (Lüneburger Heide) nach Litauen: Deutschland entsendet seit dem 14. Februar rund 350 Soldatinnen und Soldaten mit etwa hundert Fahrzeugen und unterschiedlichen Waffensystemen ins Baltikum. © picture-alliance/dpa/Philipp Schulze

# Uneingeschränkte Solidarität

**OSTEUROPA** Von der EU erwarten die Staaten geschlossenes Handeln gegen das imperiale Gebaren des Kremls

Vier Turnhallen hat die Stadt Elblag an der Ostsee für die Kriegsflüchtlinge bereitgestellt, 250 Schlafplätze insgesamt. Olsztyn (Alleinstein) in den Masurien will die Ukrainer im Hotel „Relax“ willkommen heißen. Bei einem größeren Ansturm würden weitere Schulgebäude bereitgestellt, heißt es in der Gemeinde. Nur 48 Stunden hatten Polen Lokalverwaltungen im Angesicht einer drohenden russischen Invasion in der Ukraine Zeit, um bei der Zentralregierung in Warschau erste Unterbringungsmöglichkeiten für ukrainische Flüchtlinge anzumelden. Insgesamt rechnet die Regierung mit ein bis zwei Millionen Ukrainern, die nach Polen flüchten könnten, sollte es zu einer Invasion kommen. Seit Sommer 2017 brauchen Besitzer eines biometrischen Reisepasses kein Visum mehr und können sich bis zu 90 Tage lang legal in Polen und damit auch im gesamten Schengenraum aufhalten.

**Erwartete Flüchtlingswelle** Laut ukrainischen Schätzungen könnten insgesamt fünf bis sechs Millionen Bürger bei einer Besetzung durch Russland in die EU fliehen. Viele von ihnen würden das benachbarte Polen als erstes Zielland wählen, denn hier leben bereits bis zu zwei Millionen ukrainische Gastarbeiter. In polnischen Großstädten sind die Fahrkartenautomaten des öffentlichen Verkehrs daher neben Englisch auch auf Ukrainisch beschriftet, viele Dienstleister-Hotlines bieten Ukrainisch im Sprachmenü an. Auch in den drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, aber auch im slawisch-sprachigen Tschechien und der Slowakei, leben viele Ukrainer; sie gelten dort als zuverlässige Arbeiter und leicht integrierbare Mitbürger.

Besonders eng sind allerdings die polnisch-ukrainischen Beziehungen. Sie begannen nicht erst mit der Waffenbrüderschaft im Warschauer Pakt zu Sowjetzeiten, sondern reichen weit in die Vergangenheit zurück. Für das nach den Teilungen nach mehr als hundert Jahren wieder auferstandene Polen ist die „Rzeczpospolita“ (1569-1791), die polnisch-litauische Adelsrepublik, die auch weite Teile der heutigen Ukraine und Belarus umfasste, der Angelpunkt seiner Ostpolitik. In antikommunistischen Dissidentenkreisen wurde lange vor der Wende von 1989 eine enge Freundschaft eines freien, demokratischen Polens mit den Nachbarn im Osten, den in spe freien Ex-Sowjetrepubliken Litauen, Belarus und Ukraine, propagiert. In ähnlichem Ton hatte sich Mitte des

19. Jahrhunderts bereits der ukrainische Nationaldichter Taras Schewtschenko an die Polen gewandt. Es war deshalb kein Zufall, dass Polen Ende August 1991 als erstes Land der Welt die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte. Warschau war damit ein paar Stunden schneller als Kanada mit seiner ebenfalls großen ukrainischen Diaspora. Trotz vieler historischer Probleme und Ressentiments, ethnisch motivierten Gräueltaten und Vertreibungen in der polnisch-ukrainischen Grenzregion im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, haben alle polnischen Regierungen ab 1991 die europäischen Ambitionen der Ukraine unterstützt. Auch wenn sie unter den Präsidenten Leonid Kutschma (1994 bis 2005) und Wiktor Janukowitsch (2010 bis 2014) einen Schaukelkurs zwischen Russland und der EU verfolgte, blieb die polnische Regierung in Warschau immer in engem, wohlwollendem Kontakt und unterstützte tatkräftig die Transformation zur rechtsstaatlich abgesticherten Marktwirtschaft. Dies war und ist übrigens auch unter allen Kabinetten der

aktuell regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) der Fall. Als prophetisch erscheint inzwischen die Rede von Staatspräsident Lech Kaczyński (PiS) in der vor dem Einmarsch russischer Truppen unmittelbar bedrohten georgischen Hauptstadt Tiflis im August 2008. Er warnte darin vor dem Szenario „heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen das Baltikum und dann Polen“, wenn der Westen Wladimir Putin (damals russischer Ministerpräsident) der völkerverrechtlichten russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014 kam diese Warnung auch in der Europäischen Union an. Es dauerte indes noch einmal bis Juni 2017 bis die Nato ihre Ostflanke stärkte und multinationale Kampftruppen (Battle Groups) nach Polen (unter US-Führung), Litauen (unter deutscher Führung), Lettland (unter kanadischer Führung) und Estland (unter britischer Führung) entsandte.

**Wachsende Kontingente** Unter dem Eindruck der aktuellen Bedrohung der Ukraine durch eine massive russische Truppenkonzentration jenseits der Grenze im Osten und Norden, auf der Krim und in Belarus werden diese Kontingente gerade auf Bestreben Polens, des Baltikums und Rumäniens – das eine 650 Kilometer lange Grenze mit der Ukraine hat – aufgestockt.

Die Bundeswehr hat 350 Soldaten zusätzlich nach Rukla in Litauen abkommandiert. Fast 5.000 US-Soldaten werden nach Polen verlegt und sind teils schon dort angekommen. Erwartet werden dort außerdem rund 350 britische Soldaten. Spanien hat bereits vier Kampfjets und rund 130 Soldaten nach Bulgarien entsandt; die USA haben ihre Präsenz in Rumänien auf 1.900 Soldaten verdoppelt. Auch die Nato will neue Soldaten nach Rumänien und Bulgarien verlegen, wie viele ist noch unklar. Ausschlaggebend für die Aufstockung der westlichen Truppen war der Druck der Nato-Mitglieder an der Ostflanke. Allesamt haben sie schlechte historische Erfahrungen mit dem imperialen Russland und teils auch mit der von Russland dominierten Sowjetunion gemacht. Alle drei Baltenstaaten wurden 1940 nach dem Molotow-Rippentrop-Pakt von der Sowjetunion besetzt und nach 1945 gegen ihren Willen in diese einverleibt. Dasselbe Schicksal teilten jene Gebiete Ostpolens, die heute teils zu Belarus und der Ukraine gehören. Von der EU erwarten die Osteuropäer in der aktuellen Situation Solidarität und geschlossenes Handeln gegen das imperiale

Gebaren des Kremls. Putins Forderung nach einer de facto-Rückgängigmachung der Nato-Osterweiterungen ab 1997 würde alle ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten, das Baltikum und einige Staaten Ex-Jugoslawiens betreffen. Auch ehemals sozialistische Staaten wie Albanien und Rumänien, die sich früh von Moskau entfernt hatten, müssten nach Russlands Willen wieder aus der Nato austreten. Mit einiger Genugtuung wird in Warschau dieser Tage beobachtet, dass sich Deutschland und Frankreich in die Solidarität der EU mit der von dem massiven russischen Truppenaufmarsch bedrohten Ukraine eingereiht haben. Doch die Weigerung der Bundesregierung, Waffen in die Ukraine zu liefern, stößt auf großes Unverständnis. Für Polen, Tschechien und die drei Baltenstaaten sind derartige Lieferungen eine Selbstverständlichkeit. Vor allem Polen hat bereits viel Munition sowie Ein-Mann-Raketenerwerfer des Typs „Grom“ in die Ukraine geschickt. Litauen liefert sogar Stinger-Raketen zur Flugabwehr nach Kiew, die es zuvor selbst von den USA erhalten hatte. Vor allem in Polen und dem Baltikum sind die 1939 zwischen Hitler und Stalin ge-

schlossenen Verträge bis heute ein Trauma. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und seine geheimen Zusatzprotokolle ebneten den Weg für den deutschen Überfall auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann – und für eine bis 1989/90 andauernde kommunistische Zwangsherrschaft für Millionen Einwohner in den baltischen Staaten und den Ländern Ostmitteleuropas. Sämtliche Schritte Deutschlands, die Russland auf Kosten der Ukraine oder anderer osteuropäischer Staaten begünstigen, erinnern die Länder im Osten an dieses Trauma.

**Umstrittene Pipeline** Darunter fällt auch das besonders sensible Thema der Nord Stream 2-Pipeline auf dem Ostseegrund zwischen Russland und Deutschland. Sie umgeht die bisherigen Gastransitländer, allen voran die Ukraine, und erhöht aus Sicht der Staaten die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Deutschlands von Moskau. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat bei seinem Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew die Gaspipeline im Zusammenhang mit EU-Sanktionen im russischen Invasionsfall erneut nicht explizit beim Namen genannt. Nicht nur in Polen, auch in den baltischen Staaten, lässt das die Alarmglocken schrillen. *Paul Flückiger* ■

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

**Auf ihr Bestreben werden die Truppen an der Nato-Ostflanke massiv aufgestockt.**

**Alle haben schlechte Erfahrungen mit dem imperialen Russland gemacht.**

## Erzwungene Nähe

**KONFLIKT** Die Ukraine ist ein Schlüssel für die Friedensordnung in Europa – und auch für Russlands Platz darin

Am Anfang steht ein Signal der Zuversicht. Im „Budapester Memorandum“ verpflichtet sich Russland 1994 zur Achtung der Souveränität der Ukraine in ihren bestehenden Grenzen. Im Gegenzug erklärt die Ukraine die Bereitschaft, auf das auf ihrem Territorium verbliebene sowjetische Erbe der Nuklearwaffen zu verzichten. Das Land verfügt damals über das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Russland wirft dem Westen häufig vor, sich mit der Nato-Osterweiterung über Absprachen rund um die deutsche Einheit hinweggesetzt zu haben. Spätestens mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 hat es aus Sicht des Westens allerdings selbst mit einem zentralen Dokument der europäischen Ordnung nach 1989 gebrochen.

**Farbrevolutionen** Als Bedrohung nimmt der Kreml die Entwicklung der Ukraine offenbar schon im Jahr 2004 wahr. Nach Meldungen über Wahlfälschungen bei der Präsidentschaftswahl sowohl im Lager des prowestlichen als auch des prorussischen Kandidaten kommt es zur „Orange Revolution“ mit dem Wunsch nach Westorientierung: „Farbrevolutionen“ wie diese bezeichnet der Kreml fortan als westlich gesteuerte Einmischung, um ehemalige Sowjetrepubliken dem russischen Einflussbereich zu entziehen. Als der ukrainische Präsident Viktor Ja-

nukowitsch 2013 überraschend ankündigt, ein EU-Assoziierungsabkommen auf Eis zu legen, kommt es in Kiew zu Unruhen, die Anfang 2014 auf dem Maidan mit Schusswechseln und Toten eskalieren. Die ukrainische Führung sei von Moskau erheblich unter Druck gesetzt worden, lautet damals eine Einschätzung. Die EU habe das Land in Verknüpfung seiner Lage vor eine dramatische Zerreißprobe gestellt, eine andere. Nach der Flucht Janukowitschs nach Russland erklärt das Parlament in Kiew dessen Absetzung. Russland beginnt an der Grenze der Ukraine ein Manöver mit 150.000 Soldaten. Im Februar ziehen russische Soldaten, anfangs ohne Hoheitszeichen, auf der Krim auf. Das Regionalparlament stimmt – in Anwesenheit von bewaffneten Kräften, unter einer russischen Flagge auf dem Gebäude und unter Ausschluss der Öffentlichkeit – für einen Beitritt zu Russland und setzt ein Referendum über die Abspaltung von der Ukraine an. Nach Angaben der Organisatoren soll sich eine Mehrheit von mehr als 95 Prozent für die Angliederung an Russland ausgesprochen haben bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent. Die Venedig-Kommission des Europarates weist dieses Referendum allerdings als illegal zurück. Zentrales Argument: Die Abstimmung habe in einem nicht-befriedeten Gebiet stattgefunden.

Im März 2014 nimmt Moskau die Krim offiziell in die Russische Föderation auf. Die USA und die EU verhängen Sanktionen gegen Moskau. Der Westen wertet das Geschehen als Aufkündigung und Bedrohung der gemeinsam vereinbarten europäischen Friedensordnung. Der Nato-Russland-Rat wird für mehrere Jahre nicht tagen, Russland verliert zwischenzeitlich die Stimmrechte im Europarat, seine Mitgliedschaft in der G8 wird suspendiert. Im April 2014 besetzen pro-russische Separatisten Verwaltungen in mehreren Städten der Ostukraine und rufen in den Oblasten Donezk und Luhansk „unabhängige Volksrepubliken“ aus. Es beginnt ein bewaffneter Konflikt, in dem bis heute mehr als 13.000 Menschen getötet wurden.

**Minsk-Abkommen** Im Protokoll von Minsk („Minsk 1“) wird im September 2014 zwar eine Waffenruhe zwischen der Ukraine und den Separatisten vereinbart und Anfang 2015 im Minsker Abkommen („Minsk 2“) erneut von den Präsidenten Russlands, der Ukraine sowie der deutschen Kanzlerin und dem französischen Präsidenten verhandelt. Das bringt die Waffen an der „Kontaklinie“ aber nicht zum Schweigen, immer wieder kommt es in den nächsten Jahren zu Konfrontationen – so 2018 zwischen der russi-

schen Küstenwache und der ukrainischen Marine. Beobachter der OSZE, die die Einhaltung der Waffenruhe kontrollieren sollen, berichten regelmäßig über Einschränkungen ihrer Arbeit im Konfliktgebiet. Im Frühjahr 2021 zieht Russland an der Grenze zur Ukraine kurzzeitig bis zu 100.000 Soldaten zusammen, wiederholt diese militärische Demonstration ab November erneut und weckt in westlichen Hauptstädten die Sorge vor einer russischen Invasion in der Ukraine. Moskau weist dies weit von sich und wirft seinerseits der Ukraine und der Nato „Provokationen“ vor. Vom westlichen Militärbündnis fordert Präsident Wladimir Putin vertraglich zu vereinbarende Sicherheitsgarantien, darunter den Verzicht auf eine Nato-Osterweiterung. In bestechender Klarheit hat Zbigniew Brzezinski, einst Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, die Ukraine vor mehr als 20 Jahren als Schlüssel für Russlands Zukunft und den Frieden in Europa beschrieben. Es spricht einiges dafür, russische Bedrohungswahrnehmungen nicht leichtlich vom Tisch zu wischen. Das gilt allerdings auch für die ukrainischen. Wie die Rechnung aufgehen soll, mit Drohungen und Einschüchterungen Sicherheiten und gutnachbarliche Partnerschaft zu erzwingen, das bleibt bis auf weiteres das Geheimnis des Kremls. *ahf* ■



# Ungewöhnlich und erwartet

**BUNDESVERSAMMLUNG** Bei Frank-Walter Steinmeiers Wiederwahl gab es vor allem optisch neue Eindrücke



**W**irkliche Spannung bieten konnte diese 17. Wahl eines Bundespräsidenten nicht; zu groß war dafür mit SPD, CDU, CSU, Grünen, FDP und auch dem Südschleswigischem Wählerverband (SSW) die Zahl derer, die eine Wiederwahl von Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier von vornherein unterstützten. Schon im ersten Wahlgang entfielen auf ihn 1.045 von 1.437 abgegebenen Stimmen, mit knapp 73 Prozent erreichte er damit ungeachtet dreier Gegenkandidaturen fast eine Dreiviertelmehrheit und erwartungsgemäß weit mehr als die erforderlichen 737 Stimmen: Das alte Staatsoberhaupt ist auch das neue. In Erinnerung bleiben wird seine Wiederwahl nicht zuletzt wegen der ungewöhnlichen Bilder, für die schon der ungewohnte Versammlungsort sorgte. Mit fast 1.500 Mitgliedern war es die größte Bundesversammlung in der Geschichte der Bundesrepublik, die am vorletzten Sonntag im Paul-Löbe-Haus des Bundestages zusammenkam. Das Verfassungsorgan, dessen einzige Aufgabe es ist, alle fünf Jahre das Staatsoberhaupt zu wählen, besteht laut Grundgesetz aus den derzeit 736 Bundestagsabgeordneten „und einer gleichen Zahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grund-

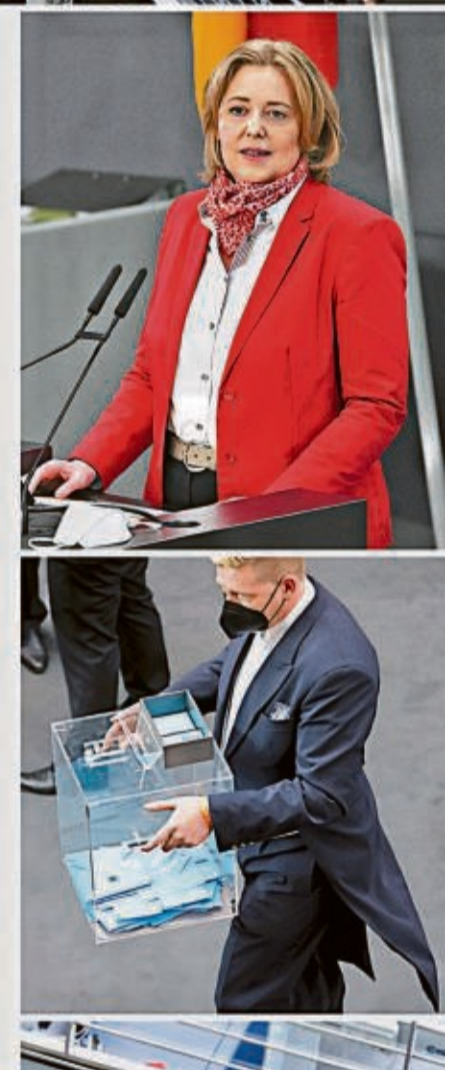
sätzen der Verhältniswahl gewählt werden“, zusammen also aus 1.472 Wählern. So viele Menschen unter Einhaltung eines pandemiebedingten Sicherheitsabstandes von mindestens 1,5 Metern zusammenzubringen, hätte selbst die üppigen Raumverhältnisse im Plenarsaal des Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude überfordert, dem seit 1994 angestammten Tagungsort der Bundesversammlung. Daher wurde auf das benachbarte Paul-Löbe-Haus ausgewichen, das normalerweise Bundestagsausschüsse und Büros beherbergt: ein rund 200 Meter langer Bau mit nach innen offenen Stockwerken, deren seitliche Flure sich zur großen Innenhalle hin öffnen. Die Ikone moderner Architektur bot ein ungewohntes, aber würdiges Ambiente, in dem sich diese Bundesversammlung pünktlich um 12.00 Uhr zusammenfand, verteilt auf mehrere Etagen. Alle Teilnehmer mussten zudem einen aktuellen Corona-Test vorlegen und eine FFP-2-Maske tragen, auch das ein zu anderen Zeiten kaum denkbarer Anblick.

**Viele Promis** Von den 1.472 Mitgliedern der Versammlung konnten CDU und CSU 448 stellen, die SPD 387, die Grünen 233, die FDP 155 und der SSW zwei, während auf die AfD 151 entfielen, auf Die Linke 71 und auf die Freien Wähler 18; hinzu kamen sieben Fraktionslose. Freilich nahmen nicht alle an der Wahl teil, so fehlten insgesamt 28 Bundestagsabgeordnete ent-

schuldigt, etwa in einem Fall aufgrund gesetzlichen Mutterschutzes. Wie bei früheren Bundesversammlungen auch waren dagegen zahlreiche Prominente des öffentlichen Lebens jenseits der Politik vertreten, vom Fußball-Bundestrainer „Hansi“ Flick bis zum Virologen und Corona-„Erklärer“ Christian Drosten, aber auch Angehörige von Opfern rechtsterroristischer Mordanschläge. Und nicht zuletzt fand mit Langzeit-Kanzlerin Angela Merkel die wohl prominenteste Ruheständlerin der Republik für diesen Tag als Wahlfrau auf die politische Bühne zurück. Gewählt wird der Bundespräsident laut Grundgesetz ohne Aussprache, und so konnte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) bereits um 14.26 Uhr das Ergebnis verkünden. Die von den Freien Wählern aufgestellte Astrophysikerin Stefanie Gebauer wollten 58 Mitglieder der Bundesversammlung an der Staatsspitze sehen, die noch nie mit einer Frau besetzt war. Der von der Linken nominierte Mediziner Gerhard Trabert erhielt 96 Stimmen und der für die AfD angetretene Ökonom Max Otte, der sich mit seiner Kandidatur ein Parteiausschlussverfahren der CDU eingehandelt hat, 140 Stimmen. 86 Mitglieder der Bundesversammlung enthielten sich, zwölf Stimmen waren ungültig. Steinmeier, der in seiner anschließenden Ansprache ebenso wie Bärbel Bas in ihrer Eröffnungsrede eindringlich zur Beilegung der Kriegsgefahr in Osteuropa aufrief, für

die er Russland verantwortlich machte, bekannte sich dabei „ohne jede Zweideutigkeit“ zu den Bündnisverpflichtungen Deutschlands. Zugleich warb er nachdrücklich für „Vertrauen in Demokratie“, das am Ende nichts anderes sei „als Vertrauen in uns selbst“. Im Grundgesetz stehe schließlich nicht „Alles Gute kommt von oben“, sondern: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das sei das Versprechen der Verfassung an die Bürger, in dem auch das Versprechen zwischen den Bürgern liege, Verantwortung zu übernehmen. Demokratie, betonte der Bundespräsident, sei „Versprechen und Erwartung zugleich“, eine „Zutmutung“. Dazu Mut zu machen, sei seine Aufgabe (siehe Interview Seite 5).

**Zusammenführen** Auch die Bundestagspräsidentin mahnte, trotz aller Krisen nicht das Vertrauen in die eigene Kraft zu verlieren: „Lassen wir uns nicht einreden, dass wir anstehende Probleme nicht lösen können“. Demokratie lebe von Gemeinsinn und Offenheit, fügte Bas hinzu und warb dafür, das Verbindende zu suchen. „Zusammenführen“ sei auch die entscheidende Aufgabe der Bundespräsidenten. Deren Machtbefugnisse seien beschränkt, über die Macht des Wortes verfügten sie uneingeschränkt. „Begegnungen und Austausch sind ihre Formate. Sie können in ihrem Amt versöhnen“, sagte die Parlamentspräsidentin. Punkt 15.00 Uhr schloss sie die Bundesversammlung. **Helmut Stoltenberg**



Impressionen einer Präsidentenwahl: Das Paul-Löbe-Haus bildete den optischen Rahmen der 17. Bundesversammlung unter Leitung von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.

© Deutscher Bundestag/Photothek (8) / picture-alliancecpa/Kay Nietfeld/Bernd Von Jutrczenka/Fabian Sommer/ZB/Britta Pedersen/Wolfgang Kumm/photothek/Florian GaertnerFlashpic./Jens Krick/EPA/ADAM BERRY/POOL (11)

# »Widerspruch gehört dazu«

**BUNDESPRÄSIDENT** Frank-Walter Steinmeier will in seiner zweiten Amtszeit helfen, in der Gesellschaft Wunden der Pandemie zu heilen. Und Raum für offene Aussprachen geben

Herr Bundespräsident, nach Ihrer Wiederwahl haben Sie vor der Bundesversammlung deutliche Worte zum Ukraine-Konflikt gefunden und an den russischen Präsidenten Wladimir Putin appelliert, gemeinsam mit dem Westen nach Wegen zur Bewahrung des Friedens in Europa zu suchen. Dabei erinnerten Sie an die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und riefen dazu auf, für die Erneuerung dieses Erbes zu arbeiten. Sehen Sie hier Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts, und wie könnten solche Schritte aussehen?

Der Kern der KSZE-Schlussakte ist die friedliche Streitbeilegung und Sicherung der territorialen Souveränität der Staaten in Europa durch die Unverletzlichkeit der Grenzen. Das bleibt die Grundlage für jede künftige Friedensordnung. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wir können nun das in Helsinki vor fast einem halben Jahrhundert Erreichte heute nicht einfach kopieren. Es geht mir mehr darum, den Geist von Helsinki wiederzubeleben: Ein ernsthafter Dialog ermöglicht den Perspektivwechsel und damit Verstehen und die Vermeidung ungewollter Eskalation. Das verlangt Ernsthaftigkeit – auf allen Seiten – und die Bereitschaft, den eigenen Standpunkt nicht absolut zu setzen. Im besten Fall schafft dieser Dialog neues Vertrauen. Russland muss dafür jetzt den ersten Schritt tun.

Die vergangenen zwei Jahre waren weltweit von der Corona-Pandemie geprägt, auch die 17. Bundesversammlung konnte nur unter entsprechenden Schutzmaßnahmen stattfinden. Vielerorts sind die Menschen von den Anforderungen und Einschränkungen erschöpft; die Klagen über die staatlichen Schutzmaßnahmen reifen nicht ab. Überfordert die Pandemie unsere Gesellschaft?

Die Pandemie fordert uns jedenfalls sehr, wahrscheinlich mehr, als wir es seit Gründung der Bundesrepublik je erlebt haben. Viele Menschen in Deutschland kämpfen sich Monat für Monat durch den Alltag und sind immer wieder neu bemüht, das Richtige zu tun. Die allermeisten handeln dabei verantwortungsvoll – seit zwei langen Jahren. Beschäftigte in Krankenhäusern, Heimen oder Arztpraxen tragen eine beispiellose Last bei der Pandemiebekämpfung. Weit mehr als 80 Prozent der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger haben sich freiwillig impfen lassen. Das sind alles starke Zeichen. Deshalb geht mein Dank vor allem an die oft weniger auffallende, aber entscheidende solidarische Mehrheit. Diese Leute sind es, die sich um unser Land verdient machen, und ich bin sicher, dass wird die entscheidende Erinnerung an Deutschland in der Pandemie sein. Auch die Bundesversammlung unter Pandemiebedingungen in einem außergewöhnlichen Setting wird vielen von uns als besonderes Ereignis dieser Zeit in Erinnerung bleiben. Das Signal dieses „Hochamts der Demokratie“ – wie die Bundestagspräsidentin es nannte – war ganz klar: Unsere

demokratischen Institutionen bleiben handlungsfähig, auch unter schwierigen Bedingungen. Ermöglicht haben das vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung und der Fraktionen. Sie haben diese Mammutaufgabe geschultert. Ihnen möchte ich an dieser Stelle von ganzem Herzen danken. Aber natürlich: Es gibt auch Frust, Enttäuschung und Gereiztheit. Wir haben einen aufreibenden Streit um den richtigen Weg hinter uns, weit über die Politik hinaus, in den Betrieben und an den Schulen, unter Freunden und Kollegen, bis hinein in viele Familien. Die Pandemie hat Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. In meiner zweiten Amtszeit möchte ich dabei helfen, diese Wunden zu heilen. Zeit für eine offene Aussprache, Geduld und die Gelassen-

heit, auch in der Kontroverse dem anderen zuzuhören, gehören für mich dabei ganz wesentlich dazu. Die rote Linie, die wir nicht überschreiten dürfen, verläuft allerdings bei Hass und Gewalt. Ansonsten werde ich als Bundespräsident Kontroversen nicht aus dem Weg gehen, denn ohne Kontroverse gibt es keine Demokratie.

In autoritären Systemen wären Proteste gegen staatliche Einschränkungen, wie wir sie bei uns und in einer ganzen Reihe westlicher Staaten erleben, nicht denkbar – ein Beleg, dass unsere freiheitliche Grundordnung funktioniert? Ja, in einer Demokratie gehört Widerspruch oder Protest dazu – in politischen Debatten, auf der Straße oder vor den Gerichten. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut unseres Grundgesetzes. Ihre Einschränkung ist daher besonders sensibel. In der langen Zeit, die die Pandemie nun schon andauert, ist noch deutlicher geworden, wie sehr unsere Demokratie auch den öffentlichen Raum braucht, in dem Widerspruch auch gegen die Regierenden geäußert werden kann. Das macht uns aus, und diese Freiheit müssen wir immer verteidigen. Und noch einmal: Die rote Linie verläuft erst da, wo Gewalt ins Spiel kommt. Ein Aufruf zur Gewalt, ein Aufruf zum Mord ist keine Meinungsäußerung.

Gerade in diesen Pandemiezeiten zeigt sich aber auch, wie anstrengend der offene Meinungsstreit in einer pluralistischen Gesellschaft sein kann – eine Bewährungsprobe für unsere liberale Demokratie? Ja, die Pandemie ist eine Bewährungsprobe, und ich denke, bisher haben wir sie bestanden. Wir sind auf unserem Weg aus der Pandemie allerdings nicht gefeit vor Irrtümern. Es gab Fehler und Fehleinschätzungen. Aber ich kenne kein autoritäres System, das diese große Bewährungsprobe besser bestanden hätte. In Deutschland haben wir auf Bürgervernunft und auf die wachsende Erkenntnis der Wissenschaft gesetzt und sind damit im Großen und Ganzen gut gefahren. Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie, die Impfstoffentwicklung in Rekordzeit gelang in der freien Wissenschaft, dank brillanter Forscherinnen und mutiger Unternehmer, hier in Deutschland, mit unse-

ren Partnern in Europa und den USA. Bei allen Schwierigkeiten – darauf können wir stolz sein.

Die Bilder der Treppe vor dem Reichstagsgebäude, auf der Demonstranten im August 2020 die Schwarz-Weiß-Rot-Flagge aus Kaiser- und NS-Zeiten geschwenkt haben, wirkten offenbar auf einige Menschen kaum noch verstörend. Sie hatten bereits zuvor mehrfach beklagt, dass die in Deutschland praktizierte Erinnerungskultur kaum das Besinnen auf unsere freiheitlich-demokratischen Traditionen umfasst – wissen wir zu wenig über unsere Verfassung und Verfassungsgeschichte? Brauchen wir mehr Verfassungspatriotismus?

Wir brauchen ganz sicher ein lebendiges historisches Bewusstsein. Die Identität eines Landes, die Art und Weise, wie es aktuelle Herausforderungen angeht, wird auch davon geprägt, wie es mit seiner Vergangenheit umgeht. Der Bundespräsident muss sich auch um das institutionelle Gedächtnis der Republik kümmern. Dazu gehört die Erinnerung an den Nationalsozialismus, den Vernichtungskrieg und den Zivilisationsbruch der Shoah. Die Opfer haben ein Recht auf Erinnerung. Einen Schlussstrich kann es schon deshalb nicht geben. Immer wieder höre ich, wie das Vergessen gefordert und wie die Erinnerung als Belastung unwirksam abgelehnt wird. Das Gegenteil aber ist der Fall: Wir konnten uns unter

der bleiern Last der Geschichte erst aufrichten, als wir begonnen hatten, die Verbrechen rückhaltlos aufzuklären. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist in Wahrheit ein wesentlicher Teil unserer eigenen Demokratisierung und inneren Befreiung von der Gewaltherrschaft. Sie sprechen mit Ihrer Frage auch ein Thema an, das mir schon in meiner ersten Amtszeit sehr wichtig war: Die Traditionen unserer Demokratie – sie reichen tiefer zurück. Im kommenden Jahr jahren sich die Revolution von 1848 und die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zum 175. Mal. Es waren deren Ideale, die sich auf lange Sicht als siegreich erwiesen haben. Der Blick zurück macht deshalb Mut für die Zukunft, denn er zeigt, welche kräftigen Ideen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren und immer sein werden.

Ich wünsche mir außerdem, dass der Beitrag Ostdeutschlands zu unserer Demokratiegeschichte noch stärker sichtbar wird.

Nun gehen ja auch die Demokratien in der Pandemiebekämpfung nicht immer denselben Weg: Mal sind die einen vorsichtiger, restriktiver, mal werden anderswo frühe Öffnungsschritte probiert; es gibt dabei – natürlich – auch Irrtümer; auch bei uns. Wie ist es mit der Fehlerkultur in unserer Demokratie bestellt? Gehen wir damit offen genug um?

In der Demokratie ist die Selbstkorrektur eine Stärke, keine Schwäche. Die Möglich-



Frank-Walter Steinmeier

„Wir können Mut zur Zukunft haben, gerade weil sie offen ist, wir sie gestalten können und sie von unseren Entscheidungen abhängt.“

© picture-alliance/dpa-Zentralbild/Britta Pedersen

Ein Gespräch in diesen Wochen und Monaten kann kaum an den europa- und außenpolitischen Fragen unserer Zeit vorbeigehen. Der europäische Einigungsgedanke scheint derzeit ziemlich ermatet – um es vorsichtig auszudrücken. Teilen Sie diese Sicht auf Europa, auf die Europäische Union, und wie ließe sich gegebenenfalls die europäische Begeisterung neu entfachen?

Europa und der Prozess der europäischen Einigung stehen vor vielen Herausforderungen – innerhalb und außerhalb der Union. In einigen EU-Mitgliedsländern wird die demokratische Verfasstheit aller Mitgliedstaaten als festes Fundament unserer Union offen in Frage gestellt. Und gleichzeitig zeigen gerade die Krisen unserer Tage, welch unschätzbaren Wert die Europäische Union hat – zur Zeit vor allem als Kraft für den Frieden auf unserem Kontinent. Denn dieser steht gerade auf Messers Schneide.

Für mich hängt der zukünftige Erfolg der europäischen Einigung davon ab, wie überzeugend die Antworten der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Herausforderungen von heute ausfallen: den Klimawandel, den Weg zu einer sozial gerechten Transformation in Richtung Nachhaltigkeit, die menschenwürdige Gestaltung und Regulierung der digitalen Revolution – und natürlich die Selbstbehauptung in den geopolitischen Auseinandersetzungen, die unsere Zeit prägen. Europa hat auch in Zukunft die Chance, der Welt ein Modell anzubieten, das überzeugt und nachgeahmt wird. Aber diese Antworten entstehen nicht am Reißbrett politischer Architekten, sondern in einem intensiven Prozess, in unzähligen Gesprächen zwischen ihren Mitgliedern und den EU-Institutionen, in denen wir unsere unterschiedlichen Prägungen und Traditionen zu einer gemeinsamen Idee zusammenbringen. Dafür brauchen alle Seiten Geduld und Beharrlichkeit. Ich werde mich persönlich weiter intensiv dafür engagieren, gerade auch Brücken zu unseren Partnern in Mittel- und Osteuropa zu bauen. Dorthin werden mich auch meine ersten Reisen in der zweiten Amtszeit führen.

International ist kaum zu übersehen, dass wir in einer Zeit anhaltender oder zunehmender Bedrohungen leben: Die Zahl der Flüchtlinge steigt weltweit immer weiter an, der Klimawandel ist eine weltweite Bedrohung, Terrorgefahren sind weiter aktuell, zuletzt beherrscht sogar wieder das Thema Krieg und Frieden die Schlagzeilen. Wie will der Bundespräsident da den Menschen Mut zur Zukunft machen?

Wir können Mut zur Zukunft haben, gerade weil sie offen ist, wir sie gestalten können und sie von unseren Entscheidungen abhängt. Der Menschheit ist es bisher immer wieder gelungen, die richtigen Antworten zu finden. Ein ermutigendes Beispiel ist für mich der Corona-Impfstoff: Er ist in Rekordzeit entwickelt und produziert worden – und das in Deutschland. Er hat unzählige Menschenleben gerettet. Aber er ist weltweit ungleich verteilt. Und Impfstoffproduktion in Afrika für Afrika ist ein weiterer Weg, aber der richtige. Die Bundesregierung ist dazu mit Biontech und mehreren afrikanischen Ländern – wie Ghana, Senegal und Kenia – im Gespräch. Und wenn ich eines gelernt habe in den vergangenen fünf Jahren meiner ersten Amtszeit, dann dass es unzählige Beispiele engagierter Menschen in Deutschland gibt, die Herausforderungen angehen, Lösungen für Probleme finden, die kreativ, engagiert die Zukunft gestalten und so Mut und Zuversicht in unsere Gesellschaft tragen. Sie werden mich als Bundespräsidenten immer an ihrer Seite haben.

Die Fragen stellten Helmut Stoltenberg und Christian Zentner.



Hotels und Restaurants haben besonders unter den Schließungen während der Corona-Pandemie gelitten. Für viele ist das Kurzarbeitergeld ein Rettungsanker.

© picture-alliance/dpa/Christian Charisius

## Einsatz von Spähsoftware

**INNERES** Die Linksfaktion fordert ein Ende des Ankaufs und des Einsatzes von Spähsoftware durch Bundesbehörden. Bei der Vorstellung des entsprechenden Antrags (20/683) sagte Martina Renner (Linke), der Einsatz der Software führe zu unverhältnismäßigen Eingriffen in die Privatsphäre der Bürger. Es sei im Übrigen naiv, davon auszugehen, dass die durch eine solche kommerzielle Software abgefangenen Daten nur bei deutschen Behörden landen. Uli Grötsch (SPD) entgegnete, die deutschen Behörden hielten sich beim Einsatz solcher Software „nachgewiesenermaßen“ an die Vorgaben von Gerichten und Gesetzgeber. Das Bundeskriminalamt setze die Software Pegasus nur bei Terrorismusabwehr und Organisierter Kriminalität ein. Marc Henrichmann (CDU) sagte, der Einsatz solcher Software sei nicht an der Tagesordnung, sondern die Ultima Ratio. Um schwere Straftäter dingfest zu machen, bräuchten die deutschen Behörden aber modernste Strafverfolgungsmethoden. Konstantin von Notz (Grüne) verwies ebenso wie Manuel Höferlin (FDP) auf den Koalitionsvertrag. Darin hätten sich SPD, Grüne und FDP darauf verständigt, „dass für den Einsatz von Staatstrojanern die klaren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zwingend einzuhalten sind“, sagte von Notz. Höferlin sprach von einem Paradigmenwechsel im Umgang mit der Sicherheitspolitik im Verhältnis zu Bürgern. Den Antrag nannte er überflüssig. Eugen Schmidt (AfD) befand: Diese Bundesregierung sollte überhaupt keine Überwachungsprogramme nutzen dürfen, „weil sie nicht vertrauenswürdig ist.“ **hau** ||

# Warten auf den Sommer

**KURZARBEIT** Der vereinfachte Zugang bleibt bis Juni erhalten – und Leiharbeit künftig außen vor

**M**anchmal zeigen einfache Zahlenreihen, wie groß die Abweichung von der Norm ist. So hat die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2011 bis 2019 jährlich zwischen 113.000 und 190.000 Kurzarbeiter in Deutschland registriert. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise waren es 2009

**»Sie gefährden auf den letzten Metern der Pandemie noch Arbeitsplätze!«**

Stephan Stracke (CSU)

Gegenstand der Anhörung war die erneute Verlängerung des erleichterten Bezugs von Kurzarbeitergeld bis zum 30. Juni 2022 durch einen Gesetzentwurf (20/688) der Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP. Dass auch die Ampel-Parteien sich dem Ernst der Lage bewusst sind, zeigt, dass der Gesetzentwurf innerhalb einer Woche den Bundestag passierte. Am Freitag wurde er mit großer Mehrheit, nur gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, verabschiedet. Eine Verzögerung hätte dramatische Folgen für all jene gehabt, deren Kurzarbeitergeld Ende März nach 24 Monaten auslaufen würde. Das aktuelle Gesetz verhindert das nun, indem die Maximaldauer für den Bezug von Kurzarbeitergeld auf 28 Monate erhöht wurde. Außerdem bleiben auch die erleichterten Zugangsbedingungen zunächst bis

30. Juni erhalten. Es reicht also weiter aus, wenn mindestens zehn Prozent (statt ein Drittel) der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind, damit Kurzarbeit beantragt werden kann. Beschäftigte müssen vorher auch keine negativen Arbeitszeitsalden aufbauen. Einkommen aus während der Kurzarbeit aufgenommener geringfügiger Beschäftigung

werden nicht angerechnet. Der Anspruch auf erhöhte Leistungssätze für Beschäftigte ab dem vierten beziehungsweise siebten Bezugsmonat bleibt bestehen, wenn deren Arbeitsentgelt um mindestens die Hälfte reduziert ist. Ferner soll der Gesetzentwurf die Akuthilfen für pflegende Angehörige verlängern.

**Nicht alles läuft weiter** Doch nicht alles läuft weiter: So beendet das Gesetz die Erstattung der von den Betrieben gezahlten Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die zuletzt bei 50 Prozent gelegen hat. Und es bezieht auch die Leiharbeiter künftig nicht mehr in die Kurzarbeit ein. Dies sorgte in seltener Eintracht sowohl bei CDU/CSU als auch bei der Linken für Kritik. Für Stephan Stracke (CSU) bedeuten diese beiden Änderungen, dass das Gesetz sein Ziel verfehlt wird: „So gefährden Sie auf den letzten Metern der Pandemie noch Arbeitsplätze! Denn viele Betriebe haben ihre Rücklagen nach zwei Jahren aufgebraucht.“ Jessica Tatti (Die Linke) bezeichnete den Ausschluss der Leiharbeiter als „fatales Signal“ an diese Beschäftigten, die ohnehin in permanent schwieriger Lage seien. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nannte den Wegfall dagegen vertretbar, da es noch andere Hilfen für die Wirtschaft gebe. „Wir müssen auch auf die Kasernen der BA schauen“, appellierte er.

Das Gesetz sei ein erster Schritt Richtung Normalität, dafür stehe auch die Ausklammerung der Leiharbeitsfirmen, denn diese suchten bereits wieder händeringend Fachkräfte, betonte Jens Peick für die Sozialdemokraten. Pascal Kober (FDP) mahnte an, die Idee, Weiterbildung und Kurzarbeit zu koppeln, neu auszugestalten. Dies habe nicht so funktioniert, wie „wir erhofft hatten“, da seien Verbesserungen dringend nötig. Die AfD-Fraktion ging nicht im Einzelnen auf die Kurzarbeit ein, sondern kritisierte vor allem grundsätzlich die Pandemie-Poli-

tik. So sagte Gerrit Huy (AfD), Gesetze würden keine Arbeit schaffen. „Nur die Unternehmen schaffen Arbeit, aber das wird ihnen durch die Pandemie-Gängelungsmaßnahmen extrem erschwert.“ Für die Grünen zog Tina Winkmann ein Resümee, das fast alle Reden durchzog: „Die Kurzarbeit ist ein Erfolgsmodell. Sie hat vor allem Massenarbeitslosigkeit verhindert.“ Das schnelle Gesetzgebungsverfahren sei zwar nicht ideal, aber die Unternehmen und Beschäftigten bräuchten jetzt Planungssicherheit, rechtfertigte die Grüne die Eile. **Claudia Heine** ||

### > STICHWORT

**Kurzarbeitergeld – Sonderregeln während der Pandemie**

**> Beschäftigte** Zu Beginn der Corona-Pandemie, im März/April 2020, waren ungefähr sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit. Im Januar 2022 waren es noch 900.000 Beschäftigte.

**> Bedingungen** Es reicht aus, wenn zehn Prozent der Beschäftigten einer Firma von Arbeitsausfall betroffen sind, um Kurzarbeit zu beantragen. Die Beschäftigten müssen auch keine Minusstunden aufbauen, bevor das Geld gezahlt werden kann. Der Bezug wird auf maximal 28 Monate verlängert.

**> Begrenzung** Das Gesetz zum vereinfachten Bezug von Kurzarbeitergeld wurde erstmals im März 2020 verabschiedet und mehrfach verlängert – nun bis zum 30. Juni 2022.



© picture-alliance/dpa

## Viel geschultert, zu wenig gewonnen

**GLEICHSTELLUNG** Bundestag debattiert über die Lage von Frauen in Deutschland

„Die Quote wirkt!“, heißt es auf der Internetseite des Bundesfrauenministeriums zum Führungspositionengesetz. Tatsächlich konnte die Initiative Frauen in die Aufsichtsräte im Januar melden, dass der Frauenanteil in Aufsichtsräten von Börsenunternehmen mit rund 34 Prozent einen Höchststand erreicht hat. Der Zuwachs allerdings ist mit 0,3 Prozentpunkten recht mager. Von einer paritätischen Besetzung sind die Chefetagen noch meilenweit entfernt. Das gilt auch für die Entgeltgleichheit: Der Gender Pay Gap verringerte sich zuletzt zwar leicht. Doch noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Schnitt etwa 18 Prozent weniger als Männer. Im Kampf um gleiche Rechte bleibe noch viel zu tun, zu diesem Fazit kamen so auch die Rednerinnen fast aller Fraktionen im Bundestag. Dieser befasse sich am vergangenen Donnerstag – gut drei Wochen vor dem eigentlichen Termin – in einer Debatte zum Internationalen Frauentag am 8. März mit der Lage von Frauen in Deutschland. Bundesfrauenministerin Anne Spiegel (Grüne) zeigte sich energisch, den Kampf für Frauenrechte aufnehmen zu wollen. Das Entgelttransparenzgesetz werde überarbeitet, partnerschaftliche Gleichberechtigung gefördert. In der EU werde die Regie-

rung zudem „die Blockade bei der Führungspositionen-Richtlinie“ beenden, bekräftigte Spiegel. Mit flexibleren Arbeitszeitmodellen oder der Abschaffung des Ehegattensplittings schaffe man „Perspektiven für Frauen“, ergänzte ihre Parteikollegin Ullle Schauws.

**Coronakrise** Trotz mancher Fortschritte – die Coronakrise habe die Situation von Frauen verschärft, sagte Mareike Lotte Wulf (CDU). Sie schulterten die „Hauptlast in der Pandemie“, indem sie öfter im Homeoffice Kinder betreuten und in Jobs im Gesundheitssektor, in Schulen und Kitas dem Virus besonders ausgesetzt seien. Da Frauen auch eher im Dienstleistungssektor arbeiteten, erlebten sie in der Pandemie häufiger den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein höherer Mindestlohn, wie ihn die Ampel plane, sei daher in seiner Wirkung „relativ zu sehen“. Dem widersprach Ariane Fäischer (SPD): Mit der Erhöhung des Mindestlohns komme die Koalition dem Ziel näher, das Missverhältnis in der Bezahlung anzugleichen und Frauen vor Altersarmut zu schützen. Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern dürften nicht länger hingenommen werden, forderte auch Heidi Reichenek (Linke). „Wir können uns nicht

damit zufriedener geben, dass Frauenberufe schlechter bezahlt werden“, so die Abgeordnete. Doch dass die Ampel dies ändern werde, darauf mache der Koalitionsvertrag „wenig Hoffnung“, monierte sie. Zumindest kämpfen Gewerkschaften für faire Löhne in der Care-Arbeit. Die in der Pandemie gestiegene Gewalt gegen Frauen thematisierte Nicole Bauer (FDP): Die Regierung werde die Istanbul-Konvention „vorbehaltslos“ umsetzen und Frauen besser schützen, versprach sie – „im digitalen Raum wie in der realen Welt“.

**Eklat** Frontal ging Mariana Harder-Kühnel (AfD) die Grünen an: Die „Phantomdebatte“ über Frauenquoten verstelle den Blick auf die wirklichen Probleme von Frauen. Den „Opfern von häuslicher Gewalt, Ehrenmord und Zwangsverheiratungen“ helfe „Genderwahnsinn“ nicht. Für einen Eklat sorgte AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch: Sie sprach der Transgender-Abgeordneten Tessa Ganserer (Grüne) das Frau-sein ab. Ganserer sei „biologisch und juristisch“ ein Mann. Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann verurteilte die Aussage in einer Kurz-Intervention als „niederrichtig, bodenlos, homophob und zutiefst menschenverachtend.“ **Sandra Schmid** ||

## Grenzen der Solidarität

**ASYLPOLITIK** Umgang mit Migrationsbewegungen spaltet

Kurzzeitig hatten es die Zustände an der polnisch-weißrussischen Grenze im Herbst ins Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit geschafft. Tausende Flüchtlinge hatten dort versucht, über die Grenze in die EU zu gelangen, was zu einer humanitären Katastrophe führte. Drei Anträge der Oppositionsfraktionen zu Migrationspolitik rückten das Thema vergangenen Donnerstag erneut ins Zentrum einer Bundestagsdebatte. Die AfD-Fraktion forderte in einem Antrag (20/33) von der Bundesregierung, die Maßnahmen Polens, Ungarns und anderer Staaten „zur Abwehr destabilisierender Migrationsbewegungen“ zu unterstützen. Die betroffenen Länder müssten beim Bau von Grenzzäunen unterstützt werden, so die AfD. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Zwei weitere Anträge von CDU/CSU und Linksfaktion wurden nach der Debatte an die Ausschüsse überwiesen. Die Unionsfraktion dringt in ihrem Antrag (20/684) darauf, die europäische Asyl- und Migrationspolitik voranzubringen, aber nicht „einseitig zulasten Deutschlands“. Deutsche Alleingänge bei der Steuerung der illegalen Migration erhöhen den Migrationsdruck auf die EU, schreibt die Union. Die Linke wiederum fordert in ihrem Antrag (20/681) unter anderem eine sofortige Evakuierung und Übernahme der

in der polnisch-belarussischen Grenzregion verbliebenen Flüchtlinge durch Mitgliedstaaten der EU.

„Für einen Asylbewerber muss ein Mitgliedstaat dauerhaft zuständig sein. Asylbewerberleistungen sind nur in dem zuständigen Mitgliedstaat zu gewähren“, betonte Detlef Seif (CDU). Gottfried Curio (AfD) warf der Union vor, ein Scheitern ihrer Asylpolitik der vergangenen Jahre mit ihrem Antrag indirekt einzuräumen. Hakan Demir (SPD) erwiderte, seine Partei setze sich klar für eine humanitäre Asylpolitik ein. „Dazu gehört auch eine Koalition der Aufnahmewilligen.“ Stephan Thomae (FDP) sagte: „Die alten Wege in der Migration haben nicht funktioniert. Wir müssen neue Wege wagen. Und diese neuen Wege wagen wir als Ampelkoalition.“ Julian Pahlke (Grüne) kritisierte deutlich den Begriff der „gekauften Solidarität“ in diesem Zusammenhang. „Solidarisch ist man, sowohl mit den Ländern an den EU-Außengrenzen als auch mit den Menschen auf der Flucht.“ Clara Bünger (Die Linke) warf Union und AfD vor, unsachliche Argumente zu verwenden, wie den „immer wiederkehrenden Mythos des Pull-Faktors“, der durch keine Studie wissenschaftlich belegt sei. **che** ||

### KURZ NOTIERT

#### Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieher

Um dem Fachkräftemangel an Schulen und Kindertagesstätten entgegenzuwirken, soll die Bundesregierung nach dem Willen der Linksfaktion eine Ausbildungsoffensive starten. Den Antrag (20/678) überwies der Bundestag zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss. Nach Angaben der Fraktion fehlen bis 2030 13.380 Lehrer und 230.000 Erzieher. Zudem fordert die Fraktion eine Grundgesetzänderung, um das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich Bildung aufzuheben. **des** ||

#### Mitglieder des Europol-Kontrollausschusses gewählt

Der Bundestag hat die Abgeordneten Sebastian Fiedler (SPD) und Mechthilde Wittmann (CSU) einstimmig zu Mitgliedern des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses von Europol gewählt. Das Parlament folgte damit dem Wahlvorschlag der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion (20/711). Der Kontrollausschuss setzt sich aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammen. **sto** ||

#### AfD will Restitution von Benin-Bronzen verhindern

Die AfD-Fraktion spricht sich gegen eine Restitution der sogenannten Benin-Bronzen aus den Museumsbeständen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus. In einem Antrag (20/705), den der Bundestag ohne Aussprache in den Kulturausschuss überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, in den Verhandlungen mit Nigeria eine Rückgabe der Bronzen aus dem ehemaligen Königreich Benin auszuschließen. Stattdessen sollen die Bronzen zeitlich befristet als Leihobjekte in Nigeria ausgestellt werden können. **aw** ||

#### Beiratsmitglieder der Stiftung für das sorbische Volk gewählt

Die Abgeordneten Simona Koß (SPD) und Christiane Schenderlein (CDU) vertreten den Bundestag zukünftig im Parlamentarischen Beirat der Stiftung für das sorbische Volk. Der Bundestag nahm den Wahlvorschlag der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion (20/713) ohne Gegenstimmen an. Als stellvertretende Mitglieder wurden Sylvia Lehmann (SPD) und Knut Abraham (CDU) gewählt. **aw** ||

#### Mitglieder für Verwaltungsrat der Filmförderanstalt gewählt

Der Bundestag hat die Abgeordneten Michelle Müntefering (SPD), Marco Wanderwitz (CDU) und Luise Amtsberg (Grüne) in den Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt gewählt. Er folgte damit einem Wahlvorschlag der SPD-, CDU/CSU- und Grünen-Fraktion (20/714). Als Stellvertreter wurden Helge Lindh (SPD), Dorothee Bär (CSU) und Awet Tesfayesus (Grüne) gewählt. **aw** ||

**W**ährend eine Entscheidung des Bundestages über eine allgemeine Covid-19-Impfpflicht auf sich warten lässt und selbst die einrichtungsbezogene Pflichtimpfung für das Pflegepersonal immer wieder in Frage gestellt wird, ist eine Bevölkerungsgruppe längst durchgeimpft: Die Soldaten der Bundeswehr. Seit dem 24. November 2021 gehört der Piks gegen eine Corona-Infektion für alle Soldaten und Soldatinnen zu den duldungspflichtigen Impfungen – außer wenn dadurch eine erhebliche Gefahr für Leben und Gesundheit ausgehen würde. In den Auslandseinsätzen müssen die Soldaten bereits seit März 2021 geimpft sein. Schutzimpfungen haben seit Beginn der Auslandseinsätze insgesamt zugenommen, weil der Schutz der Gemeinschaft in engen Unterkünften und völlig anderen Klimabedingungen eine wichtige Rolle spielt. Etwa 94 Prozent der Truppe sind nach Angaben der Bundeswehr inzwischen gegen Covid-19 immunisiert. In den Auslandseinsätzen sind es volle 100 Prozent. Die Bundeswehr blickt bei der Immunisierung auf eine lange Erfahrung zurück: Schutzimpfungen gegen Grippe, Mumps-Masern-Röteln (MMR), Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten und Hepatitis gehören zum militärischen Alltag, um den Erhalt der Einsatzfähigkeit nicht zu gefährden.

**Soldatengesetz** Die Impfpflicht in der Truppe leitet sich aus dem Soldatengesetz ab: So muss ein Soldat ärztliche Maßnahmen gegen seinen Willen dulden, wenn sie der Verhütung oder Bekämpfung übertragbarer Krankheiten dienen oder der Feststellung seiner Dienst- und Verwendungsfähigkeit. Aber auch nur dann. Ohnehin spielt das Militär eine wichtige Rolle in der Geschichte des Impfs. Generalstabsarzt Otto Carl Wilhelm von Schjering gab am 4. Oktober 1914 eine Order an die Lazarette, das erst seit wenigen Jahren verfügbare Tetanus-Antitoxin verwundeten Soldaten vorbeugend zu verabreichen. Mit Erfolg: Die Todesraten durch Wundinfektion sanken drastisch.

Die Impfungen gegen Covid-19 hatte noch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) angeordnet. Für zivile Mitarbeiter und Beamte in der Bundeswehr gilt das außerhalb von Auslandseinsätzen bislang allerdings nicht. Amtsnachfolgerin Christine Lambrecht (SPD) ließ Anfang Januar verbreiten: „Die gute Impfquote bei unseren Soldatinnen und Soldaten ist ein Zeichen der großen Disziplin innerhalb der Truppe, aber auch der Solidarität gegenüber unserer gesamten Gesellschaft. Die Duldungspflicht ist eine militärische Besonderheit, ein Stützpunkt für den Erhalt der Führungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.“ Tatsächlich unterstützt die Bundeswehr von Anfang an die Bekämpfung der Pandemie mit Tausenden Frauen und Männern. In Berlin haben jüngst sogar Chefarzte angekündigt, die Hilfe der Soldaten bei einer zunehmenden Belegungskrise der Krankenhausbetten anzufordern.

Mit der Abordnung eines Generals und seines Stabes ins Bundeskanzleramt wollte die Regierung machtvoll Aktivität gegen das Virus zeigen. Generalmajor Carsten Breuer sagt: „Ich beschäftige mich nun seit Monaten mit der Pandemie, habe tiefe Einblicke erhalten und mit vielen Expertinnen und Experten gesprochen. Die wichtigste Kernbotschaft ist: Die Impfung, bestehend aus Grundimmunisierung und Auffrischungsimpfung, bietet den besten bekannten Schutz vor dem schweren Verlauf. Impfen und Kontaktbeschränkungen sind das Bollwerk gegen den Virus.“ Die Bundeswehr leistet einen Dienst, den sie schon



## Piks in Oliv

**BUNDESWEHR** Bei der Truppe gilt längst die Impfpflicht. Das leitet sich aus dem Soldatengesetz ab

Soldaten helfen in der Coronakrise bundesweit in Impfstationen, wie hier in Stuttgart.

© picture-alliance/dpa/Marijan Murat

in anderen Notlagen unter Beweis gestellt hat: Sie stellt ihre logistischen Fähigkeiten zur Verfügung: „Sie umfassen den tiefgekühlten Transport vom zentralen Lager des Bundes zu insgesamt 14.000 Apotheken im gesamten Bundesgebiet. Hier handelt es sich um einen komplexen, aber sehr routinierten Ablauf aller Beteiligten“, erläutert Breuer.

Tiefgefroren bei minus zwanzig Grad kommen die Impfstoffe von Biontech/Pfizer und Moderna von dem durch die Bundeswehr betriebenen logistischen LogHub Quakenbrück (Niedersachsen) zuerst an 60 Niederlassungen des pharmazeutischen Großhandels, um dann an Apotheken und niedergelassene Ärzte verteilt zu werden.

**Wehrbeauftragte** Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, begrüßt die Duldung der Impfung: „Es ist richtig, dass die Disziplinarvorschriften eine klare rote Linie ziehen, wenn Soldatinnen oder Soldaten sich dem verweigern. Das ist Gehorsamsverweigerung und wird entsprechend

geahndet.“ Die Soldaten tragen eine besondere Verantwortung, sich und ihre Kameraden zu schützen. Die Immunisierung sei unerlässlich für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, gerade vor dem Hintergrund der Amtshilfe. „Wenn unsere Soldatinnen und Soldaten in Gesundheitsämtern unterwegs sind, in Pflegeheimen, in Impfzentren, dann ist es wichtig, dass sie selbst geschützt sind und andere nicht gefährden“, betont Högl. Deshalb unterstütze der überaus große Teil der Truppe das Impfen und nehme Verantwortung wahr. An der militärischen Basis gibt es aber auch Unverständnis für die strikte Anordnung des Ministeriums. Die Ministerin spricht von „zum Teil lautstark auftretenden Impfverweigerern in Uniform“, die sich bewusst außerhalb der Kameradschaft stellen. Es handle sich um eine Minderheit. Laut einer Antwort der Bundesregierung (20/460) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (20/295) wurden zwei Soldaten wegen Verweigerung der Impfung aus dem Dienst entlassen.

Der Sanitätsdienst spielt in der Pandemie eine besonders wichtige Rolle: Im Sanitätsunterstützungszentrum Berlin wach Oberstabsarzt Roland Schneider über die Lage in zehn Sanitätsversorgungszentren und einer Sanitätsstaffel. Die Mitarbeiter seien alle durchgeimpft.

Zur allgemeinen Impfpflicht für alle sagt er: „Aus medizinischer Sicht muss ich sie mit ‚ja‘ beantworten.“ Aus politischer Sicht sei es deutlich schwieriger. Ein Hauptproblem sei, dass Corona-Erkrankte die Krankenhausbetten belegten und damit beispielsweise Patienten mit akuten Herzproblemen nicht mehr aufgenommen werden könnten.

Bei einer Verschärfung der Lage durch die Omikron-Variante werde auch er in seinem Bereich Leistungen der sanitätsdienstlichen Versorgung einschränken müssen oder ein Zwei-Schichten-System in den Büros einführen. Doch so weit ist es noch nicht. „Die Impfungen haben bewirkt, dass keine schweren Erkrankungen nach Impfdurchbrüchen erfolgt sind.“ Roger Töpelmann

## »Die schlimmste Bedrohung«

**INNERES I** »Stoppsschild« gegen Rechtsextreme gefordert

Zwei Jahre nach dem Terroranschlag von Hanau vom 19. Februar 2020, bei dem der Täter zehn Menschen und anschließend sich selbst tötete, haben im Bundestag Vertreter von Koalition und Opposition vergangene Woche zu einer entschiedenen Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgerufen. Dieser sei die „schlimmste Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in einer von der Koalition beantragten Aktuelle Stunde. Deshalb habe seine Bekämpfung „höchste Priorität“. Die Ministerin bekräftigte, bis Ostern einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen zu wollen. Man werde den Extremisten ihre Einnahmequellen nehmen und die Waffen entziehen. Andrea Lindholz (CSU) unterstrich, dass der Anschlag von Hanau eine rechtsextremistische, rassistisch motivierte Tat gewesen sei. Der Hass dürfe aber „niemals siegen“. Der politische Auftrag heiße, dass sich jeder Mensch in Deutschland sicher fühlen können soll. Dafür bräuchten die Sicherheitsbehörden aber auch moderne Befugnisse, um etwa „Hass in seinen digitalen Resonanzräumen wirksam bekämpfen zu können“. Entsprechende Ideen habe sie indes weder im Koalitionsvertrag der „Ampel“ gefunden noch im Innenausschuss bei einem Bericht der Bundesinnenministerin. Omid Nouripour (Grüne) klagte, die Hanauer Opfer seien aus dem Leben gerissen worden, weil „aus Hass Schandtat“ geworden seien. Es sei Aufgabe der Demokraten, allen, „die diesen Hass verbreiten, ein

klares Stoppsschild aufzustellen“. Derzeit liefen durch die Pandemie verunsicherte Menschen gemeinsam mit Rechtsextremen durch die Straßen. Rechtsextreme nutzten diese Verunsicherung, doch seien sie „weder das Volk noch die Mehrheit“ im Land. Christian Wirth (AfD) sagte, es dürfe in Deutschland keinen Platz für Extremismus geben. Mit Blick auf den Anschlag von Hanau sprach er von einer „schrecklichen Tat“ eines „offenkundig psychisch zutiefst gestörten Täters“, der neben rassistischem Gedankengut auch abstruse Verschwörungstheorien geäußert habe. Nichts könne indes absurd genug sein, als dass die politische Konkurrenz diese Gedankenwelt nicht mit der AfD in Verbindung bringen wolle. Konstantin Kuhle (FDP) verwies darauf, dass das „Zusammenspiel aus Verschwörungserzählungen und gewaltorientierten, extremistischen Radikalisierungsprozessen“ die Gefährlichkeit solcher Täter ausmache. Zahlreiche Studien befassten sich mit Überlappungen von Verschwörungsmethoden und Radikalisierung, und er sei dankbar, dass diese Erkenntnisse im Bundesinnenministerium angekommen seien. Janine Wissler (Linke) kritisierte, wer Muslime, Migranten und Geflüchtete diffamiere und NS-Verbrechen relativiere, wie die AfD das mache, schaffe einen Nährboden für rechte Gewalt. Dabei sei der Anschlag von Hanau kein Einzelfall gewesen. Seit 1990 seien mehr als 200 Menschen durch rechte Gewalt getötet worden, doch sei der rechte Terror viel zu lange verharmlost worden. **Sto**

## Union kritisiert Ministerinnen

**INNERES II** Koalition steht hinter Faeser und Lemke

Die Koalitionsfraktionen haben Vorwürfe von Union und AfD gegen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) zurückgewiesen. Die Unionsfraktion bekräftigte dagegen in einer Aktuelle Stunde vergangene Woche ihre Kritik: Faeser grenze sich nicht deutlich genug vom Linksextremismus ab, Lemke halte Autobahnblockaden für eine legitime Protestform. Alexander Throm (CDU) monierte, dass Faeser 2021 als hessische Landtagsabgeordnete in einer Zeitschrift der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ einen „inhaltlich nicht zu kritisierenden Artikel“ veröffentlicht habe. Dies habe sie getan, obwohl sie gewusst hätte, dass das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz diese Organisation für linksextremistisch beeinflusst halte. Darüber habe sie sich hinweggesetzt und statt nun reinen Tisch zu machen, beantworte die Ministerin parlamentarische Anfragen hierzu „aus Gründen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ nicht. Aus Sicht von Martin Hess (AfD) ist Faeser, als Dienstherrin der Sicherheitsbehörden des Bundes, „für jeden offensichtlich eine Antifa-Freundin“. Das sei für jene Beamten unerträglich, die unseren Staat und unsere Gesellschaft verteidigen „und genau dafür von jener Antifa mit Flaschen, Steinen und Brandsätzen angegriffen werden“.

Elisabeth Kaiser (SPD) befand dagegen, es sei aberwitzig, die Bundesinnenministerin für Extremismus oder Straßenblockaden verantwortlich zu machen. „Mit Nancy Faeser hat unsere Demokratie eine starke Verteidigerin, die es schon viele Jahre zuvor an dieser Stelle gebraucht hätte“, sagte Kaiser, die von einer „Schmutzkampagne“ sprach. Irene Mihalic (Grüne) sprang Umweltministerin Lemke bei, die „völlig unmissverständlich“ deutlich gemacht habe, dass Menschen bei Protesten nicht gefährdet werden dürfen. „Wer Zitate in sinnentstellter Weise aus dem Zusammenhang reißt und so versucht, Zweifel am Rechtsstaatsverständnis einer Bundesministerin zu streuen, sollte mal besser sein eigenes Rechtsstaatsverständnis hinterfragen“, sagte Mihalic in Richtung Union. Sandra Bubenhofer-Licht (FDP) verwies auf „Klüngel, Pöschengescher, Maudesaster und Maskendals“ und befand: „Haltung ist eines der Themen, wo die Union uns als Fortschrittskoalition wirklich gar nichts mit auf den Weg geben kann.“ Auch die Fraktion Die Linke wies die Kritik deutlich zurück. Schämte sich die Union, befand ihre Abgeordnete Martina Renner (Linke), die von einer „unerträglichen Hetzkampagne“ sprach. „Unter Merkel hätte es so eine Aktuelle Stunde nicht gegeben“, fügte die Linken-Parlamentarierin hinzu. **Götz Hausding**

## Auflagen sollen schrittweise aufgehoben werden

**CORONA-PANDEMIE** Bund und Länder verständigen sich auf Aufhebung der Einschränkungen in Etappen. Weiter Streit über Impfpflicht und Genesenenstatus

Trotz weiter hoher Corona-Infektionszahlen stellen Bund und Länder nach zwei Jahren Pandemie ein Ende der Auflagen und eine Rückkehr zu einem weitgehend normalen Leben in Aussicht. Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) verständigte sich auf eine schrittweise Aufhebung der Einschränkungen. Demnach sollen zunächst die privaten Kontaktauflagen für Geimpfte und Genesene fallen sowie Zugangsbeschränkungen im Einzelhandel. Ab dem 4. März soll in der Gastronomie nur noch die 3G-Regel gelten (geimpft, genesen oder getestet), Discos und Clubs dürfen mit 2G-plus (geimpft, genesen, mit Test oder Booster) öffnen. Ab dem 20. März sollen dann alle strengen Schutzvorkehrungen enden, etwa Zugangsbeschränkungen und die Pflicht zum Homeoffice, sofern die Lage in den Krankenhäusern dies zulässt.

**Zuversicht** „Wir können zuversichtlicher nach vorne schauen, als wir das die letzten Wochen konnten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach den Beratungen. Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) verbreitete Optimismus und erklärte, die Omikron-Welle sei gebrochen. Bei der Maskenpflicht in Innenräumen, Hygieneauflagen und Abstandsgeboten soll es aber bleiben. Scholz betonte: „Man

musste auch klar sagen, die Pandemie ist noch nicht vorbei.“

Unklar ist, wie es nach dem 19. März 2022 weitergehen soll, wenn die Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) von Ende November 2021 ausläuft. Die damals verabschiedete Neuregelung beinhaltete einen Katalog an Schutzvorkehrungen, den sogenannten „Instrumentenkasten“, den die Länder in der Pandemie einsetzen konnten. Laut Gesetz ist eine Verlängerung der Regelung um drei Monate möglich. Der Vorsitzende der MPK, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), sagte: „Alle Länder sind sich einig, dass wir einen Basisschutz brauchen, um die Öffnungen abzusichern.“

Hefig gestritten wird über die einrichtungsbezogene Impfpflicht, die am 15. März in Kraft tritt und etwa für Mitarbeiter in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gilt. Die Regelung wird von der AfD-Fraktion abgelehnt, die dazu mit Hinweis auf einen drohenden Fachkräftemangel einen Antrag (20/699) vorgelegt hat, der erstmals beraten wurde. Auch Bayern

hatte große Vorbehalte gegen den praktischen Vollzug vorgebracht. Das Bundesverfassungsgericht wies indes Eilanträge gegen die sektorale Impfpflicht ab, das Hauptsacheverfahren steht aber noch aus.

**Unmut** Für erheblichen Unmut sorgt die Verkürzung des Genesenenstatus von sechs auf drei Monate. Laut einer Verordnung konnte das Robert Koch-Institut (RKI) die Geltungsdauer des Genesenenstatus selbst ändern. Die Verkürzung führte dazu, dass viele Bürger plötzlich nicht mehr als genesen galten. Das RKI stellte zudem nachträglich klar, dass die verkürzte Geltungsdauer nur für ungeimpfte Genesene gilt.

Die EU-Zertifikate können die Fristverkürzung zudem derzeit nicht abbilden. Europaweit wurde nämlich eine Geltungsdauer für Covid-19-Genesene von sechs Monaten vereinbart. Auch im Bundestag galt bis vor kurzem diese Frist. Vergangene Woche wurde dann eine geänderte Allgemeinverfügung der Präsidentin mit der Dreimonatsfrist wirksam. Die MPK beschloss, dass Ent-

scheidungen über den Geimpften- und Genesenenstatus nicht mehr vom RKI und dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) getroffen werden sollen.

Die sektorale Impfpflicht und der Genesenenstatus waren Thema in gleich zwei Debatten vergangene Woche. Die Unionsfraktion fordert in einem Antrag (20/687) eine bessere Vorbereitung der Sektor-Impfpflicht sowie in einem weiteren Antrag (20/690) die Rückkehr zur Sechsmonatsfrist beim Genesenenstatus.

Andrea Lindholz (CSU) rügte, nach wie vor seien zentrale Fragen zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unklar. Einrichtungen, Praxen, Gesundheitsämter, Arbeitnehmer und Länder warteten auf klare Handlungsanweisungen. Es gebe eine Vielzahl von arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, die ungeklärt seien.

Emmi Zeulner (CSU) sagte, sie sei dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) „dankbar, dass er diese Debatte noch einmal aufgemacht hat“. Sie selbst sei sowohl gegen die allgemeine und wie auch gegen die sektorale Impfpflicht. Zeulner warnte mit Blick auf das knappe Pflegepersonal: „Wir laufen bei einem Mangelberuf Gefahr, dass weitere Betten gesperrt werden müssen.“ Sie hätte sich einen vorwärtsgewandten Vorschlag gewünscht.

Redner anderer Fraktionen warfen Söder hingegen vor, mit seiner Ankündigung, die einrichtungsbezogene Impfpflicht vorerst nicht umsetzen zu wollen, für Chaos und Verunsicherung gesorgt zu haben. Heike Baehrens (SPD) kritisierte, Söder habe „mit der ganzen Union im Schlepptau geltendes Recht selbstherrlich infrage gestellt“. Damit habe er die Mitarbeiter in Gesundheitseinrichtungen verunsichert und das Ansehen des Rechtsstaates beschädigt. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht diene dem Ziel, besonders verletzte Menschen zu schützen. Alle Länder stünden in der Verantwortung, das Gesetz umzusetzen.

Thomas Dietz (AfD) erinnerte daran, dass die Union dem Gesetz selbst zugestimmt habe und nun im Nachhinein auf eine solide Vorbereitung dringe. „Haben Sie den Gesetzentwurf damals nicht gelesen, sondern nur blind den Arm gehoben?“ Er warnte, Mitarbeiter, die sich nicht impfen lassen wollten, seien künftig „in vakanten Beschäftigungsverhältnissen“. Das sei „untragbar und unsozial“. Kathrin Vogler (Linke) hielt der Union vor, in der Frage der Impfpflicht keine erkennbare Linie zu verfolgen, sondern sich „wie das Fähnchen im Wind“ zu drehen. Das schaffe noch mehr Verunsicherung bei den Bürgern. Impfungen seien das wichtigste

Mittel, um aus der Pandemie herauszukommen. Ebenso wichtig sei aber das Vertrauen der Bevölkerung.

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) stellte klar, die Impfnachweispflicht beziehe sich nicht auf einzelne Berufsgruppen, sondern auf Einrichtungen. Jeder, der diese Einrichtungen betreue und mit vulnerablen Gruppen in Kontakt komme, müsse geimpft sein. Das gelte nicht nur für Pflegekräfte, sondern auch für Reinigungskräfte, Köche oder Hausmeister. Gesundheitsämtern, die für Einrichtungen mit einer niedrigen Impfquote zuständig seien, werde ein Ermessensspielraum eingeräumt. Sie appellierte: „Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die vulnerablen Gruppen wirklich zu schützen.“

Tino Sorge (CDU) ging auf den geänderten Genesenenstatus ein und hielt der Regierung schwere Fehler vor. „Es ist haarsträubend und an Dilettantismus eigentlich nicht mehr zu überbieten, was da offensichtlich passiert ist.“ Diese „Nacht- und Nebel-Aktion“ sei keine Lappalie, Millionen Menschen seien betroffen. Linda Heitmann (Grüne) räumte ein: „Die Kommunikation dazu war mehr als unglücklich.“ Jedoch komme die Wissenschaft in der Pandemie eben immer wieder zu neuen Erkenntnissen. **Claus Peter Kosfeld**



Auch 31 Jahre nach der Deutschen Einheit ist das Bild vom Osten im Westen noch immer von Klischees überlagert.

© picture-alliance/dpa-Zentralbild/Jan Woitas

# Ganz ohne Jammern

**DEUTSCHE EINHEIT** Cerstin Gammelin setzt einer ganzen Generation von »Ossi« ein Denkmal

Immerhin hat es dreißig Jahre gedauert, bis dem interessierten Publikum ein exzellentes Buch über die Wiedervereinigung aus der Perspektive einer Ostdeutschen präsentiert wurde. Im Mittelpunkt von „Die Unterschätzten“ der stellvertretenden Leiterin der Parlamentsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, Cerstin Gammelin, stehen nicht die üblichen Wiedervereinigungsthemen wie die friedliche Revolution oder die Eingliederung des Arbeiter- und Bauernstaates in die Bundesrepublik. Wer aber wissen will, wie der Osten tickt, was die Menschen dort bewegt und vor allem, was bei der Wiedervereinigung alles schiefgelaufen ist, wird bei Gammelin fündig. Sie errichtet einer ganzen Generation ehemaliger DDR-Bürger ein Denkmal. Diese Menschen haben nicht nur eine Diktatur gestürzt, sondern gerieten anschließend unverschuldet unter die Räder der Marktwirtschaft: Häufig verloren sie ihre Arbeit und ließen sich umschulen, um am Ende doch ihre Heimat verlassen zu müssen. Dabei haben sie nicht gejammert, sondern gelebt, geliebt und gearbeitet.

Gammelin erklärt, warum sich keine ostdeutsche Elite herausbildete und warum auch heute noch fast alle Universitäten im

Osten von Westdeutschen geleitet werden. Obwohl diese ostdeutsche Generation entscheidend zur Wiedervereinigung und zur politischen Stabilität der Bundesrepublik beitrug, also „mehr als lesen und schreiben konnte“, wurde sie von der politischen Klasse im Westen systematisch unterschätzt. Dass mit Angela Merkel eine von ihnen 16 Jahre lang sehr erfolgreich die gemeinsame Nation als Bundeskanzlerin regierte, blieb oft unerwähnt. Zu Recht wundert sich Gammelin, wie es sich die Gesellschaft leisten konnte, „so viele Ressourcen zu verschwenden“: Eine ganze Generation ausgebildeter Facharbeiter und Akademiker musste sich von Leuten anstellen lassen, deren Eignung darin bestand, aus den alten Ländern zu kommen und zu den richtigen Netzwerken zu gehören.

**Als Verlierer abgestempelt** Später wurden die Ostdeutschen als Verlierer und Opfer abgestempelt, während sie im neuen System darum kämpften, ihren Platz zu finden. Und obwohl es nach der Einheit

bald zu Massenarbeitslosigkeit kam, gaben die Ostdeutschen bei Bundestags- und Landtagswahlen demokratischen Parteien ihre Stimme. Gammelin bezeichnet die ostdeutschen Bundesländer als Laboratorium für die Politik und spricht von der Macht der Minderheiten: Da zwischen Ostsee und Erzgebirge keine der Volksparteien über eine parlamentarische Mehrheit verfüge, habe sich dort erstmals eine so genannte Kenia-Koalition gebildet – „eine Art Post-Wende-Runder Tisch“. Weiter erklärt die Journalistin die Stärke der AfD im Osten; vergisst aber nicht zu erwähnen, dass die AfD in Westdeutschland gegründet wurde. Im Osten wäre man wahrscheinlich nicht auf die Idee gekommen, so eine Partei ins Leben zu rufen. 80 Prozent der Menschen im Osten würden nicht rechts „ticken“, sondern demokratisch. Kaum wahrgenommen werde auch, dass die mittel- und ostdeutschen Regionen Vorreiter im Ringen um Klimaneutralität sind. Allein in Sachsen-Anhalt gebe es 2.800 Windräder, dreieinhalb Mal so viele

**Bis heute sind Ostdeutsche in Medien, Justiz und Verwaltung unterrepräsentiert.**

wie in Baden-Württemberg, in dem die Grünen regieren.

»Besatzterparty« Gammelin untermauert ihre Argumente mit öffentlich zugänglichen Statistiken. Der Leser erfährt nicht ohne Staunen, dass in den Bundesministerien die überwältigende Mehrheit der Abteilungsleiter – stolze 133 – aus Westdeutschland kommen, aber nur vier aus den östlichen Landesteilen. Zudem werden alle Bundesbehörden im Osten von Westdeutschen geleitet. Mehr noch: Nur knapp ein Viertel aller Top-Jobs in den Medien, der Wissenschaft, in Verwaltung und in Justiz werden in Ostdeutschland von Einheimischen besetzt, obwohl sie 85 Prozent der Bevölkerung stellen. Von den Vorsitzenden Richtern stammt nicht einmal jeder Zehnte aus dem Osten. Nehmen Ostdeutsche an Behördenstellen teil, sprechen sie deshalb gerne von „Besatzterparty“. Es gibt aber auch positive Entwicklungen: Inzwischen sind fast alle ostdeutschen Ministerpräsidenten auch dort geboren, einzige Ausnahme ist Bodo Ramelow in Thüringen. Dass umgekehrt eine Politikerin aus dem Osten ein westliches Bundesland regieren könnte, „klingt heute noch immer abwegiger, als ein Ticket zum Mars buchen zu wollen“.

Bevor Cerstin Gammelin ihr herausragendes Buch über „Die Unterschätzten“ verfasste, hatte sie bereits zwei gute Bücher über die Strippenzieher in der europäischen und deutschen Politik veröffentlicht. Die im sächsischen Freiberg geborene Autorin mit Maschinenbau-Diplom musste sich unter westdeutschen Journalisten beweisen. Ihre Erfahrungen aus den Wendejahren, die mehrjährige Berichterstattung aus Brüssel und die Beobachtung der bundesdeutschen Politik in Berlin haben dazu beigetragen, dass ihre kenntnisreichen Analysen überzeugen und nicht als „Ossi-Patriotismus“ abgetan werden können. Bei Gammelins aktueller Arbeit handelt es sich um eines der besten politischen Bücher der jüngsten Zeit. *Aschot Manuscharjan*



**Cerstin Gammelin:**  
**Die Unterschätzten. Wie der Osten die deutsche Politik bestimmt.**  
Econ Verlag, Berlin 2021; 302 S., 22,90 €

**KURZ REZENSIIERT**

**Paul Collier, John Kay:**  
**DAS ENDE DER GIER**  
Siedler Verlag, München 2021; 281 S., 24 €

Zwei der prominentesten britischen Wirtschaftswissenschaftler erläutern in ihrem empfehlenswerten Buch, wie Individualismus, Egoismus und Gier demokratische Gesellschaften zerstören können und warum Politik den Zusammenhalt fördern muss. Doch ungeachtet der negativen Auswirkungen der Weltfinanzkrise des Jahres 2008 seien Politiker und Wirtschaftskapitäne in der Folgezeit nicht bescheidener aufgetreten, monieren Paul Collier und John Kay. Der Aufstieg der Individualismus habe die Demokratien zusätzlich geschwächt in ihrem Bestreben, gemeinschaftliche Ziele zu erreichen.

Eine im Oktober 2019 veröffentlichte Studie der Johns-Hopkins-Universität kam zu dem Ergebnis, dass die USA, Großbritannien und die Niederlande zu den Staaten gehören, die am besten auf die Bewältigung einer Pandemie vorbereitet sind. Doch schon wenige Monate später offenbarte die Corona-Pandemie völlig gegenteilige Resultate. Tatsächlich gehören die traditionellen Demokratien Großbritannien, Frankreich und die USA zu den Staaten mit den höchsten Sterblichkeitsraten weltweit. Doch warum reagieren Nationen so unterschiedlich auf die Pandemie? Collier und Kay weisen darauf, dass es sich im Fall der USA um eine hochindividualistische Gesellschaft handelt und bei Großbritannien und Frankreich um zentralistische Staatswesen. Demgegenüber loben sie Deutschland und die Schweiz wegen des dort vorhandenen ausgeprägten Gemeinsinns. Das rege Vereinsleben in Deutschland werten sie als ein Fundament der Demokratie. Allerdings gefährde der „expressive Individualismus“ der Rechten genauso wie die Identitätspolitik der progressiven Linken die Gemeinschaft. Die resultierenden Kulturkriege führten zu Polarisierungen, die Gemeinschaften zerstören könnten. Anstatt über moralische Wahrheiten zu streiten, sollten die Menschen besser über das Ende der Gier nachdenken. *manu*



**Wolfgang Streeck:**  
**Zwischen Globalismus und Demokratie**  
Suhrkamp Verlag, Berlin 2021; 538 S., 28 €

Der Mitbegründer der „Aufstehen“-Bewegung und frühere Direktor am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung beschreibt in seinem aktuellen Buch, wie ein Staat beschaffen sein muss, mit dem die „Rückbettung einer kapitalistischen Ökonomie in den Wirkungskreis demokratischer Politik“ gelingen könnte. Im Kern geht es Wolfgang Streeck um die Zähmung der kapitalistischen Ökonomie, um die „Verwirtschaftung der Gesellschaft“ zu verhindern. Die Chancen dafür stünden gut, schließlich laufe der Kapitalismus „jahrzehntelang nur noch unter geldschöpferischer Notbremse keuchend“ weiter. Den Leser erinnert dieses Szenario an die sowjetischen Propagandapapieren über den sicheren und bevorstehenden Untergang des Kapitalismus.

Das Staatensystem und die Staatlichkeit würden auch wegen des neoliberalen Projekts einer Weltregierung (global governance) zwischen Globalismus und Demokratie feststecken. Diese Entwicklung sei nicht nur für den „populären Widerstand gegen den elitären Globalismus“ verantwortlich, sondern stehe auch für Forderungen nach lokaler Selbstbestimmung. Streeck warnt nachdrücklich vor einer „Überwindung“ des Nationalstaats zugunsten internationaler Organisationen unter Führung einer Experten- oder Marktherrschaft. Es sei eine „kosmopolitische Illusion“, dass Globalisierung jemals etwas anders sei, als die Herrschaft des Marktes über die demokratischen Gesellschaften und ihre Staatlichkeit. Allerdings müssten die Verteidiger der Nationalstaaten mit Gegenwind rechnen, da „die neoliberalen Globalisierer Verbündete in der grün-linken postindustriellen Mitte der Gesellschaft gewonnen haben“.

Ob es sich bei Streecks jüngster Arbeit um einen hellsichtigen Blick in die Zukunft oder um eine wissenschaftlich fundierte Verschwörungstheorie gegen eine potenzielle „Weltregierung“ handelt, wird die Zeit zeigen. *manu*

Anzeige



Deutscher Bundestag

## Ausschreibung Medienpreis Parlament 2022

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2022 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. März 2022  
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/medienpreis>

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Telefon: +49 30 227-38629



## In der Tradition Carl Schmitts

**HATESPEECH** Joachim Scharloths Untersuchung über die Sprache der neuen Rechten

„Lügenpresse“, „Impfmörder“, „Kopftuchmädchen“, „Volksverräter“, „Gender-Soziobande“, „Gutmenschen-Pest“ oder schlichtweg das „linkrot-grün-verseuchte 68er-Deutschland“. Seit etlichen Jahren ist in der politischen und gesellschaftlichen Debatte eine verbale Verrohung zu vernehmen, deren Ziel Journalisten, Wissenschaftler, Politiker, Muslime, Angehörige anderer Minderheiten oder ganz allgemein Menschen aus dem demokratischen Spektrum ist und die unter dem Begriff „Hatespeech“ in das politische Wörterbuch eingegangen ist. Über Jahre hinweg sammelte der Linguist Joachim Scharloth solche Verbalinjuren in einer eigens geschaffenen Datenbank. Ausgewertet hat er 29 rechtspopulistische, rechtsextreme und neurechte Nachrichtenseiten und Blogs im Internet wie beispielsweise „Politically Incorrect“ oder „Anonymusnews“. Aber auch Autorenblogs wie die „Achse des Guten“ oder „Tichys Einblick“, die sich selbst zwar als liberal-konservativ bezeichnen, „aber in neurechten Kreisen als Teil der oppositionellen neurechten Presse wahrgenommen“ würden. Gut 30.000 „hässliche Wörter“ hat Scharloth zusammengetragen, von denen er 3.600 in seinem gleichnamigen Wörterbuch präsentiert und analysiert. Um es vorwegzunehmen: Eine angenehme Lektüre

präsentiert Scharloth damit wahrlich nicht, aber eine wichtige. Das Ziel seines Buches definiert der Sprachforscher wie folgt: „Im Kontrast zu ihrem Selbstbild einer bürgerlichen und patriotischen Bewegung, die zwar mitunter verbal etwas zuspizt, aber doch nur das Gute für Deutschland will, wird die neue Rechte durch ein solches Schimpfwörterbuch als eine Gemeinschaft der Hetzer und Hater und als Verächter der bestehenden sozialen und staatlichen Ordnung sichtbar.“ Dies leistet sein Buch zweifellos.

**Freund-Feind-Denken** Scharloth erkennt im Sprachgebrauch von Rechtspopulisten und Rechtsextremen das Freund-Feind-Denken des wegen seiner Nähe zu den Nationalsozialisten umstrittenen Staatsrechtlers Carl Schmitt: „Politische Gegner sind Feinde, die in ihren Augen die Existenz jener Gemeinschaft bedrohen, als deren Teil sie sich empfinden und für deren Interesse sie zu sprechen glauben: Deutsche ohne Migrationshintergrund.“ Das „Phantasma“ vom „Genozid am deutschen Volk“ lasse sie in ihren politischen Gegnern Feinde erkennen, die die Existenz des deutschen Volkes negieren und deshalb bekämpft werden müssen. Im Internet kursierten Listen von „Volksverrättern“, „Linksfaschisten“,

„Deutschlandhassern“ und „Islam-Lobbyisten“. Ganz oben auf diesen Feindlisten fand Scharloth in den vergangenen Jahren den Namen Angela Merkel. Die ehemalige Bundeskanzlerin avancierte spätestens seit der Flüchtlingskrise von 2015 zur Hassfigur im rechten Spektrum. Weit mehr als tausend „herabwürdigende, beleidigende und entmenslichende Umschreibungen“ hat Scharloth gezählt. Sie reichen von Begriffen wie „Hosennazug-Pappaufsteller“ und „Rauten-Hexe“, die sich an ihrem Kleidungsstil und ihrem Erkennungszeichen abarbeiten, bis hin zu „Mürkül“ oder „Adolfela-Ferkel“, die sie als vermeintlich türkische Interessenvertreterin bezeichnen oder in die Nähe des Nationalsozialismus setzen. *Alexander Weinlein*



**Joachim Scharloth:**  
**Hässliche Wörter. Hatespeech als Prinzip der neuen Rechten**  
J.B. Metzler, Berlin 2021; 251 S., 19,99 €



Eckart von Hirschhausen, Mediziner und Fernsehmoderator, spricht im Interview über die Wirkung und die Aufgabe, die der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ nicht nur den politisch Verantwortlichen, sondern jedem Menschen aufgegeben hat. Für das Mitglied des Club of Rome ist der vor 50 Jahren veröffentlichte Bericht eine Art Anleitung zur Rettung des Planeten.

**Herr Hirschhausen, der Bericht „Die Grenzen des Wachstums“, der den Club of Rome weltbekannt machte, gilt Kritikern als Beispiel für übertriebene Warnungen. Was haben wir aus den Vorhersagen gelernt?**

Eindeutig zu wenig! Wenn man sich vergegenwärtigt, auf welchem Stand die damalige Computertechnik war, muss man sich verneigen vor den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern rund um Dennis Meadows. Sie haben prognostiziert, wohin grenzenloses Wachstum im Jahr 2050 führt, nämlich dazu, dass wir die Erde gegen die Wand fahren. Vor 50 Jahren sorgte der Bericht erstmalig dafür, die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt öffentlich zu diskutieren.

**Welches Wachstum war gemeint?**  
Ich zitiere: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unvermindert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“ Mit dem Bericht wurde klar, dass es der Mensch ist, der die Natur bedroht – nicht umgekehrt, ein Paradigmenwechsel. Ein weiterer wichtiger Gedanke war, dass wir es mit Naturgesetzen zu tun haben, die nicht verhandelbar sind, und die unausweichlich eine allumfassende Krise bedeuten, wenn die Menschheit ihre Wertvorstellungen und Ziele nicht ändert. Das war der große Weckruf des Berichts. Und damals hätte man noch Zeit gehabt, umzusteuern – jedenfalls 50 Jahre mehr als heute! Immerhin entstanden so seit den 1970er Jahren Lehrstühle für Umweltwissenschaften, eigene Ministerien, NGOs, grüne Parteien und internationale Klimakonferenzen.

**Wie muss man sich Ihre Arbeit in der Deutschen Gesellschaft Club of Rome vorstellen?**

Unser Motto lautet vom Wissen zum Handeln. Für komplexe Themen braucht es verschiedene Perspektiven von Ökonomen, Naturwissenschaftlern und Sozialwissenschaftlern sowie Multiplikatoren in die Gesellschaft. Viele wichtige Impulsgeber sind in diesem Netzwerk engagiert, unter anderem Ernst Ulrich von Weizsäcker, Mojib Latif oder Claudia Kemfert, von denen ich viel lerne und dann für die Arbeit in den Medien und meiner Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen verwende.

**Der Bericht arbeitet vor allem mit einem Negativ-Szenario und spricht von einem Zusammenbruch, der bevorsteht. Dabei hat Wachstum doch auch erheblich zu Wohlstand, Verbesserung der Lebensstandards und weniger Hunger weltweit beigetragen. Was ist also falsch am Wachstum?**

Viele Ideen, die uns in der Wirtschaft, in der Kultur oder in den Religionen der Welt begegnen, stammen, wie der frühere Weltbank-Ökonom Herman Daly und der Physiker Ulrich von Weizsäcker es nennen – aus der leeren Welt. Doch seit Mitte des 20. Jahrhunderts sehen wir einen enormen Bevölkerungszuwachs, der seit 1960 von etwa drei Milliarden Menschen auf aktuell

# »Ein Weckruf«

**WISSENSCHAFT** Eckart von Hirschhausen gehört zum Vordenker-Kreis Club of Rome. Er spricht über die Lehren der bekanntesten Studie der Vereinigung



Eckart von Hirschhausen findet, es braucht nichts geringeres als eine neue Aufklärung © picture-alliance/dpa/Christoph Hardt/Geisler-Fotopros

7,9 Milliarden angestiegen ist. Die Entwicklung hat nicht nur zu einem massiven Ressourcenverbrauch geführt, sondern auch zu einer Verschmutzung von Gewässern, Böden und der Luft. Die Wachstums-idee war über zig Tausend Jahre passend, stößt jetzt aber an ihre Grenzen. Deshalb brauchen wir eine neue Aufklärung.

**Können Sie dafür ein Beispiel nennen?**

Vor 10.000 Jahren haben die Wildtiere 99 Prozent ausgemacht, wenn man die Biomasse an Land betrachtet, nur ein Prozent machten wir Menschen aus. Entwicklungszeitlich in kürzester Zeit ist das Massverhältnis komplett auf den Kopf ge-

stellt worden. Wir zählen heute ein Drittel

Menschen, rund zwei Drittel sind Nutztiere von Menschen, und wir lassen den Wildtieren auf diesem Planeten nur noch wenige Prozent über. Das Artensterben wie auch die Pandemien sind die unmittelbare Folge von der Zerstörung der Lebensgrundlagen von Mensch und Tier. Ex-

ponentielles Wachstum können wir nur sehr schwer begreifen. Wissenschaftler sprechen von der „Great Acceleration“, der großen Beschleunigung. Alle Kurven schnellen immer steiler nach oben: Weltbevölkerung, Verlust an Biodiversität, die Mengen an CO<sub>2</sub> und Methan in der Atmosphäre, Erosion der Böden und Entwaldung. Gesunde Menschen gibt es nur auf einer gesunden Erde.

**Gibt es etwas, das heute besser ist als vor 50 Jahren?**

Der Begriff „one health“, sprich der gemeinsame Blick auf die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt hat es immerhin in den Koalitionsvertrag geschafft. Als Arzt feiere ich natürlich den Gewinn an Lebenserwartung, die Erfolge in der Armutbekämpfung, die Impfungen, den Sieg über Polio und Pocken, aber nach vielen Jahrzehnten positiver Entwicklung kippt die Bilanz. Heute hungern wieder mehr Menschen als vor zehn Jahren, auch als Folge der Klimakatastrophe, von Dürre, Extremwettern und Hitze. Wenn man sich fragt, wieso seit 1972 so wenig umgesetzt worden ist, dann frage ich mich als Kommunikator, ob wir zu viel und zu abstrakt über Eisbären, Atmosphärenchemie und den ansteigenden Meeresspiegel gesprochen haben. Wir müssen ja nicht „das Klima“ retten – sondern uns! Wir fühlten uns in Deutschland immer sicher. Möglicherweise ist das traurige Ereignis im Ahrtal vom Sommer 2021 mit 200 Toten und 30 Milliarden Euro Schaden in einer einzigen Nacht ein Signal.

**Wie meinen Sie das?**

Wir verstehen nun, dass die Klimafrage kein Thema nur für eine Partei oder eine Generation ist. Mein Freund, der Physiker und Moderator Harald Lesch sagt: „Naturgesetze gelten auch für Menschen, die Physik in der Schule abgewählt haben“. Ein CO<sub>2</sub>-Molekül hat nun einmal bestimmte Eigenschaften, und die verschwinden nicht einfach durch ein Abkommen, das in Paris zu Papier gebracht wurde. Es gibt nur einen Weg, der etwas ändert, und das ist die Reduzierung der Emissionen. Die jungen Menschen der Fridays-for-Future-Bewegung haben das erkannt und haben die Politik und die älteren Generationen herausgefordert, schnellstens die CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern, weil es sonst keine Zukunft für niemanden gibt. Die jungen Leute haben faktisch Recht.

**Welchen Weg halten Sie bei der Bewältigung der Klimaprobleme für eher machbar, den des Verzichts oder den einer technischen Innovation durch Wissenschaftler und Ingenieure?**

Es braucht alles, außer ein entweder-oder! Als der Tesla-Gründer Elon Musk Millionen auslobte für eine Maschine, die CO<sub>2</sub> binden kann, twittert jemand: „Dürfen sich auch Bäume bewerben?“ Das ist mein Humor. Die überzogenen Erwartungen an technische Innovationen wie zum Beispiel „Wasserstoff“ ignoriert oft den dreckigen Energiehunger und die Tatsache, dass wir sehr schnell umlenken müssen. Auf der Klimakonferenz in Glasgow im vergangenen Jahr ging es auch um „Nature-based-Solutions“ – also um die Frage, welche Rolle spielen Grünflächen, Moore und Ozeane in der Pufferung von dem Unsinne, den die Menschheit gerade anstellt.

**Und die Antwort?**

Die Weltmeere federn momentan noch viel Wärme und CO<sub>2</sub> ab. Aber auch das hat Grenzen. Dazu muss man im Sommer nur ein Glas mit Mineralwasser eine Zeitlang stehen lassen, um festzustellen, dass

die Kohlensäure abdampft. Wie im Wasserglas so auch in einem Ozean. Wenn es wärmer wird, kann Wasser weniger Gase binden. Die Komplexität der Natur mit einer menschlichen Erfindung zu imitieren und Jahrhunderte an Fehlentwicklungen auf Knopfdruck rückgängig machen zu wollen, ist totaler Unsinn! Wir können froh sein, dass Bäume CO<sub>2</sub> binden können. Der erste vernünftige Schritt wäre, dass wir aufhören, weiter weltweit zusammenhängende Waldgebiete zu zerstören. Vor allem zerstören wir sie zur Gewinnung von Ackerboden für Futter- und Fleischproduktion.

**Sie kritisieren die Fleischproduktion und die Lieferketten. Wie viele Nutztiere wollen Sie abschaffen?**

Da hätte ich eine Idee für die neue Regierung. Sie sollte per Gesetz jeden Käufer dazu verpflichten, beim Kauf eines Kilos Fleisches einen 20-Liter-Eimer Gülle mit ausgehändigt zu bekommen. Mehr Menschen würden augenblicklich seltener Fleisch essen. Allerdings gibt es auch Regionen auf der Erde, in denen außer Gras nicht viel wächst. Dort sind Nutztiere wirklich nützlich, weil sie Milch, Joghurt, Käse und Fleisch liefern. Das gilt für Nomaden und Bergvölker, aber in unseren Breiten bedeutet der umgebremste Fleischkonsum nicht „Lebenskraft“, sondern den Todesstoß für diesen Planeten. Und uns gleich mit.

**Was ist in Ihren Augen die Lösung?**

Die heutige Lebensmittelproduktion setzt bis zu einem Viertel aller Treibhausgase frei und ist damit der größte Verursacher von Biodiversitäts- und Waldverlusten, Landnutzungsänderungen, von Wasserverbrauch und Überdüngung durch Stickstoff und Phosphor. Johan Rockström, Direktor des Potsdamer Instituts für Klimaforschung, gibt mit dem Konzept „Planetary Boundaries“ und der „planetary health diet“ eine Antwort. Wenn wir die irreversiblen Kipppunkte des Erdsystems nicht überschreiten wollen, ist ein großer Schlüssel eine effizientere und nachhaltigere Landwirtschaft. Wenig Tierisches, ganz viel Pflanzliches. Das ist gesünder für jeden einzelnen und für dieser Erde.

**Halten Sie eine neue Form der Finanzierung für sinnvoll, um eine nachhaltige Politik zu unterstützen?**

Bitte sofort die Subventionen der fossilen Energie stoppen und auch der zerstörerischen Agrargelder. Das Naheliegendste wird nicht gemacht, die Vergabe der 1.000 Milliarden Euro Recovery-Programme an sehr konkrete, nachhaltige Bedingungen zu knüpfen. Geld gibt es genug, erst jetzt hat die Bundesregierung wieder 60 Milliarden Euro aufgenommen, davon ist aber keine einzige Milliarde für Investitionen in ein hitzeresilientes Gesundheitssystem vorgesehen. Der Zusammenhang zwischen Klimschäden und der menschlichen Gesundheit wird nach wie vor nicht gesehen, dabei sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Deutschland liegt in der Rangliste der Hitzetoten auf Platz drei, hinter China und Indien. Gegen Viren kann man impfen, gegen Hitze nicht.

Das Gespräch führte Nina Jeglinski

Eckart von Hirschhausen ist Arzt, Wissenschaftsjournalist und TV-Moderator. Der 54-Jährige engagiert sich für eine medizinisch und wissenschaftlich fundierte Klimapolitik und ist u.a. Mitglied bei „Scientists for Future“ und der deutschen Gesellschaft des Club of Rome. Seit Januar 2022 ist er Honorarprofessor für Medizin an der Philipps-Universität Marburg.

## Initialzündung für die grüne Bewegung

**CLUB OF ROME** Vor 50 Jahren erschien der Bericht über die Grenzen des Wachstums, die Ergebnisse haben aufgeschreckt und wirken bis heute nach

Ein Grüner als Vize-Kanzler in der Bundesregierung und ein Unternehmer, der mit der Produktion von Elektroautos etablierten Autoherstellern das Fürchten lehrt: Von solchen Entwicklungen war man vor 50 Jahren noch weit entfernt. Als Dennis Meadows am 1. März 1972 in Washington seinen Bericht „Das Ende des Wachstums“ vorstellte, sah die Zukunft des Planeten sehr dunkel aus. Der 28 Jahre alte Ökonom und Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) hatte die Risiken für einen Zusammenbruch der Zivilisation untersucht. Das Ergebnis: Wenn die Menschheit so weitermache wie bisher, werde die industrielle Gesellschaft wegen der Überbeanspruchung globaler Ressourcen zusammenbrechen.

**Alarmierendes Ergebnis** Gemeinsam mit seinen Kollegen hatte Meadows die Rohstoff-Vorräte der Erde mit dem Wirtschaftswachstum und den Geburtenraten in viele Formeln gefasst und von einem Computer berechnen lassen. Das Ergebnis war niederschmetternd: Die Landwirtschaft kann nach diesem Szenario bald nicht mehr genügend Menschen ernähren, die Rohstoffe reichen nicht mehr aus, das Wachstum kommt zum Stillstand. Wenn alles gut läuft. Wenn es schlecht läuft, dann haben

die Menschen bald so viele Ressourcen verbraucht, dass gar nicht mehr alle überleben können. Als die 160 Seiten lange Studie, zum größten Teil von der Volkswagenstiftung finanziert, im Frühjahr 1972 erschien, war es eine Provokation: „Die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde werden im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“, so der Bericht. Die Antwort lautete Wachstumsbeschränkung. Während diese Forderungen bei der etablierten Wissenschaft und weiten Teilen der Politik abprallten, wurden sie bei der 1968er-Generation schnell zu einer Art Handlungsanleitung. Manchen gilt der Bericht als Geburtsstunde der Umweltbewegung, die deutschen Grünen nennen das Buch die Initialzündung für ihre Partei. Der „Club of Rome“ wurde 1968 von Industriellen, Diplomaten und Wissenschaftlern gegründet und existiert bis heute als ein Zusammenschluss von Experten. Die gemeinnützige Organisation hilft bei der Verbreitung von Ideen für eine nachhaltige Zukunft und gab bisher neben einer Reihe von Publikationen 34 Berichte heraus, der bisher letzte mit dem Titel „2052. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“ erschien bereits 2012. Der „Club of Rome“ besteht heute aus drei Organisationen: einem internationalen Dachverband, den nationalen Sektionen

und dem Think Tank 30, einem Netzwerk von Schulen. Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome ist der Klimaforscher und Hochschullehrer Mojib Latif, zu den Mitgliedern zählen unter anderem Wissenschaftler wie Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sowie Professorin an der Leuphana Universität Lüneburg und Ernst

Ulrich von Weizsäcker, Physiker, Professor und früherer Bundestagsabgeordneter. Mit ihrem Bericht von 1972 trafen Dennis Meadows und seine Mitarbeiter den Nerv der Zeit – machte doch die damals schon sichtbare Umweltzerstörung vor allem den jungen Menschen Angst. Kurz nach Erscheinen kam es zur Ölkrise. Die arabischen Ölstaaten demonstrierten mit ihrem Lieferboykott wegen des Krieges um Paläs-

tina, wie abhängig die Industriestaaten von Erdöl waren. Die hohen Energiepreise trieben die Welt in die Rezession, und die „Ölkrise“ beförderte die Suche nach Alternativen. In der Folge wurde der Bericht weltweit zwölf Millionen Mal verkauft und regte viele dazu an, sich dem geltenden Fortschrittslaube entgegenzustellen.

**Debatte bis heute** Damals begann eine Debatte, die bis heute anhält und durch die gesetzlich festgeschriebenen Klimaziele eine enorme Bedeutung erfährt – die Debatte um die noch immer gültige Maßzahl des wirtschaftlichen Erfolgs, das Bruttoinlandsprodukt (BIP). „Es wächst, wenn immer mehr Abfälle die Umwelt belasten. Und es wächst noch einmal, um Umweltschäden zu beseitigen“, schrieb Erhard Eppler, damaliger SPD-Minister. Schon in den 1970er Jahren forderte er „mehr Lebensqualität“ statt wachsender Umsätze. Das stieß bei seiner Partei und bei den Regierungen zwar auf taube Ohren, entfaltete aber eine große kulturelle Wirkung. Dennoch konnten sich die Kernthesen des Meadows-Berichts nicht allgemein durchsetzen. Nicht nur boten sie keine überzeugenden Antworten für die Mehrheit der Menschheit, der ein „Nullwachstum“ nur die Fortschreibung ihrer Armut gebracht

hätte. Sie ignorierten auch, dass kapitalistische Gesellschaften in ihrer bisherigen Form zwingend Wachstum benötigen, um stabil zu bleiben. Und auch die Länder des Staatssozialismus setzten auf Wachstum. In der Gegenwart formuliert die Ampelkoalition den Anspruch, wirtschaftliche und umweltpolitische Notwendigkeiten miteinander zu versöhnen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will den Wandel von der sozialen zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Habeck gibt zwar zu, dass eine Gesellschaft ohne Wachstum ärmer wird. Er will aber das BIP durch Indikatoren ergänzen, die nachhaltigen Wohlstand, Beschäftigung, Teilhabe und soziale Sicherheit berücksichtigen. Ob sich diese Idee durchsetzen wird, kann aktuell nicht beantwortet werden. Ansätze für Alternativen zum BIP gab es schon viele, aber keiner hat sich durchgesetzt. Auch nicht das „Bruttonationalglück“ des Himalaya-Staats Bhutan, in das auch Faktoren wie psychisches Befinden und Bildung mit einfließen. Eine Antwort auf die Frage, ob sich Ökonomie und Ökologie miteinander vereinbaren lassen, könnte 50 Jahre nach Erscheinen des Berichtes „Die Grenzen des Wachstums“ näher rücken. Wie erfolgreich solche Konzepte sein werden, gilt es abzuwarten.

Nina Jeglinski



Die deutsche Erstausgabe des Berichts aus dem Jahr 1972 © picture-alliance/dpa/S. Kahnert



# Große Ziele

**ZUKUNFT** Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung soll auch in dieser Wahlperiode die UN-Nachhaltigkeitsziele im Blick behalten

Auf 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) einigten sich die Vereinten Nationen in der Agenda 2030. © picture-alliance/dpa-Zentralbild/Kira Hofmann

Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz gilt als Schöpfer des Begriffs Nachhaltigkeit. Vor mehr als dreihundert Jahren stellte er mit Blick auf die Waldbewirtschaftung fest: Es darf nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch Aufforstung wieder nachwächst, damit auch späteren Generationen Wald zur Verfügung steht. Die Nachhaltigkeit wurde fortan zum Leitbegriff der deutschen Forstwirtschaft. Vor knapp 18 Jahren wurde mit der erstmaligen Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PbNE) die Nachhaltigkeit auf die Parlamentebene geholt. Seit vergangener Donnerstag ist klar, dass das Gremium auch in der 20. Wahlperiode seine Wächterfunktion übernehmen und ein Auge auf die nachhaltige Wirkung der Bundestag getroffenen Entscheidungen werfen wird. Alle Fraktionen stimmten dem Einsetzungsantrag von SPD, Union, Grünen und FDP (20/696) zu. Die 20 Mitglieder sollen „die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auch weiterhin auf parlamentarischer Ebene in geeigneter Weise fachübergreifend begleiten“, heißt es in dem Antrag. Im Blickpunkt stehen dabei europäische Green Deal und die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030. Dass es im Nachhaltigkeitsbeirat allzu gemächlich zugeht, darf getrost ausgeschlossen werden. Schon bei der Debatte zum Einsetzungsantrag wurden Pflöcke eingeschla-

gen. Gesine Lötzsch (Linke) hält den Beirat für einen geeigneten Ort, um über den Kapitalismus zu sprechen, denn: „Nachhaltigkeit und Kapitalismus schließen einander aus“. Rainer Kraft (AfD) warnte vor „Windradmonokulturen“ und einer „staatsgelenkten Planwirtschaft“. Felix Schreiner (CDU) forderte, Politik stärker „vom Ende her zu betrachten“. Dazu gehöre sowohl eine solide Haushaltsführung als auch die Reduktion der CO2-Emissionen. Tessa Ganserer (Grüne) griff die Union an, die in den vergangenen 16 Jahren vor allem durch Nichtstun aufgefallen sei. Nichtstun aber sei deutlich teurer als das Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen. Damit niemand auf der Strecke bleibt, müsse Nachhaltigkeit ökologisch und sozial zugleich sein, betonte Ulrike Harzer (FDP). Jakob Blankenburg (SPD) sieht in dem Nachhaltigkeitsbeirat eine Art Wachhund, der anschlügt, wenn die Nachhaltigkeit bei der Gesetzgebung aus dem Blick gerät. Damit dies besser gelingt, werde das Gremium entsprechende Vorschläge machen. „Der Wachhund wird sich schärfere Zähne geben“, sagte Blankenburg. **Klimaneutralität** In welche Richtung die Neuerungen gehen könnten, lässt sich aus dem Einsetzungsantrag schon jetzt erkennen. So soll der PbNE die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung zu Gesetzesvorlagen bewerten. Das Ergebnis seiner Bewertung soll künftig dem jeweils federführenden Ausschuss als Stellungnahme vorgelegt werden, „die durch den Ausschuss zu beraten und schriftlich zu bewerten ist“.

Für den SPD-Abgeordneten Blankenburg ist ganz klar: „Ohne Nachhaltigkeit gibt es keine Zukunft für uns.“ Daher enthalte der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP auch zahlreiche langfristige Ziele wie etwa die Klimaneutralität bis 2040 und den Kohleausstieg „idealerweise“ bis 2030. CDU-Mann Schreiner befand, der Begriff der Nachhaltigkeit dürfe nicht auf den Umwelt- und Klimaschutz reduziert werden. Zu den Nachhaltigkeitszielen zähle auch die Bekämpfung von Armut. Es gehe um Teilhabe ebenso wie um Bildung, um Gerechtigkeit und finanzielle Solidität. Den anhaltenden Flächenverbrauch in Deutschland führte die Grünen-Abgeordnete

nete Ganserer als Beleg dafür an, dass außerhalb der Forstwirtschaft das Prinzip der Nachhaltigkeit noch nicht verstanden worden sei. Boden sei die Grundlage für die Lebensmittelproduktion. „Trotzdem verschwinden in Deutschland täglich 56 Hektar unter Asphalt und Beton“, beklagte sie. Das sei nicht nachhaltig. Für Rainer Kraft indes ist die Politik der Bundesregierung nicht nachhaltig. Statt anhaltendes umfassendes Wirtschaftswachstum in Deutschland und Europa zu etablieren, beschreibe die Regierung den Weg in eine staatsgelenkte Planwirtschaft, in der volkswirtschaftlich produktive Arbeitsplätze durch dauersubventionierte Scheinbeschäftigung inklusive eines parasitären Zertifizierungswesens ersetzt würden, sagte der AfD-Abgeordnete.

**> STICHWORT**

**Nachhaltigkeitsbeirat (PbNE)**

**> Aufgaben** Das Gremium soll unter anderem für die parlamentarische Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Sorge tragen.

**> Mitglieder** Dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung werden 20 ordentliche und 20 stellvertretende Mitglieder angehören.

**> Vorschläge** Bis zur Mitte der Legislaturperiode will der PbNE dem Bundestag Ideen vorlegen, wie seine Arbeit noch effizienter ausgestaltet und wirksamer in die Öffentlichkeit getragen werden kann.

**Kapitalismus** Den ganz großen Wurf braucht es aus Sicht der Linken-Abgeordneten Lötzsch. „Wir müssen unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ändern, wenn wir nicht unser eigenes Grab schaufeln wollen“, sagte sie. Kapitalismus sei von Natur aus nicht auf die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen gerichtet, sondern auf Profite. „Das muss sich ändern.“ Ulrike Harzer warb trotz aller Meinungsverschiedenheiten für eine weitgehend konsensorientierte Arbeit im Beirat. „Die Stärke des Beirates ist die ganzheitliche und zukunftsorientierte Betrachtung mit einem internationalen Bezug“, sagte die FDP-Politikerin. Nachhaltigkeitspolitik gehe weit über das Denken in kurzfristigen Wahlperioden hinaus. *Götz Hausding* ||

## Förderung beschlossen

**WIRTSCHAFT** Bundestag verabschiedet ERP-Wirtschaftsplan

Der Bundestag hat vergangene Woche das ERP-Wirtschaftsplanesetz für 2022 beschlossen. Auf der Grundlage des Marshallplans zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach Ende des Zweiten Weltkrieges fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) seit 1948 aus dem ERP-Sondervermögen des Bundes („European Recovery Program“) vor allem mittelständische Betriebe und Angehörige freier Berufe mit zinsgünstigen Darlehen. Für das Jahr 2022 ist dafür ein Volumen von insgesamt 9,8 Milliarden Euro vorgesehen. Dem Gesetzesentwurf in geänderter Fassung stimmten am Donnerstag (20/336, 20/736) bei Enthaltung der AfD-Fraktion alle übrigen Fraktionen zu.

mit zusammenhängenden Verordnungen soll künftig ein elektronisches Kommunikationsverfahren für beitragspflichtige Institute festgeschrieben werden. Zudem sollen nunmehr zwei Verweisungsfehler aus einem früheren Gesetzgebungsverfahren in Paragraph 110d der Strafprozessordnung korrigiert werden. Die Norm regelt den Richtervorbehalt für sogenannte Keuschheitsproben bei Ermittlungen im Bereich der sogenannten Kinderpornographie. Einen Gesetzesentwurf der Unionsfraktion (20/204, 20/732) mit demselben Ziel erklärte die Abgeordneten einstimmig für erledigt.

**Weitere Änderungen** Die Koalitionsfraktionen hatten im parlamentarischen Verfahren Änderungen am Entwurf eingebracht, die nicht im Zusammenhang mit dem ERP-Wirtschaftsplan stehen. Im Restrukturierungsfondsgesetz sowie einer da-

**Coronahilfen verlängert** Unterdessen hat die Bundesregierung Unternehmen mit coronabedingten Umsatzeinbrüchen von mindestens 30 Prozent weitere Hilfen zugesagt. In der vergangenen Woche verlängerte das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die sogenannten Überbrückungshilfen bis Ende Juni 2022. *emu* ||

## 15 Millionen E-Autos

**VERKEHR** Minister Wissing stellt im Ausschuss Ziele vor

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) möchte bis 2030 rund 15 Millionen E-Autos auf Deutschlands Straßen bringen und eine Million öffentlich zugänglicher Ladepunkte schaffen. Wissing bekräftigte vergangene Woche vor dem Verkehrsausschuss die Ziele der Ampel-Koalition beim Klimaschutz und beim Ausbau der E-Mobilität. Der Minister gab zudem einen Überblick über die verkehrspolitischen Ziele im Bereich des Schienenverkehrs sowie des öffentlichen Personennahverkehrs. Prinzipiell sei es die Aufgabe der Politik, allen Menschen in Deutschland ein bezahlbares, barrierefreies und klimaneutrales Mobilitätsangebot zu machen, betonte Wissing. Es sei unstrittig, dass Deutschland beim Klimaschutz international hinterherhinken. Derzeit verursache der Verkehr in Deutschland jährlich einen CO2-Ausstoß von etwa 185 Millionen Tonnen, bis 2030 dürfe es aber nur noch 85 Millionen Tonnen sein. Wissing sprach sich für Technologieoffenheit bei der Entwicklung alternativer Antriebsformen zum klassischen Verbrennungsmotor aus. Dies dürfe allerdings nicht bedeuten, bei der Verkehrswen-

de länger zu warten. Derzeit sei die E-Mobilität die einzige verfügbare und erfolgversprechende Alternative zum Verbrennungsmotor im Bereich des Individualverkehrs, um die Klimaziele umzusetzen. Der Verkehrsminister kündigte zudem an, dem Ausbau des Schienennetzes Vorrang vor dem Straßennetz einzuräumen. Außerdem soll das Schienennetz der Bahn zunehmend elektrifiziert werden. Gemeinsam mit den Bundesländern will Wissing den öffentlichen Personennahverkehr stärken. Vor allem in strukturschwachen Gebieten gebe es großen Nachholbedarf. Im Bereich der Fernstraßen will sich Wissing vor allem auf den Erhalt und die Sanierung konzentrieren. Dies gelte vor allem für die Brücken. Der Minister ging auch auf den Fall der gesperrten Talbrücke Rahmede an der A45 im Sauerland ein. Er habe diese wichtige Brücke direkt nach Amtsantritt im Dezember „zur Chefsache erklärt“. Inzwischen sei klar, dass die Talbrücke nicht mehr saniert werden könne und deshalb gesprengt werden müsse. Er setze alles daran, dass die Sprengung in diesem Jahr erfolgen kann *aw* ||

## Das Problem Inflation

**FINANZEN** AfD verlangt Verzicht auf höhere Steuern

Die Inflation ist zurück. Im letzten Jahr betrug die Preissteigerungsrate 3,1 Prozent und war damit so hoch wie zuletzt vor rund 30 Jahren. Die Lohnentwicklung konnte da nicht mithalten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag sie um 0,1 Prozentpunkte unter der Inflationsrate, so dass die Arbeitnehmer das zweite Jahr in Folge Reallohnverlusten hinnehmen mussten. Denn bereits 2020 waren die Löhne um 1,1 Prozent gefallen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Lage in diesem Jahr besser werden könnte. So setzte das Wirtschaftsinstitut ifo seine Inflationsprognose für 2022 von 3,3 auf vier Prozent herauf. Dass die Löhne da noch mitkommen, ist nicht zu erwarten. Besonders betroffen sind Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. „Grundsätzlich haben Haushalte mit niedrigem Einkommen ein besonderes Problem mit starker Teuerung, weil sie vor allem unverzichtbare Alltagsgüter kaufen“, stellte die Hans-Böckler-Stiftung fest. Ein besonderes Problem seien die stark steigenden Preise für Erdgas.

Ein weiteres Problem sind die Steuern. Bei Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen, kommt es ohne Ausgleichsmaßnahmen zum Effekt steigender Steuern, obwohl die Reallohn gar nicht gestiegen sind. Im Ergebnis sinken die Reallohn sogar. Dieser Effekt der kalten Progression wird regelmäßig durch Korrekturen am Steuertarif ausgeglichen, doch hält die AfD-Opposition diese Korrekturen für unzureichend und verlangt in einem Antrag (20/698), dass der Einkommensteuertarif jährlich an die Entwicklung der Verbraucherpreise angepasst werden soll. Der Antrag wurde am Donnerstag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen. Die AfD-Fraktion hält die Einführung eines „Tarifs auf Rädern“ für unbedingt notwendig, da nur eine Indexierung eine regelmäßige steuerliche Antwort auf die steigende Inflation geben könnte. Die bereits vorgeschlagene Verschiebung der Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs für 2021 um 1,5 Prozent und für 2022 um weitere 1,5 Prozent beruhe auf inzwischen völlig überholten Inflationsprognosen. *hle* ||

**KURZ NOTIERT**

**Bundestag setzt Vertrauensgremium ein**

Der Bundestag hat vergangene Woche das Vertrauensgremium gemäß Paragraph 10a Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung eingesetzt und dessen Mitglieder gewählt. Aufgabe des Gremiums ist es, die Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste zu billigen. Dem Gremium gehören regulär 13 Mitglieder an. Der Kandidat der AfD, Marcus Bühl, fand keine Mehrheit.

**Mitglieder eines Sondergremiums gewählt**

Der Bundestag hat vergangene Woche jeweils zehn Mitglieder und Stellvertreter des Sondergremiums zum Stabilisierungsmechanismusgesetz gewählt. Dessen Aufgabe ist die Beteiligung des Bundestages an Entscheidungen der Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Die AfD-Kandidaten, Peter Boehringer und Wolfgang Wiehle (Vize), fanden keine Mehrheit. *scr* ||

## Bezahlbares Wohnen

**BAU** Abgeordnete kritisieren Antrag der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion fordert bezahlbares Bauen und Wohnen. Seit Jahren steige der Bedarf an Wohnraum, vor allem in den Ballungszentren, heißt es in einem Antrag (20/701) der Fraktion, der in der vergangenen Woche in erster Beratung auf der Tagesordnung stand. Das habe drastische Mietpreisentwicklungen zur Folge, so seien die Mieten in Berlin von 2015 bis 2020 um 44 Prozent gestiegen. Auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie die Zahlungen zu den Investitionskosten wüchsen rasant. Marc Bernhard (AfD) betonte, dass in Deutschland zu wenig neue Wohnungen gebaut würden, ein Grund für die Wohnungsnot sei „der seit 2015 durchschnittliche Bevölkerungszuwachs von 500.000 Menschen pro Jahr“. Zudem würden „Klimaziele“ und „hohe bürokratische Hürden in der Bauplanung“ einen zügigen Neubau verlangsamen. Sowohl die Fraktionen der Regierung als auch die der Linken kritisierten den AfD-Antrag. Bernhard Daldrop (SPD) warf der

AfD vor, „gegen Zuwanderung zu polemisieren“, dabei suche doch gerade die Bauwirtschaft Arbeitskräfte. Das gleiche Argument kam von der FDP. Hagen Reinhold unterstrich, weder die Migranten noch die Maßnahmen für den Klimaschutz seien für die Wohnungsknappheit verantwortlich, vielmehr habe es Deutschland mit teilweise „überholten gesetzlichen Vorgaben im Baurecht zu tun“. Auch Anja Liebert von Bündnis 90/Die Grünen wies „Hetze gegen Migranten“ zurück. Jan-Marco Luczak (CDU/CSU) wollte von den AfD-Abgeordneten wissen, was sie „den Menschen im Ahrtal erzählen“, die im Sommer 2021 Opfer des Klimawandels geworden sind. Und Caren Lay, Die Linke, kritisierte: „Bei jedem Problem ist bei der AfD entweder die Zuwanderung oder die Klimapolitik schuld.“ Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen. *nki* ||

## Linke macht Tempo für neues Gesetz

**VORKAUFRECHT** Regierungskoalition will eigenen Entwurf vorlegen

Vor allem für Mieter in angespannten Wohnungsmärkten war das Vorkaufsrecht ein wichtiges Mittel, um den Immobilienverkauf an den Meistbietenden zu verhindern und die Verdrängung von Bewohnern zu stoppen. Mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2021 ist das Instrument praktisch nicht mehr anwendbar. Nach dem Willen der Linkenfraktion soll es eine Neuregelung des Gesetzes geben. Über den entsprechenden Gesetzesentwurf (20/679) der Linken debattierte der Bundestag Donnerstag in erster Lesung und überwies die Vorlage zur Beratung in den zuständigen Bau-Ausschuss.

**Kommunen als Käufer** Das bisherige Vorkaufsrecht gab den Kommunen die Möglichkeit, ihr Veto einzulegen, wenn ein privater Investor eine Immobilie in einem Milieuschutzgebiet erwerben und sich nicht verpflichten wollte, auf Maßnahmen wie Mieterhöhungen nach einer Sanierung zu verzichten. Unterschrieb ein privater Käufer nicht, konnte die Kommune die betroffene Immobilie selbst erwerben, um zu verhindern, dass Mieterhöhungen und Ähnliches vorgenommen werden. Nach dem Aus für das Vorkaufsrecht sollen alleine in Berlin rund 50 Prüfungsverfahren gestoppt worden sein. Die Oberbürgermeister von München, Hamburg und Berlin fordern von der Bundesregierung eine schnelle Neuregelung des Gesetzes. „Wir brauchen ein neues Gesetz für das Vorkaufsrecht, jetzt!“, sagte Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linken. Bereits vor drei Wochen habe der Bundestag über das Thema debattiert, die Regierungskoalition versprachen einen eigenen Gesetzesentwurf vorzulegen, „doch bis heute liegt nichts vor“, so Lay. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich die Ampelpartner SPD und Bündnis90/Die Grünen wohl einig sind, dass es ein neues Gesetz braucht, und zwar „auf jeden Fall eins, das vor Gericht Bestand hat“, wie Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) betonte. Unter-

stützung erhielt sie von Isabel Cademartori (SPD), die erklärte, der Wohnungsmarkt sei nicht nur in Großstädten „komplett überhitzt, die Wohnungsknappheit ist nun auch in den Regionen angekommen“. Das Vorkaufsrecht sei dabei allerdings nur ein Instrument, vor allem müsse der Wohnungsneubau forciert werden.

**Gesetz überprüfen** Die FDP tritt beim Thema Vorkaufsrecht auf die Bremse. Daniel Föst (FDP) verweist auf den Koalitionsvertrag, man habe sich geeinigt, das Gesetz zum Vorkaufsrecht zu prüfen. „Wir sollen uns anschauen, ob das Gesetz noch zeitgemäß ist“, so Föst. Die CDU/CSU-Fraktion ist der Meinung, dass das Vorkaufsrecht „überschätzt“ werde, so Enak Ferlemann. Man wolle den Entwurf der Regierungskoalition abwarten. Eine komplette Absage erhält das Thema von der AfD: „Weder durch das alte noch ein neues Gesetz entsteht auch nur eine neue Wohnung“, sagte Carolin Bachmann. *nki* ||



Tanktourismus an der deutsch-polnischen Grenze: Die hohen Kraftstoffpreise sorgen für Staus im Nachbarland.

© picture-alliance/dpa/Christophe Gateau

# Entlastung tut not

**HOHE ENERGIEPREISE** Opposition wirft Regierung Untätigkeit vor und fordert Steuersenkungen

Die Preise für Strom und Benzin steigen rasant, die für Öl und Gas ebenso. Die Inflation ist so hoch wie lang nicht mehr. Mit anderen Worten: Das Leben wird teurer. Und zwar gewaltig. Für manch einen so gewaltig, sei er Geringver-

Jens Spahn (CDU) warf der Ampelkoalition eingangs der Debatte weitgehende Untätigkeit vor. Zu einer der drängendsten Fragen der Zeit höre man von der Regierung nichts. Zwar läge es nicht in der Verantwortung der Koalition, dass die Preise steigen – sehr wohl aber, dass es keine schnelle und wirksame Reaktion gebe. Der

Heizkostenzuschuss sei gut, reiche aber nicht. Die in Aussicht gestellte vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage sei zwar angekündigt, aber noch nicht beschlossen. So gebe es denn zwar ein Klimaschutz-Sofortprogramm der Ampel – was es aber brauche, sei ein „Preise-runter-Sofortprogramm“, sagte Spahn. Nötig seien mittelfristig eine größere Unabhängigkeit von russischem Gas und

der Ausbau der erneuerbaren Energien. Um Bürger und Unternehmen aber so schnell wie möglich zu entlasten, schlägt die Unionsfraktion unter anderem vor, die EEG-Umlage für alle Stromkunden abzuschaffen – spätestens zur Mitte des Jahres. Darüber hinaus solle die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Pro-

zent gesenkt werden. Zur Begründung heißt es, die Energiepreise seien in diesem Winter um bis zu 40 Prozent gestiegen. Die hohen Kosten treffen laut Antrag vor allem Haushalte mit geringem Einkommen, aber auch die breite Mittelschicht sowie Unternehmen und Kommunen.

„höchste Zeit, die Bürger zu entlasten“. Die AfD wolle „den deutschen Steuerzahler retten – nicht das Klima“, sagte Schattner und nannte als Sofortmaßnahmen die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe auf sieben Prozent und die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Abgeordnete der Ampelkoalition kontierten die Forderungen und wiesen auf eigene Maßnahmen hin: Ein Vorziehen der Abschaffung der EEG-Umlage, einen Sofortzuschlag für Kinder und eine Aufteilung der CO<sub>2</sub>-Steuer zwischen Mietern und Vermietern. Michael Schrodi (SPD) nannte den Antrag der Union unseriös. Es handle sich bei dem Forderungskatalog der Union um ein „Sammel-surium“ von 22 nicht aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen. In Richtung Spahn fragte er mit Blick auf die Entlastungsvorschläge der Union: „Und wie wollen Sie das finanzieren? Mit höheren Steuern?“

Preissteigerungen fossiler Energien. Deshalb freue sie sich, dass nun auch die Union anerkenne, dass es mehr Unabhängigkeit von fossilen und mehr erneuerbare Energien brauche. In diesem Sinne nehme sie „Angebot“ der Union an: Nötig sei kurzfristige Hilfe jetzt, aber es bedürfe auch eines langfristigen Konzepts zur Energiewende: „Und da ist ein großer Konsens gut“, sagte Nestle.

„Wir brauchen jetzt ein Preise-runter-Sofortprogramm.“  
Jens Spahn (CDU)

Michael Schrodi (SPD)

## KURZ NOTIERT

### Union fordert Begrenzung für digitale »Gatekeeper«

Die Trilogverhandlungen zum Digital Markets Act (DMA) sind vergangene Woche Thema im Plenum gewesen. Nach Ansicht der Unionsfraktion soll die Bundesregierung darauf hinwirken, dass Möglichkeiten geschaffen werden, Gatekeepern den Verkauf von potenziellen Wettbewerbern zu verbieten. In einem entsprechenden Antrag (20/686) heißt es, dies könne als feste Rechtsfolge bei Verstößen von Gatekeepern gegen den DMA geschehen. Außerdem soll eine Interoperabilitätsverpflichtung für Messengerdienste der Gatekeeper eingeführt werden. Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

### AfD setzt sich für Schweinehaltung ein

Die AfD fordert in einem Antrag mit dem Titel „Deutsche Schweinehaltung retten“ (20/702), dass die Corona-Überbrückungshilfen unverzüglich und unbürokratisch bei den Betrieben ankommen und den Betrieben weiterhin den Zugang zu Corona-Hilfen ermöglicht wird. Federführend berät der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft die Vorlage weiter.

## »Den Kreis der Empfänger ausweiten«

**HEIZKOSTENZUSCHUSS** Opposition fordert weitgehende Änderungen am Gesetzentwurf der Regierungskoalition

Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sollen Bedürftige, unter anderem Wohngeldbezieher und BAföG-Empfänger, einen einmaligen Heizkostenzuschuss erhalten. Der entsprechende Gesetzentwurf (20/689) wurde am Freitag in erster Lesung in einer halbstündigen Debatte beraten und an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen. Die massiv gestiegenen Energiekosten treffen Menschen mit kleineren Einkommen besonders stark. Sie sollen mit dem Heizkostenzuschuss unterstützt werden, so der Vorschlag der Ampelkoalition.

Minister stellte Entwurf vor Vom Heizkostenzuschuss profitierten rund 2,1 Millionen Menschen, heißt es in dem Entwurf. Im Detail ist geplant, dass Studierende mit BAföG sowie Azubis mit Ausbildungsbeihilfe 115 Euro erhalten, 153 Euro sind für einzelne Wohngeldempfänger vorgesehen beziehungsweise 175 Euro für zwei wohngeldberechtigte Personen und 35 Euro für jede weitere im Haushalt lebende Person. Klara Geywitz (SPD), Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, stellte den Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor. Die SPD-Politikerin ist – trotz

aller Kritik – „stolz auf den Entwurf“. Der einmalige Heizkostenzuschuss setze ein „Signal“, um den Teil der Bürger zu entlasten, die am meisten unter steigenden Energiekosten leiden. Weitere Maßnahmen seien in Planung, so die Ministerin. Das ist der Opposition zu wenig. Michael Breilmann (CDU) fehlen Hilfen für Menschen mit mittlerem Einkommen und für

Familien. „Die Kostensteigerungen für Energie sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, stellte Breilmann fest. Hanna Steinmüller (Bündnis 90/Die Grünen) betonte hingegen, dass der Zuschuss vor allem jungen Menschen helfe, die sich in Ausbildung befinden. Auch für die FDP stellt der Entwurf lediglich einen „Mosaikstein im Angebot der Regierung

dar“. Den steigenden Kosten werde man jedoch am ehesten durch Neubau und die Verwendung innovativer Baustoffe entgegenwirken, sagte Rainer Semet (FDP). Die AfD kritisierte das Vorhaben scharf. Deren Fraktionsmitglied Sebastian Münzenmaier warf der Regierungskoalition „Untätigkeit“ vor. Die explodierenden Energiekosten betrafen Millionen Menschen, einer Umfrage zufolge hätten 80 Prozent der Befragten angegeben, sich vor immer höheren Energiepreisen zu fürchten.

Linke sieht mehr Bedarf Susanne Henning-Wellso (Die Linke) wandte ein, das Gesetz reiche „bei weitem nicht aus“. Vier von fünf Bürgern machten sich Sorgen wegen der hohen Preise für Strom und Heizung. Über sieben Millionen Menschen hätten aktuell bereits zu wenig Geld, um ihre Wohnungen warmzuhalten, viele Menschen, deren Lohn nur knapp oberhalb der Wohngeldgrenze liege, gingen leer aus. Die Hilfsbeträge seien viel zu niedrig. Henning-Wellso betonte: „Es braucht strukturelle Veränderungen.“ Zum Beispiel sollte das Wohngeld auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden und Hartz-IV-Empfänger müssten die tatsächlichen Energiekosten vollständig erstattet bekommen.



Die Kosten für Öl und Gas steigen seit Jahren.

© picture-alliance/dpa/ Patrick Pleul

**#VORORTWENDE**  
Wir meistern die Energiewende. Kommunal, praxisnah und innovativ.

Mit Wasserstoff Gasnetze klimaneutral machen, mit digitalen Lösungen ganze Kommunen smart gestalten, mit Müllheizkraftwerken Wasserstoff gewinnen – das und vieles mehr machen innovative Energiewende-Projekte deutschlandweit möglich.

### Wasserstoffversorgung der Zukunft

Das Projekt MH2Regio liefert ein umfassendes Konzept für eine regional organisierte Wasserstoffversorgungsinfrastruktur, die beispielsweise von lokalen Verkehrsteilnehmer:innen genutzt werden kann. Für die Erzeugung des Wasserstoffs könnte grüner Strom aus einem lokalen Müllheizkraftwerk genutzt werden, der ganzjährig mit hoher Verfügbarkeit bereitgestellt wird. Langfristig soll MH2Regio als Blaupause für andere Städte und Metropolregionen dienen und dort die Entwicklung einer regionalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette fördern.

Erfahren Sie mehr unter:  
[thuega.de/vorortwende](https://thuega.de/vorortwende)



**E**U-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat es jetzt amtlich: Der Rechtsstaatsmechanismus, den die Union im Dezember 2020 verabschiedet hatte, um Verstöße von Mitgliedstaaten zu sanktionieren, ist rechtens. So entschied es vergangene Woche der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Geklagt hatten Polen und Ungarn – ihnen kann die EU nun in einem letzten Schritt Mittel kürzen, wenn sie rechtsstaatliche Prinzipien nicht einhalten.

Mit dem Urteil haben die Richter eines der wichtigsten Projekte der Kommission unter von der Leyen bestätigt. Entsprechend erleichtert zeigte sich nicht nur die Präsidentin selbst. Auch die Mehrheit der Fraktionen im Bundestag lobte die Entscheidung am vergangenen Freitag in der vereinbarten Debatte über das Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 (siehe Stichwort) „Das Urteil hat für Rechtsklarheit gesorgt“, betonte Europa-Staatsministerin Anna Lührmann (Bündnis 90/Die Grünen). Mit dem Rechtsstaatsmechanismus sei Europa eine wehrhafte Rechtsgemeinschaft. Er müsse nun zügig angewendet werden.

Auch Konrad Stockmeier (FDP) stellte klar, dass es Rabatte auf Rechtsstaatlichkeit für Ungarn und Polen nicht geben dürfe. Die Kommission müsse den Mechanismus nun auch zur Anwendung bringen, „denn die Grundwerte der EU sind nicht verhandelbar“. In Richtung der AfD-Fraktion ergänzte Markus Töns (SPD), wer in Europa davon träume, eine illiberale Demokratie zu schaffen, dem müsse gesagt sein, „dass das mit uns nicht zu machen ist“.

Aus deren Reihen erwiderte Norbert Kleinwächter: „Demokratie bedeutet Selbstbestimmung.“ Aber „wer aufbockt, den trifft natürlich die volle Härte des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“. Wenn die EU-Kommission nun ganz offen mit Vertragsverletzungsverfahren drohe, müsse man zu den Bürgern sagen: „Uns stehen harte Prüfungen bevor. Und die Erkenntnis für viele, dass es ein schwerer Fehler war, nicht die AfD zu wählen.“ Er erneuerte die Forderung seiner Fraktion nach einem EU-Ausstieg.

**Wütende Reaktionen** Besonders für Ungarn kommt das Urteil des EuGH zur Unzeit. Dort wird am 3. April gewählt – und Umfragen zufolge ist eine Wiederwahl des umstrittenen Ministerpräsidenten Viktor Orbán fraglich. In Orbáns Partei Fidesz war nach der Verkündung durch den EuGH denn auch von „politischer Rache“ die Rede und dem Ziel der EU, der Opposition zum Wahlsieg zu verhelfen. Der stellvertretende polnische Justizminister Sebastian Kaleta sprach von Erpressungsversuchen, „die darauf abzielen, uns unseres Rechts auf Selbstbestimmung zu berauben“.

Polen war vor allem wegen einer Justizreform in Kritik geraten, die Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte lässt. In Ungarn ist am Wahltag auch eine Volksabstimmung über einen Gesetzesentwurf der Regierung angesetzt, nach dem an Schulen nicht mehr über Homosexualität und Transgender unterrichtet werden soll. Welche Folgen das Urteil für beide Staaten tatsächlich hat, will Kommissionspräsidentin von der Leyen zunächst gründlich prüfen. In ein paar Wochen will sie außerdem Leitlinien zur Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus vorlegen. „Wenn die Voraussetzungen der Verordnung erfüllt sind, werden wir entschlossen handeln“, stellte die CDU-Politikerin bereits klar.

**„Grüner und gerechter“** Ihr Arbeitsprogramm hatte die Kommission bereits im Oktober 2021 vorgelegt, unter dem Motto „Europa gemeinsam stärker machen“. Ein „grüneres, gerechteres, digital besser aufge-

# Keine Rabatte

**EUROPA** Die Fraktionen fordern nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs eine schnelle Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus. Die Folgen für Ungarn und Polen will die EU-Kommission zunächst prüfen



Laut Europäischem Gerichtshof in Luxemburg darf die EU Mitgliedstaaten die Mittel kürzen, wenn sie gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen. Gegen diesen Rechtsstaatsmechanismus hatten Polen und Ungarn geklagt.

stelltes und resilienteres Europa nach Überwindung der Covid-19-Krise“ will sie mit 42 neuen politische Initiativen auf den Weg bringen und damit Ziele wie die Klimaneutralität in Europa bis 2050 erreichen. Doch dabei gibt es nach Ansicht der Abgeordneten noch einige Leerstellen. So sei für die Unternehmen, „dem Ort der Wertschöpfung und des Wohlstands“, bisher nicht geklärt, wie sie Klimaneutralität erreichen sollen, merkte Detlef Seif (CDU) an. Auch gebe es im Programm nur einen kleinen Absatz zur Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik. „Das ist aber ein zentrales Thema, das keinen Aufschub verkraftet“, mahnte der CDU-Politiker. Alexander Ulrich (Die Linke) vermisste unter anderem klare Aussagen zur Verbesserung der Einnahmenseite der EU. „Wir brauchen eine europaweite Vermögensabgabe und eine Digitalsteuer. Und was ist aus der Finanztransaktionssteuer geworden?“ Außerdem müsse die EU-Mindestlöhne-Richtlinie zügig umgesetzt werden.

Bei einem der größten Projekte der EU-Kommission in diesem Jahr, der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, besteht sowohl im Bundestag, als auch unter den EU-Mitgliedstaaten große Uneinigkeit. Die Schuldenregeln der Gemeinschaft sind noch bis Ende 2022 aufgrund der Pandemie ausgesetzt. Sollen sie danach wieder voll greifen oder aufgeweicht werden? Während Linken-Politiker Alexander Ulrich davor warnte, zu schnell zum Status quo zurückzukehren, um Zukunftsinvestitionen nicht zu behindern, stellte Katja Adler (FDP) klar, dass mit ihrer Fraktion ein Aufweichen der Regeln nach 2022 nicht zu machen ist. Der Pakt sei ein „wichtiger Grundpfeiler einer nachhaltigen Politik“, solide Staatsfinanzen ein „tragendes Fundament der sozialen Marktwirtschaft“. Die Europäische Kommission will ihre Reformvorschlüsse in den kommenden Monaten vorlegen. Es ist zu erwarten, dass die Debatte über Schuldenregeln und solide Haushaltsführung dann erst richtig an Fahrt gewinnen wird. *Johanna Metz*

# »Parallelen zu Afghanistan«

**BUNDESWEHR I** AfD und Linke fordern Abzug aus Mali

Die Fraktionen von AfD und Die Linke fordern nach der Rückzugsankündigung Frankreichs den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Mali. Das wurde am vergangenen Freitag in einer Aktuellen Stunde deutlich, die auf Antrag der AfD auf die Tagesordnung gesetzt worden war.

Rüdiger Lucassen (AfD) argumentierte, mit Frankreich ziehe der engste europäische Partner der Bundesregierung die Reißleine und seine Truppen aus Mali ab. „Weil dort nichts erreicht wurde und nichts zu erreichen sein wird“, so der Abgeordnete. Er verwies auf den Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, der unlängst von Parallelen zur Situation in Afghanistan gesprochen habe und ein „Weiter so“ in Mali ablehne. Gleichzeitig habe auch Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) konstatiert müssen, die Bundeswehr sei vor Ort nicht länger willkommen. „Was also bringt Sie dazu, Mali weiterzuführen“, sagte Lucassen an die Bundesregierung gewandt.

Auch nach Auffassung von Ali Al-Dailami (Die Linke) sind die Parallelen zwischen Mali und Afghanistan nicht zu übersehen. Seine Fraktion habe vor dem jetzigen Szenario stets gewarnt. Die Bundesregierung habe aber stoisch an ihrem Kurs festgehalten, „obwohl schon lange offensichtlich war, dass Frankreich und seine Verbündeten – also auch die Bundeswehr – von der malischen Bevölkerung als Besatzungsmacht empfunden werden“, sagte Al-Dailami. Nun ziehe Frankreich ab und die Bundesregierung agiere planlos. „Beenden Sie dieses Chaos und holen Sie die Soldaten schleunigst nach Hause“, forderte er.

Diese Konsequenz wollen die Koalitionsfraktionen – ebenso wie die Unionsfraktion – aber nicht ziehen. Karamba Diaby (SPD) verlangte, den Mali-Einsatz differenziert zu betrachten. Es gebe die UN-Mission Minusma und die Ausbildungsmission EUTM. Minusma habe den Auftrag, das Friedensab-

kommen von Algerien umzusetzen und die Zivilbevölkerung zu schützen. „Deshalb ist die deutsche Beteiligung richtig und wichtig“, befand er. Diaby räumte ein, dass der Abzug Frankreichs und weiterer Partner den Bundeswehreinatz erschwere. Über dessen Fortführung müsse deshalb mit den europäischen Partnern intensiv beraten werden. Aus Sicht von Knut Abraham (CDU) geht es in Mali um die Stabilisierung einer Region, „aus der erhebliche Sicherheitsgefährdungen für Europa und Deutschland ausgehen“.

Diesen Gefahren könne man nicht mit einer Beendigung der Einsätze begegnen. „Mit der Teilnahme der Bundeswehr an den Missionen stärken wir unsere Sicherheit.“ Es handle sich eben nicht um ein karitatives Unternehmen „zur Stärkung einer unzuverlässigen Regierung in Bamako“.

Merle Spellerberg (Grüne) fand, es sei gar nicht so schwer zu verstehen, inwiefern der Minusma-Einsatz

der Bundeswehr in Mali auch deutschen Interessen diene. Ein klares deutsches Interesse sei schließlich die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, um gemeinsam eine Welt zu schaffen, „in der Menschen in Sicherheit und Frieden leben können“. Die Zukunft von EUTM sieht sie gleichwohl mehr als fraglich. Wenn die von der EU ausgebildeten Soldaten durch einen Militärputsch die Sicherheit ihrer Mitbürger gefährden, könne es kein „Weiter so“ geben. Alexander Müller (FDP) verwies darauf, dass Dänen und Franzosen von der Regierung Malis nach Hause geschickt oder zum Abzug gedrängt worden seien. „Dafür wurden russische Söldner in hoher Zahl angeheuert“, sagte Müller. Diese nicht unter UN-Aufsicht stehenden militärischen Kräfte erhöhten nicht gerade die Sicherheit der Bundeswehr. Eine Verlängerung des Bundeswehreinatzes ohne Frankreich ist nach Einschätzung des FDP-Abgeordneten nur bei glaubwürdigem Ersatz des robusten Schutzverantwortlichen. *Götz Hausding*

**»Mit der Teilnahme der Bundeswehr stärken wir unsere Sicherheit.«**

*Knut Abraham (CDU)*

## STICHWORT

### Arbeitsprogramm für 2022

**> Inhalt** Das Programm enthält 42 neue politische Initiativen, mit denen die sechs übergreifenden politischen Ziele der Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen umgesetzt werden sollen: darunter das Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050 und der digitale Wandel.

**> Klimaneutralität** Die Kommission will hierfür beispielsweise den Null-Schadstoff-Aktionsplan zur Verbesserung der Wasser- und Luftqualität voranbringen und neue Vorschriften für den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden festlegen.

**> Digitalisierung** Unter anderem will die Kommission ein Computerchip-Gesetz vorlegen und ein Gesetz über Cyberresilienz vorschlagen, das gemeinsame Cybersicherheitsnormen festlegt.

# Seeraum ohne Küste

**BUNDESWEHR II** Mittelmeer- und Südsudaneinsatz beraten

Die Bundesregierung will das Mandat für zwei Auslandsmissionen verlängern. So sollen die Bundeswehrebeteiligungen an der Nato-Seeüberwachungsmission Sea Guardian im Mittelmeer und an der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (Unmiss) bis Ende März 2023 fortgesetzt werden. Die entsprechenden Anträge (20/630, 20/631) hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmalig beraten und in die Ausschüsse überwiesen.

Während im Bürgerkriegsland Südsudan unverändert bis zu 50 Soldaten vor allem zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Sicherung humanitärer Hilfe im Einsatz sein sollen, will die Bundesregierung das Mandat für den Mittelmeereinsatz anpassen: Es soll personell von 650 auf 550 Soldaten verkleinert, das Einsatzgebiet soll beschränkt werden. Weiterhin zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören die Seeraumüberwachung und Lagebilderstellung, um Terrorismus und Waffenschmuggel zu bekämpfen.

Wie Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte, soll das Einsatzgebiet künftig nur noch das Mittelmeer ohne Küstengebiete umfassen. So müssten Anrainerstaaten ohne Nato-Mitgliedschaft einem Einsatz nicht mehr zustimmen. Aus Sicht von Jürgen Hardt (CDU) ein Fehler: Die Beschränkung sei in der Praxis „schwer umsetzbar“.

Grundsätzliche Kritik kam von AfD und der Linken: Ein „substanzreicher Beitrag“ zur Bekämpfung von Waffenschmuggel könne nicht nachgewiesen werden, sagte René Springer (AfD). Zaklin Nastic (Linke) warf der Regierung vor, mit dem Einsatz geopolitische Machtinteressen zu verfolgen und Geflüchtete fernzuhalten. FDP und SPD verteidigten die Mission. Die deutsche Präsenz habe „abschreckende Wirkung“, sagte Christian Sauter (FDP). Karamba Diaby (SPD) betonte, Sea Guardian leiste einen „entscheidenden Beitrag zur maritimen Sicherheit“. *sas*

# »Schlüsselfaktor für die Agenda 2030«

**ENTWICKLUNG** Bundesministerin Svenja Schulze (SPD) rückt Geschlechtergleichstellung ins Zentrum

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) sieht den Erfolg der Agenda 2030 der Vereinten Nationen ernsthaft in Gefahr. Laut dem 16. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung (19/32715), den im Oktober 2021 noch das Vorgänger-Kabinetts vorgelegt hatte, „werden wir keines der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen, wenn wir in dem bisherigen Tempo weitermachen“. In der Bundestagsdebatte über den Bericht versicherte sie am vergangenen Donnerstag: „Aber das habe ich auch nicht vor. Ich werde das Tempo deutlich erhöhen.“

Ein besonderes Augenmerk will Schulze dabei auf Ziel fünf der Agenda legen: die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen. Für Schulze ist es das „essenzielle Ziel für eine starke und resiliente Gesellschaft, ein Schlüsselfaktor für die gesamte Nachhaltigkeitsagenda“. Sie kündigte an, eine feministische Entwicklungspolitik vorantreiben und zusammen mit der Zivilgesellschaft einen umfassenden „Generationsplan“ erarbeiten zu wollen. Auch Schulzes Parteikollegin Rebecca Schamper (SPD) betonte die Bedeutung einer feministischen Entwicklungspolitik. Untersuchungen zeigten, dass Friedensverhandlungen umso erfolgreicher seien und

der Frieden umso stabiler wenn Frauen beteiligt würden, berichtete sie. Insgesamt wolle sich die neue Bundesregierung systematisch für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung engagieren und dafür ressortübergreifend zusammenarbeiten.

**Nutzen für alle** Die Ziele der Agenda 2030 müssten das Leitmotiv für die gesamte Bundesregierung sein, erklärte auch Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen). Es brauche mehr Einsatz für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, globale Gesundheit und Impfgerechtigkeit. Eine feministische Perspektive in der Entwicklungszusammenarbeit sei zudem „ein Herzensanliegen der Grünen“. Der Gedanke dahinter sei eine Politik „von der am Ende alle profitieren“. Knut Gerschau (FDP) urteilte, der Entwicklungspolitische Bericht der Vorgänger-Regierung zeige Erfolge, aber auch Schwachstellen auf. Die internationale Zusammenarbeit und der Kampf gegen den Klimawandel müssten verbessert, die Privatwirtschaft stärker einbezogen und die Rechte von Mädchen und Frauen gestärkt werden. „Entwicklungspolitik darf aber nicht auf Dauer abhängig machen“, warnte Gerschau. Ziel müsse es sein, dass die Partner-

länder ihre Zukunft eigenverantwortlich und selbstbewusst in die Hand nehmen. Cornelia Möhring (Die Linke) sprach sich unter anderem für die Freigabe von Impfstoffpatenten aus. Der Ausbau von Produktionskapazitäten sei angesichts der Tatsache, dass im Januar 2022 nur fünf Prozent der Menschen in ärmeren Ländern vollständig geimpft gewesen seien, zentral für die Pandemiebekämpfung.

Für die AfD warf Dietmar Friedhoff warf der Bundesregierung einen „linksgrünen Kulturimperialismus“ vor. Afrika sei nach 60 Jahren Entwicklungspolitik fragiler und zersprengt denn je, die Bevölkerungsexplosion entziehe „jedem gedachten Erfolg wieder den Boden“. Statt Bevormundung benötige der Kontinent Unterstützung bei der Gestaltung eines geschlossenen Binnenmarktes, dem Aufbau von Wertschöpfungsketten und der Umsetzung der Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Zwei Anträge der Fraktion (20/704, 20/706) – in denen sie für einen Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik und die Förderung des „digitalpolitischen Entwicklungslands Deutschland“ plädieren – wurden im Anschluss an die Debatte zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Georg Kippels (CDU) verteidigte die Entwicklungspolitik der Vorgängerregierung unter Ex-Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Sie habe das Lieferkettengesetz zur Stärkung grundlegender Menschenrechte in globalen Lieferketten verabschiedet, private Investitionen gefördert und die Eigeninitiative der Partnerländer gestärkt. Seit 2020 setze das BMZ zudem ein weltweites Corona-Sofortprogramm in Höhe von 4,7 Milliarden Euro um. Nicht zuletzt habe sich der Haushalt des BMZ von 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf rund 13,4 Milliarden in 2021 mehr als verdoppelt, sodass auch das internationale vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklung auszugeben, erreicht worden sei. „Wir werden schauen, ob es Ihnen gelingt, diesen furiosen Aufwuchs fortzusetzen“, sagte Kippels mit betonter Skepsis in Richtung der Ministerin.

**Umfassender Bericht** Die Bundesregierung legt alle vier Jahre einen umfassenden Bericht zur Entwicklungspolitik vor. Neben dem Erreichten zeigt er auch aktuelle Herausforderungen und Schwerpunkte auf. Im 16. Bericht ist der globale Klimaschutz eines der Kernthemen. Der deutsche Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung wurde danach von 2014 bis 2020 mehr als verdoppelt. *Johanna Metz*

## Diskussionsforum, Nachschlagewerk und Orientierungshilfe



**Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)**  
33. Jahrgang 2021  
Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes, Prof. Dr. Alexander Gallus, Prof. Dr. Eckhard Jesse und Prof. Dr. Tom Thieme  
2021, 550 S., geb., 118,- €  
ISBN 978-3-8487-8642-8

Das Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ fördert die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkreis des politischen Extremismus in seinen verschiedenen Ausprägungen. Es versteht sich als Diskussionsforum, Nachschlagewerk und Orientierungshilfe zugleich. Der 33. Band dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung im Berichtsjahr 2020.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Viele Helfer internationaler Organisationen fürchten seit der Machtübernahme der radikalislamistischen Taliban um ihr Leben. Doch wer das Land verlassen will, muss an den zahlreichen Straßenkontrollen der Terrorgruppe vorbei (Foto links, hier in Kabul). Mitte August 2021 hatten die Taliban außerdem die Ausstellung von Reisepässen (re.) gestoppt. Erst seit dem 10. Januar werden Anträge wieder bearbeitet.  
© Stefanie Glinzki (L/Picture-alliance/Xinhua News Agency/Saifurrahman Safi (R))

# In ständiger Angst

**AFGHANISTAN** Noch immer sind Tausende Ortskräfte und ihre Familien ohne Hoffnung auf Ausreise im Land

Erst im Januar hat sich Zabi\* auf die gefährliche Reise gewagt. Um einen neuen Reisepass beantragen zu können, musste der 30-Jährige in seine Heimatprovinz Ghazni, knapp drei Autostunden von der Hauptstadt Kabul entfernt, fahren. Er war angespannt, selbst auf dem Rückweg im öffentlichen Kleinbus kam er nicht zur Ruhe. Nach einer halben Stunde Fahrt quetschten die Bremsen; die Schiebetür sprang ruckartig auf und zwei bewaffnete, bärtige Männer stiegen ein, quetschten sich auf die Rücksitze und wiesen den Fahrer an weiterzufahren. Zabi schob sein Handy tief in das Sitzkissen des Busses, keinesfalls durften die Taliban seine E-Mails oder abfotografierten Dokumente sehen. Die beiden Talibs waren misstrauisch. Eine gute Stunde später, in der Hauptstadt der Wardakprovinz, forderten sie Zabi auf, auszusteigen. Es folgte eine dreistündige, einschüchternde Befragung auf der Polizeistation. „Hinter verschlossenen Türen durchsuchten sie mein Gepäck und meine Hosentaschen. Immer wieder wollten sie wissen, warum ich kein Handy an mir trug; immer wieder fragten sie mich nach meinem Beruf“, erinnert sich Zabi. Stunden später – es war bereits dunkel – wurde er entlassen; ununterbrochen hatte der Fahrer des Minibusses darum gebeten. Er hatte auf ihn gewartet und sein Handy aufbewahrt.

**»Ich hoffe auf eine Zukunft, in der meine Kinder frei leben können.«**

*Habib aus Mazar-e-Sharif*

schutzbedürftige Menschen ausgestellt. Von den bisher etwa 4.700 gemeldeten ehemaligen Ortskräften in Afghanistan seien etwa 1.600 nach Deutschland eingereist, viele weitere Menschen, denen Aufnahmezusagen gemacht wurden, befanden sich in Drittstaaten wie Pakistan. Darunter sind auch 4.000 Menschen, die in den vergangenen Wochen dank eines Abkommens zwischen der deutschen Regierung und Pakistan ohne Reisepass und nur mit der Tazkira, dem afghanischen Identitätsdokument, in das Nachbarland fliehen durften.

Doch noch immer warten Tausende in Afghanistan auf eine Ausreisemöglichkeit. Und leben wie Zabi in ständiger Angst.

Der 30-Jährige war am Kapazitätsaufbau des afghanischen Arbeitsministeriums beteiligt, die GIZ hatte ihn dafür als Einzelgutachter ohne dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis angestellt. Damals war das für Zabi in Ordnung, heute könnte es ihm zum Verhängnis werden. Sechs Monate nach der Machtübernahme der Taliban und dem Ende der Evakuierungsmission der Bundeswehr am 28. August 2021 gibt es seitens der Bundesregierung keine klaren Antworten auf die Frage, ob Berater wie Zabi Anspruch auf eine Evakuierung haben. Alle notwendigen Dokumente habe er per Mail nach Deutschland geschickt, die Originale verbrannt, berichtet er. Und wartet weiter auf eine Bestätigungs-Mail der Abteilung Ortskräfteverfahren (OKV) der Bundesregierung.

In seinem Heimatland hat sich die Lage seit August extrem verschlechtert. Im Zuge der Inflation und einer schweren Wirtschaftskrise haben nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens eine halbe Million Menschen ihre Arbeit verloren. Viele können sich Lebensmittel nicht mehr leisten und hungern. Dazu kommt, dass unter der Taliban-Herrschaft 80 Prozent weniger an ausländischen Hilfgeldern fließt – sie hatten zuvor zu 43 Prozent zum afghanischen Bruttoinlandsprodukt beigetragen. Weil mehr als sieben Milliarden US-Dollar der afghanischen Zentralbank auf US-Konten eingefroren sind, haben viele Menschen keinen Zugang zu ihren privaten Ersparnissen.

US-Präsident Joe Biden teilte vergangene Woche mit, dass die Gelder nicht zurückgegeben werden sollen. 3,5 Milliarden US-Dollar sollen vielmehr an Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 gespendet werden. Die Afghanen sind empört und fühlen sich bestohlen. Der afghanische Ökonom Haroun Rahimi prophezeit dem Land eine düstere Zukunft. „Die ehrliche Antwort ist, dass selbst die Taliban nicht viel tun können, wenn die Sanktionen weiter anhalten. Keine Regierung könnte das. Im Moment braucht die Gruppe vor allem Geld und internationale Anerkennung.“ Doch dieses Szenario sei unwahrscheinlich.

**Komplizierte Einzelfälle** Auch Theresa Breuer, Mitbegründerin der Rettungsinitiative „Kabul Luftbrücke“, berichtet, dass den auf Evakuierung wartenden Menschen das Geld ausgehe. Außerdem gebe es viele komplizierte Einzelfälle. „Beispielsweise Familien, die in den vergangenen Monaten ein Kind bekommen haben. Dessen Name steht natürlich nicht auf einer Evakuierungsliste.“ Breuers Vorwurf: „Solche schwierigen Fälle hat uns die Bundesregierung regelrecht hinterlassen.“ Seit August hilft die spendenfinanzierte Initiative bei der Evakuierung von Menschen aus Afghanistan. Bis Ende Dezember hat sie laut eigenen Angaben mehr als 1.500 Menschen bei ihrer Flucht unterstützt. Die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung laufe „schleppend“, kritisiert Breuer. „Es gibt viele bürokratische Hürden, die in Afghanistan ganz konkret Menschenleben gefährden.“

Etwas davon Habib\*. Er arbeitete 19 Jahre lang in der nordafghanischen Stadt Mazar-e-Sharif, wo die Bundeswehr zwischen 2005 und 2021 stationiert war, für eine deutsche Organisation, die finanziell von der GIZ unterstützt wurde. Eine Bestätigung der Bundesregierung, mit seiner Frau

und den vier Töchtern nach Deutschland reisen zu dürfen, hat er zwar bereits. Doch war es ihm monatelang nicht möglich, einen Pass für seine jüngste Tochter zu beantragen. „Das Bürgeramt hatte lange geschlossen und so steckten wir fest“, erklärt Habib. Von der GIZ wurde ihm geraten, nach Pakistan zu reisen, um von dort nach Deutschland evakuiert zu werden. Aber er bekam keine weitere Unterstützung. Auch auf der Liste der 4.000 Menschen, die ganz ohne Pass nach Pakistan reisen durften stand er nicht.

Der Reisepass kam Anfang Februar endlich an, nachdem die Familie 300 US-Dollar Bestechungsgeld gezahlt hatte. Habibs Frau Narges\* berichtet, die vergangenen Monate seien „von Trauer, Depressionen und tiefer Angst“ geprägt gewesen. Ihr Haus habe die Familie nur mit Maske verlassen. „Nicht

wegen Covid 19“, sagt sie. „Wir haben Angst davor, entdeckt und womöglich von den Taliban verhaftet zu werden.“ Eine begründete Sorge: In den vergangenen Monaten kam es in Mazar-e-Sharif zu zahlreichen Entführungen und Ermordungen. Oft waren Menschen betroffen, die für die ehemalige Regierung oder internationale Organisationen gearbeitet hatten. Die Taliban streiten ab, daran beteiligt gewesen zu sein.

**Illegale Ausreisen** Viele ehemalige GIZ-Mitarbeiter nahmen ihr Schicksal inzwischen in die eigene Hand, sagt Theresa Breuer. Sie reisten illegal nach Pakistan oder in den Iran. Eine Lösung, betont sie, wäre eine Art „Visa-on-Arrival“ – Visa bei der Ankunft. Damit könnten Familien auch ohne Pass direkt aus Kabul evakuiert werden. „Aber dagegen ist natürlich das

Bundesinnenministerium, das sieht es als zu riskant an.“

Während die Ausreise für Habib nur noch eine Frage der Zeit ist, sieht die Zukunft für Zabi unsicherer aus. Er hofft weiterhin auf eine positive Rückmeldung der Bundesregierung. „Jeder Abschied ist schmerzhaft, auch der von der Heimat“, sagt Zabi. „Trotzdem hoffe ich auf eine Zukunft, in der meine Kinder frei leben können, ohne dass ihre Rechte und Werte bedroht werden. Jahrelang habe ich mich für die Arbeit der GIZ eingesetzt. Ich hoffe, dass sie sich nun für mich einsetzen.“ *Stefanie Glinzki*

*Die Autorin ist freie Journalistin in Kabul.*

*\* Aus Sicherheitsgründen wurden alle Namen geändert.*

## »Wir müssen Antworten finden«

**INTERVIEW** SPD-Außenpolitiker Nils Schmid über Aufnahmen und Einsatz-Aufarbeitung

**Herr Schmid, laut einem Beschluss der Vorgänger-Bundesregierung können Afghanen, die ab 2013 für staatliche deutsche Einrichtungen gearbeitet haben, in Deutschland Schutz vor den Taliban finden. Warum sind trotzdem noch so viele Ortskräfte in Afghanistan?**

Das hat unter anderem mit den Verkehrsbedingungen im Land zu tun. Der Flughafen von Kabul ist nach wie vor nur sehr eingeschränkt nutzbar und auch die Ausreise auf dem Landweg ist sehr schwierig. Wir evakuieren nach wie vor Menschen, aber bei weitem nicht so viele, wie wir es uns wünschen.

**Offenbar fallen gerade Helfer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie freie Mitarbeiter, durchs Raster. Sind die Kriterien für die Aufnahme zu strikt?**

Deren Situation ist definitiv ein Problem. Grund dafür sind die Ansagen des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) und der GIZ im Sommer 2021. Sie wollten ausdrücklich, dass ihre Ortskräfte – im Gegensatz zu den Ortskräften der Bundeswehr – in Afghanistan bleiben, um die Hilfsprogramme fortführen zu können. Diese Entscheidung war angesichts der Not in Afghanistan durchaus nachvollziehbar. Aber sie hat eben auch zu dieser großen Verzögerung bei der Evakuierung dieser Personen geführt. Sie stecken nach wie vor fest.



Nils Schmid

**Was tut die neue Bundesregierung, um ihnen zu helfen?**

In den beteiligten Ressorts – BMZ, Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium – laufen gerade Abstimmungen dazu. Es muss geklärt werden, wie die Personen, die bereits eine Aufnahmezusage und ein Visum bekommen haben, außer Landes gebracht werden können. Im Gespräch ist aber auch ein humanitäres Aufnahmeprogramm, das andere Personengruppen, wie etwa die freien Mitarbeiter der GIZ, umfassen könnte.

**Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan und die Evakuierungsmission im August 2021 sollen in dieser Legislaturperiode**

**umfassend parlamentarisch aufgearbeitet werden. Wann geht es damit los?**

Die Vorbereitungen laufen. Ziel ist es, noch vor der Osterpause sowohl einen Untersuchungsausschuss als auch eine Enquete-Kommission einzusetzen, damit wir zügig mit der Arbeit beginnen können.

**Was sind aus Sicht des Bundestages die wichtigsten Fragen, die zu klären sind?**

Der Untersuchungsausschuss soll insbesondere den Abzug und die Evakuierung beleuchten – wie waren die Abläufe, welche Festlegungen gab es für die Aufnahme der Ortskräfte in den Ministerien, unter welchen Rahmenbedingungen fand die Evakuierung statt? Die Enquete-Kommission wird einen breiteren Ansatz haben und den Erfolg des Einsatzes insgesamt untersuchen. Wie haben sich die Ziele in den 20 Jahren der Mission verändert, was hat die Einbettung in eine Bündnis-Koalition bedeutet? Warum konnte die afghanische Zentralregierung nicht ausreichend gestärkt werden? Was ist ausschlaggebend für den Erfolg einer Ausbildungsmission? Gerade mit Blick auf weitere und künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr ist es zentral, darauf Antworten zu finden.

*Das Interview führte Johanna Metz.*

*Nils Schmid ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.*



Gegen die Hungersnot: Lebensmittelhilfen in der nördlichen Provinz Jowzjan

**»Wie im Gefängnis«** Seither hat der zweifache Familienvater, der vor der Machtübernahme durch die Taliban in Vollzeit als Ortskraft für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gearbeitet hatte und den Pass für die Ausreise aus Afghanistan braucht, panische Angst. „Schlimmes hätte mir gedroht, wenn die Taliban herausgefunden hätten, dass ich für die GIZ gearbeitet habe“, sagt er. Er traut sich seither kaum nach draußen. Seine sechsjährige Tochter und sein dreijähriger Sohn dürfen schon seit August das Haus nicht mehr verlassen. Es sei wie ein Gefängnis für die Kinder, gibt er zu, doch die Sicherheit gehe vor. Nach Angaben des Auswärtigen Amts von Ende Januar hat die Bundesregierung bis Mitte des Monats rund 20.400 Aufnahmezusagen für frühere afghanische Ortskräfte und deren Angehörige sowie Menschenrechtsaktivisten und weitere besonders

**AUFGEKEHRT**

**Der lange Tisch**

Die internationale Spitzendiplomatie ist um einen Tisch reicher: Nach dem runden Tisch sorgen die Russen nun mit dem langen Tisch für mindestens ebenso so lange Gesichter. Zerberus Putin auf der einen Stirnseite, Frankreichs Sonnengott Macron auf der anderen Seite. Dazwischen meterweise prächtiges Tischmassiv ohne viel Blumengedöns. Was mögen sich die Männer zugerufen haben?!

Putin ist inzwischen ein älterer Herr, der Nachteil einer endlosen Amtszeit, fraglos Risikogruppe, sicher will er nicht infiziert werden, schon gar nicht vom Klassenfeind. Selbst ein umtriebiger Außenminister Lawrow musste am langen Tisch Platz nehmen. Die für die Weltöffentlichkeit sorgfältig aufbereitete Theaterszene ist arm an Dialog, dafür reich an Botschaft: Putin fragt seinen Kumpel Lawrow, ob noch Chancen bestünden, mit dem Westen eine Einigung zu erzielen. Der Minister scheint für einen Moment tief nachzusinnen, als hätte ihn der Chef mit der Frage ebenso erleuchtet wie überrascht, um dann zu antworten, ja, es gebe noch Spielraum. Und dann Putins entscheidende Reaktion: „In Ordnung!“

In Ordnung! Dann eben kein Krieg, oder was? Putin, Herrscher über Tausende Atomraketen, Panzer und die Rote Armee, mit der Lizenz zum Angriff auf die Ukraine, beendet seine strategischen Überlegungen wie Günther Jauch ein Telefonat mit einem Publikumsjoker. Da kann die emsige Biene Baerbock noch was lernen, die hin und her fliegt, um Plättchen zu verteilen wie einst Fleißkärtchen in der Schule. Gewinner ist stets der beratungsresistente alte weiße Mann, der sitzt, grübelt und einsam entscheidet, ob das Leben weitergeht oder sich alles in Rauch auflöst. Spasibo tovarishch!

Claus Peter Kosfeld

**VOR 10 JAHREN...**

**Gedenken an NSU-Opfer**

**23.2.2012: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung.** Die Hintergründe der Tat „lagen im Dunkeln, viel zu lange“, zog Angela Merkel (CDU) am 23. Februar 2012 eine ermüthende Bilanz über die Ermittlungen zu den später als NSU-Morden bekannt gewordenen rechtsextremen Terroranschlägen. „Das ist die



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der zentralen Gedenkveranstaltung

bittere Wahrheit.“ Kaum jemand habe es für möglich gehalten, dass Rechtsextremisten hinter den Morden an zehn Menschen stecken könnten, so die Bundeskanzlerin in ihrer Rede auf der zentralen Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Opfer des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Das habe zu Ermittlungen im Drogen- und Mafia-Milieu und selbst in den Familien der Opfer geführt. „Einige Angehörige standen Jahre selbst zu Unrecht unter Verdacht. Das ist besonders beklammend. Dafür bitte ich Sie um Verzeihung.“

1.200 geladene Gäste nahmen an diesem Tag an der Trauerfeier im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt teil. Erst drei Monate zuvor war die Mordserie des NSU, die Merkel einen „Anschlag auf unser Land“ nannte, bekannt geworden. Der NSU hatte zwischen 2000 und 2007 neun Kleinunternehmer türkischer und griechischer Herkunft sowie eine deutsche Polizistin getötet. Die Zeit bis zur Aufklärung müsse für die Angehörigen ein nicht enden wollender Alptraum gewesen sein, so Merkel. „Sie stehen nicht länger allein mit Ihrer Trauer, wir fühlen mit Ihnen, wir trauern mit Ihnen“, sagte sie vor den rund 80 anwesenden Hinterbliebenen. Wir schwer es war, mit dem falschen Verdacht leben zu müssen, fasste die Tochter eines im Jahr 2000 Ermordeten so zusammen: „Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein.“ Benjamin Stahl

**ORTSTERMIN: SCHLOSS BELLEVUE**



Vom Wohn- zum Arbeitsschloss: Bellevue ist seit 1994 erster Amtssitz des Bundespräsidenten.

© picture alliance/Daniel Kalser

**Auf den Fuchs gekommen**

Seit dem Ende der Amtszeit von Bundespräsident Roman Herzog 1999 ist Schloss Bellevue unbewohnt. Während sich Herzog noch über das schlechte Heiz- und Stromsystem seines Amtssitzes beschwert haben soll, sind seine Nachfolger dort gar nicht erst eingezogen. Aus dem ehemaligen Wohntrakt wurden Büros und das Gebäude wandelte sich endgültig vom Wohn- zum Arbeitsschloss. Doch einen Bewohner hat die Anlage noch: Schlossfuchs Theo. Benannt nach dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss habe er außerhalb des Schlosses schon sämtliche protokollarischen Abläufe besucht, sagt Kai Baldow, Chef des Protokolls. Selbst auf dem roten Teppich sei der Vierbeiner schon geschickt worden. Nur in das Schloss selbst habe er sich noch nicht vorgewagt. Hier hat weiterhin der frisch wiedergewählte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Sagen.

Zu dessen Aufgaben gehören die Empfänge von Gästen aus dem In- und Ausland. „Wir hatten vor Corona im Schloss Bellevue zirka 180 Protokollveranstaltungen jährlich“, sagt Baldow. Als Chef des Protokolls ist er für alle Fragen rund um die Termine des Bundespräsidenten in

Deutschland zuständig. Einen besonderen Stellenwert unter diesen Veranstaltungen nehmen die Staatsbesuche ein. Diese Treffen von Staatsoberhäuptern stellen die höchste Form des diplomatischen Kontakts zweier Länder dar und dienen dem gegenseitigen Austausch. Jährlich sind etwa vier davon geplant. Bevor jedoch der rote Teppich ausgerollt wird und sich das Wachbataillon der Bundeswehr vor dem Hauptportal des Schlosses für die militärischen Ehren der Gäste versammelt, seien Monate der Planung nötig, berichtet Baldow. Von Einladungsschreiben bis hin zur Auswahl des passenden Menüs, alles solle die symbolische Verbindung der Länder unterstreichen. So wird beim abendlichen Staatsbankett darauf geachtet, dass die musikalische Untermalung aus Werken beider Nationen besteht. Neben klassischen Klängen kann dann auch Technomusik durch die Räume von Bellevue hallen, wie beim Staatsbesuch des irischen Präsidenten Michael D. Higgins 2019. Selbst die Farben der Blumen werden bei einem Staatsbesuch nicht dem Zufall überlassen, sondern spiegeln die Nationalflaggen des Gastes wider.

Schloss Bellevue hat die Villa Hammerschmidt in Bonn 1994 als ersten Amtssitz abgelöst. Als Wohnschloss angeordnet, wurde Bellevue 1785 nach Plänen von Prinz Ferdinand von Preußen im klassizistischen Stil errichtet. Im Zweiten Weltkrieg zu großen Teilen zerstört, wurde es in den 1950er Jahren wieder aufgebaut und war bis zur Wiedervereinigung zweiter Amtssitz im geteilten Berlin. Lediglich der „Langhansaal“ im Obergeschoss des Schlosses wurde gänzlich rekonstruiert und zeugt vom einstigen klassizistischen Stil des Inneren. In insgesamt 13 Räume empfängt das Präsidentenpaar Gäste aus aller Welt. Obwohl Steinmeier das Amt des Bundespräsidenten fünf weitere Jahre bekleiden wird, steht ihm Bellevue nur noch drei Jahre als Amtssitz zur Verfügung. Weil der gesamte Komplex, inklusive des Bundespräsidialamts, dringend saniert werden muss, zieht der Bundespräsident für diese Zeit in ein Ersatzgebäude. Nur Schlossfuchs Theo wird wohl zurückbleiben und in der Zwischenzeit nach dem Rechten sehen. Erst 2029 wird Schloss Bellevue wieder als Amtssitz nutzbar sein. Dann schon für einen neuen Bundespräsidenten oder -präsidentin. Denise Schwarz

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 3-4 vom 17. Januar 2022, „Vereinbarte Debatte zum Thema Wirtschaft und Klimaschutz“ in der Beilage Debattendokumentation:**

Der Abgeordnete Leif-Erik Holm von der AfD spricht aus, was mittlerweile viele denken: Die von der vorherigen Bundesregierung beschlossene Energiewende und der in Konsequenz derer massive Ausbau von erneuerbaren Energien, wie zuletzt von Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) gefordert, ist der Weg in die falsche Richtung! Wer laufende, moderne Kernkraftwerke aus ideologischen Gründen vom Netz nimmt, sorgt zwar in letzter Konsequenz für volle Kassen bei der Windkraftindustrie und Solarherstellern, die aus dem grünen Milieu kommen, macht aber eine Politik gegen die

Verbraucher. Das Thema „Erneuerbare Energien“ bedarf noch einer emotionslosen Darstellung, wozu die Grünen aber am allerwenigsten in der Lage sind. Es wäre jetzt an der Zeit zu erkennen, wie eine Minderheit von Atomkraftgegnern und die Grünen die deutsche Öffentlichkeit jahrzehntelang manipuliert haben, um die Atomkraft in Verruf zu bringen. Toni Vollmer, Bonn

**Zur selben Ausgabe, „Mörderrunde in feiner Villa“ auf Seite 9:**

Unserer Generation (Jahrgang 1949) wurde durch unsere Geschichtslehrer suggeriert, dass Adolf Hitler der Alleinverantwortliche des NS-Regimes sowie der Judenvernichtung war. Die „Schuld“ wurde auf ihn fokussiert. Dabei waren

einige unserer Lehrer früher Nazi-Aktive. Die breite Zustimmung der Masse der Bevölkerung wie der Beamtenschaft wurde unterschlagen. Das ganze System war, einschließlich der katholischen Kirche, mehr oder weniger antijüdisch eingestellt aus diversen Gründen. Es handelte sich um eine antijüdische Epoche, wie es sie früher schon gegeben hat, von unvorstellbarem Ausmaß. Die Rolle der Presse hierbei wird nicht dargestellt. Ebenso wenig wie die Frage, wie Rassismus sich entwickelt und hochschaukelt. Herbert Kleiner, Argenbühl

**Zur Ausgabe 5-7 vom 31. Januar 2022, „Viele schwierige Fragen“ auf Seite 1:** In der Unterzeile des Artikels heißt es: „Corona-Pandemie – Erste Orientierungsdebatte zur möglichen allgemeinen

Impfpflicht“. Mittels Verwendung des Wortes „kommenden“, oder zumindest aber „wahrscheinlichen“ (anstelle von „möglichen“) Impfpflicht, wäre die Redaktion der Wahrheit näher gekommen. Aufmerksame Bürger und Bürgerinnen lassen sich doch durch weiteres Wortgeplänkel angeblicher Volksvertreter nicht täuschen. Sie erfahren, welches Ergebnis nach deren Stimmabgabe zu ihrem – vorgeblichen – gesundheitlichen Schutz zu Papier kommen wird. Hubert Sauer, Bad Schwalbach

**Zur Ausgabe 50 vom 13. Dezember 2021, „Umbau und Aufbau“ auf Seite 3:** Laut der Regierung soll der Kohle-Ausstieg „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden. Gleichzeitig sollen Ende des Jahres die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Es ist schwer zu verstehen, dass, obwohl CO2 das größte Klima-Problem darstellt, Atomkraftwerke vor Kohlekraftwerken abgeschaltet werden. Sebastian Richter, Berlin

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 7. März.

**PANNENMELDER**

**Zur Ausgabe 5-7 vom 31. Januar 2022:** Anders als in der Übersicht zu den bisherigen Bundespräsidenten auf den Seiten 4 und 5 angegeben, war Heinrich Lübke kein Reichstagsabgeordneter, sondern Mitglied des Preussischen Landtags.

**PERSONALIA**

**>Gerald Weiß †**  
**Bundestagsabgeordneter 1998-2009, CDU**

Am 21. Januar starb Gerald Weiß im Alter von 76 Jahren. Der Pädagoge aus Rüsselsheim trat 1968 der CDU bei und gehörte von 1974 bis 1987 sowie von 1991 bis 1998 dem hessischen Landtag an. Weiß wirkte im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit, an dessen Spitze er von 2005 bis 2009 stand.

**>Hermann Rappe †**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1998, SPD**

Am 30. Januar starb Hermann Rappe im Alter von 92 Jahren. Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik von 1982 bis 1995 trat 1947 der SPD bei. Rappe engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dessen Vorsitz er von 1976 bis 1983 innehatte.

**>Jürgen Anbuhl †**  
**Bundestagsabgeordneter 1970-1976, SPD**

Jürgen Anbuhl starb am 30. Januar im Alter von 81 Jahren. Der Gymnasiallehrer aus Eckernförde schloss sich 1963 der SPD an, war 32 Jahre Stadtrat sowie 23 Jahre Bürgermeister. Anbuhl wirkte im Familien- sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

**>Hans-Jürgen Irmer**  
**Bundestagsabgeordneter 2017-2021, CDU**

Am 20. Februar wurde Hans-Jürgen Irmer 70 Jahre alt. Der Oberstudienrat aus Wetzlar war von 1977 bis 1990 Stadtverordneter und gehörte 22 Jahre lang dem hessischen Landtag an. Seit 1979 ist er Kreistagsabgeordneter. Er wirkte im Innenausschuss mit.

**>Volker Jung**  
**Bundestagsabgeordneter 1983-2002, SPD**

Volker Jung wird am 24. Februar 80 Jahre alt. Der Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand war stets Direktkandidat des Wahlkreises Düsseldorf II. Von 1987 bis 1998 energiepoltischer Sprecher seiner Fraktion, engagierte er sich im Wirtschaftsausschuss.

**>Franz Romer**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1994, 1996-2009, CDU**

Am 26. Februar vollendet Franz Romer sein 80. Lebensjahr. Der Mechaniker aus Laupheim trat 1975 der CDU bei und gehörte von 1989 bis 1999 dem Landesvorstand Baden-Württemberg an. Romer war 34 Jahre lang Stadtrat und 26 Jahre Kreistagsmitglied. Er arbeitete im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

**>Joachim Gres**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Am 1. März begeht Joachim Gres seinen 75. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Frankfurt/Main, CDU-Mitglied seit 1971, war von 1977 bis 1990 Stadtverordneter. Gres engagierte sich im Rechtsausschuss.

**>Klaus Uwe Benneter**  
**Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD**

Am 1. März wird Klaus Uwe Benneter 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Berlin trat 1965 der SPD bei. 1977 war er Jusovorsitzender und 2004/05 SPD-Generalsekretär. Er arbeitete im Rechtsausschuss mit.

**>Matthäus Strebl**  
**Bundestagsabgeordneter 1995-2005, 2008/09, 2013-2017, CSU**

Matthäus Strebl wird am 1. März 70 Jahre alt. Der Bankkaufmann aus Dingolfing war von 1978 bis 2020 Stadt- und von 1984 bis 2020 Kreisrat. Von 2004 bis 2018 amtierte er als Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbunds Deutschlands. Strebl gehörte dem Ausschuss für Arbeit und Soziales an.

**>Wolfgang Wodarg**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD**

Am 2. März wird Wolfgang Wodarg 75 Jahre alt. Der Arzt aus Flensburg schloss sich 1988 der SPD an. Er wirkte im Gesundheitsausschuss sowie im Beratenden Ausschuss zu Fragen der dänischen Minderheit mit. Von 1998 bis 2010 saß er im Europarat und der WEU.

**>Wolfgang Kubicki**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1992, 2002, seit 2017, FDP**

Wolfgang Kubicki wird am 3. März 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Strande trat 1971 der FDP bei und war von 1989 bis 1993 Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Seit 2013 ist er Präsidiumsmitglied und stellvertretender FDP-Vorsitzender. Von 1992 bis 2017 gehörte er dem Landtag in Kiel an. Seit 2017 ist Kubicki Bundestagsvizepräsident.

**>Hansjörg Häfele**  
**Bundestagsabgeordneter 1965-1990, CDU**

Am 6. März vollendet Hansjörg Häfele sein 90. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Bad Dürkheim, CDU-Mitglied seit 1961, engagierte sich von 1968 bis 1982 im Finanzausschuss. Von 1982 bis 1989 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. bmh

**SEITENBLICKE**



...HERBSI, WINTER,...

**Bärbel Bas**, Präsidentin des Deutschen Bundestages:

## Deutschland hat eine starke und bewährte Verfassung



**Bärbel Bas (\*1968)**  
Wahlkreis Duisburg I

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Bundesbender! Verehrte Repräsentanten der Verfassungsorgane! Sehr geehrte Frau Präsidentin Süssmuth! Sehr geehrte Mitglieder der 17. Bundesversammlung! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 17. Bundesversammlung – an ungewöhnlichem Ort, zu schwierigen Zeiten.

Nichts ist in diesen Tagen normal. Umso mehr freue ich mich, Sie heute hier im Paul-Löbe-Haus zur Wahl unseres Staatsoberhauptes willkommen zu heißen. Wir haben strenge Vorkehrungen zu Ihrem Schutz getroffen. Denn das Virus breitet sich weiter aus. Die Pandemie bedroht vor allem ohnehin geschwächte und verletzte Menschen. Befallen hat sie dieses Land im doppelten Sinn: Scheinbar unversöhnlich stehen sich Menschen gegenüber, die unterschiedliche Einstellungen haben. Die Stimmung im Land, in Familien, in Freundeskreisen leidet darunter. Dagegen hilft kein Impfstoff.

Polarisierung gab es in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder. In dieser Krise scheint unserer Gesellschaft aber viel Verbindendes verloren zu gehen, auch das Vertrauen in unsere eigene Kraft. Viele bezweifeln, dass wir unsere Probleme in den Griff bekommen. Sie trauen der Politik und den staatlichen Institutionen wenig zu. Sie fühlen sich ohnmächtig.

Es gibt Gründe dafür: Im Kampf gegen das Virus haben wir immer wieder Rückschläge erlebt. Wir

tun uns schwer mit der Einsicht, dass auch Fachleute noch immer nicht das eine Rezept der Wirksamkeit gegen die Pandemie kennen, dass die Politik Entscheidungen trifft und sie später korrigieren muss. Der notwendige, sachliche Dialog über Lösungsansätze und politische Entscheidungen wird durch Hass und Hetze erschwert. Schlimmer noch sind Gewaltaufrufe oder sogar Gewaltausbrüche.

Und das ist wahrlich nicht alles: Wir alle machen uns große Sorgen um den Frieden mitten in Europa. Die Lage in der Ukraine nimmt eine Entwicklung, die wir uns alle noch vor Kurzem nicht hätten vorstellen können. Mehrere Staaten haben ihre Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, das Land zu verlassen, so gestern auch die Bundesregierung.

Nie wieder Krieg – das war für uns Europäer die Lehre aus zwei verheerenden Weltkriegen. Wir sind zum Frieden verpflichtet. Wir alle bleiben täglich

dazu aufgerufen, ihn zu bewahren, Trennendes zu überwinden und Konflikte zivilisiert auszutragen. Nutzen wir alle Möglichkeiten der Diplomatie, um die Gefahr eines Krieges zu bannen. Jeder Krieg kennt nur Verlierer!

Als ob dies nicht genug wäre, sorgen wir uns auch um die enormen Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Die Migrationsbewegungen stellen die Weltgemeinschaft vor eine Jahrhundertaufgabe. Und auch in ihrem Alltag blicken viele mit Sorge auf die Inflation und steigende Energiepreise. Nicht wenige fragen sich, wie sie diese zusätzlichen Belastungen schultern sollen. Und auch die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union gibt einigen Anlass zur Sorge.

Aber: Sind wir den Problemen dieser Zeit wirklich ausgeliefert? Haben wir keine Möglichkeit, voranzukommen? – Natürlich kann auch ich nicht den Ausweg aus all diesen Krisen weisen. Sie alle dürfen aber erwarten, dass

**Nie wieder Krieg – das war für uns Europäer die Lehre aus zwei verheerenden Weltkriegen.**

ich uns Mut mache, und das mache ich aus vollster Überzeugung.

„Die Tugend des Mutes ist unterbewertet, weil es uns seit Generationen sehr gut geht“, sagt der frühere Bundespräsident Joachim Gauck. Schauen wir zurück: Hatten es andere Generationen leichter? – Wohl kaum. Jede Zeit stellt neue Aufgaben. Mit jedem Schritt vorwärts sind Risiken verbunden. Jede Entwicklung löst Nebenwirkungen aus, vorhersehbare und unvorhersehbare. Trauen wir uns dennoch Veränderung und Fortschritt zu! Machen wir uns klar, dass Furcht nicht weiterhilft! Stellen wir uns der Zukunft! Lassen wir uns nicht einreden, dass wir anstehende Probleme nicht lösen können!

Im Gegenteil: Wir können und wir werden diese Herausforderungen meistern; denn Deutschland hat eine starke und bewährte Verfassung. Das Grundgesetz führt uns heute in dieser Bundesversammlung zusammen, gewählte Abgeordnete – die 736 Mitglieder des Deutschen Bundestages – und ebenso viele Vertreterinnen und Vertreter der 16 Bundesländer. Das spiegelt die föderale Ordnung unseres Landes wider. Es ist auch gute Tradition: Neben den Parlamentsmitgliedern entsenden die Länder verdiente Bürgerinnen und Bürger, die kein Mandat in einem

Parlament haben. Ich sehe zwei Sportlerinnen mit Behinderung, eine Verlegerin und einen Fußballprofi. Gleich mehrfach vertreten sind Branchen, denen die Pandemie besonders viel abverlangt: die Pflege, die Medizin, die Virologie, auch das Friseurhandwerk. Unter uns sind ein großer Pianist, eine erfolgreiche Impfstoffentwicklerin und eine verdiente ehemalige Bundeskanzlerin.

Liebe Frau Dr. Merkel, ich begrüße Sie stellvertretend für alle Anwesenden in dieser Bundesversammlung! Ich freue mich sehr, dass Sie alle angereist sind, um unser Staatsoberhaupt zu wählen.

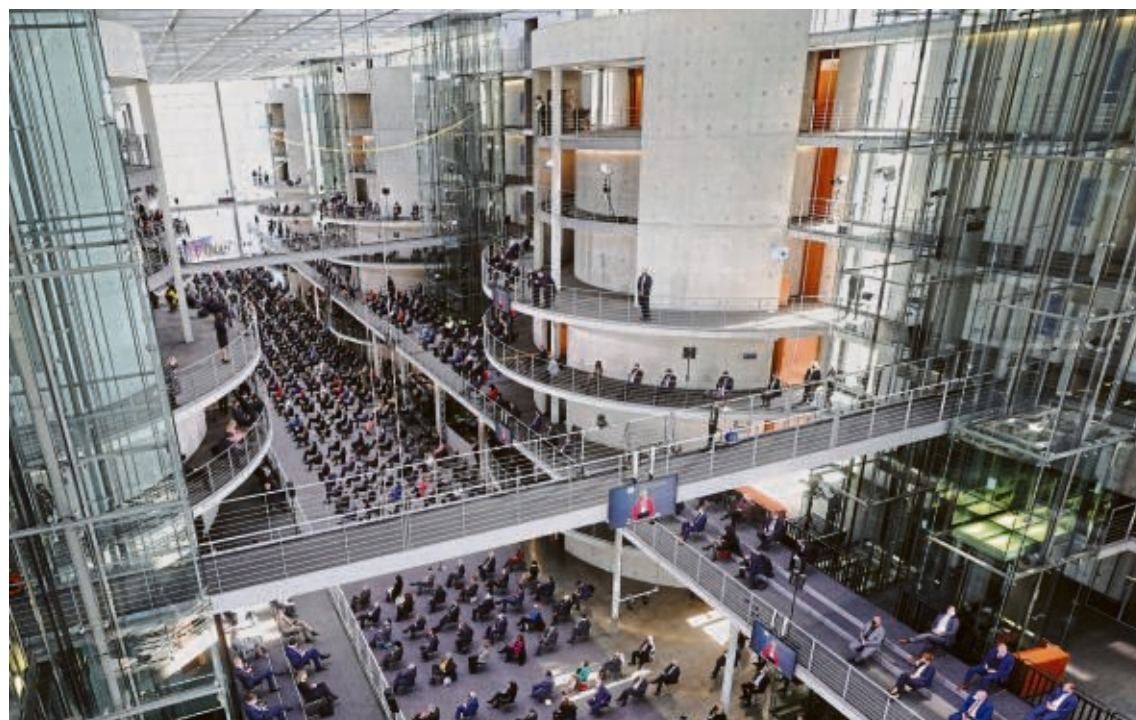
Ich möchte allen, die diese besonders aufwendige Bundesversammlung mit viel Umsicht geplant und organisiert haben, herzlich danken: für den Aufbau hier im Paul-Löbe-Haus, für die Sicherheit im Haus, für die Begleitung der Delegierten, für die Unterstützung der Medien oder für die Arbeit in den Testzentren. Überall braucht es Helferinnen und Helfer, und ich glaube, ich kann im Namen von Ihnen allen sagen: Herzlichen Dank dafür!

Diese Sitzung zeigt: Auch unter erschwerten Bedingungen erfüllen wir den Auftrag des Grundgesetzes. Unser Staat funktioniert, auch in schwieriger Zeit. Für die Wahl des Staatsoberhauptes haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes genau dieses Verfahren eingeführt. Anders als die Parlamente stimmt die Bundesversammlung ohne Aussprache, ohne vorausgehende Wahlkampfreden ab. Das unterstreicht die herausgehobene, überparteiliche Rolle des Amtes.

Der parlamentarische Alltag dagegen braucht die Debatte und auch den Widerspruch. Bevor Entscheidungen fallen, müssen Argumente ausgetauscht, Alternativen diskutiert, Kompromisse ausgehandelt werden. Das ist anspruchsvoll; denn unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Und es kann nur gelingen, wenn sich alle an die Spielregeln halten und bereit sind, die mit Mehrheit getroffenen Entscheidungen zu akzeptieren.

Doch wir dürfen schon fragen, ob wir jeden Streit aushalten müs-

**Auch unter erschwerten Bedingungen erfüllen wir den Auftrag des Grundgesetzes.**



Eine Bundesversammlung in Zeiten von Corona: Um Mindestabstände zu gewährleisten, fand die Wahl des Bundespräsidenten dieses Jahr im Paul-Löbe-Haus statt.

sen. Ich wünsche mir eine zivilisierte Auseinandersetzung und einen respektvollen Umgang miteinander. Wir merken doch, dass Anschuldigungen nichts bringen – von gewaltsamen, strafbewehrten Übergriffen gar nicht zu reden. Jeder hat das Recht, politische Vorhaben zum Klimaschutz für zu schwach zu halten oder Coronamaßnahmen für zu streng. Wer sich an das Recht hält, darf demonstrieren und seine Meinung äußern. Aber wer sich selbst ein eigenes Recht schafft, das Recht auf die alleinige Wahrheit, der setzt sich ins Unrecht. Das gilt natürlich auch im Netz, wo zunehmend Hemmungen wegbrechen.

„Der andere kann auch recht haben.“ Rita Süßmuth hat diesen Satz oft wiederholt. Er sagt sich leicht. Schwer ist es, danach zu handeln, erst recht, wenn widerstreitende Positionen verhärtet sind, Weltbilder verfestigt und trennende Lebenserfahrungen prägend.

Die aktuelle Zuspitzung in den Debatten zeigt mir: Wir brauchen eine größere Offenheit. Die Mehrheit hat nicht automatisch recht – die Minderheit aber auch nicht. Alle müssen sich bewegen, aufei-

inander zugehen. Wer Gegenpositionen einfach abtut, macht es sich zu leicht. Niemand ist im Besitz der einzig richtigen Lösung.

Wir sollten den Wettbewerb der Argumente zulassen und den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr zuhören. Das kann die Debatte in der parlamentarischen Demokratie nur bereichern. Die Bürgerräte sind nur ein Beispiel dafür, wie ein konstruktiver und lebendiger

**Jede Zeit stellt neue Aufgaben. Mit jedem Schritt vorwärts sind Risiken verbunden.**

Austausch zwischen der Politik und der Bevölkerung funktionieren kann und die gesellschaftliche Debatte an Breite gewinnt. Wichtig ist, die Meinungen und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger auch

ernst zu nehmen. Anderenfalls wachsen Unmut und Unzufriedenheit.

Die Demokratie lebt nicht aus sich heraus oder deshalb, weil sie auf dem Papier steht. Sie lebt von Gemeinsinn und Offenheit. Akzeptanz erfährt die Politik, wenn wir uns daran orientieren. Wir werden niemals die Wünsche aller erfüllen können. Aber wenn wir vorankommen wollen, müssen wir offen sein für neue Perspektiven – in den Kommunen, auf der Landes- und Bundesebene.

Auch Kritik ist notwendig und

sinnvoll, wenn sie konstruktiv ist. Stellen wir, die politisch Verantwortlichen, uns ernsthaft genug die Frage, warum Zweifel an unserem Tun und an Institutionen des Staates wachsen? Sind wir in der Lage, ehrlich zu antworten, oder gehen wir gleich in eine Verteidigungshaltung?

Es gibt leider immer wieder Grund, das Fehlverhalten Einzelner anzuprangern, wenn zum eigenen Vorteil die Grenzen der Legalität bis ins Letzte ausgereizt oder sogar überschritten werden. Dennoch: Die allermeisten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes sind aufrichtig und wollen ihrer Aufgabe gerecht werden, so wie die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebensumfeld auch.

Zu Recht ärgern sie sich über Unzulänglichkeiten, wie sie jetzt in der Pandemie zutage treten: von der ungenügenden Ausstattung vieler Schulen bis zu unzumutbaren Bedingungen in der Pflege, unter denen das Pflegepersonal, die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen leiden.

Doch trotz vieler Missstände sollten wir nicht gnadenlos im Urteil sein. Gnadenlosigkeit führt zu einer gefährlichen Haltung gegen alles und jedes. Sie vergiftet die gesellschaftliche Auseinandersetzung und lähmt die Suche nach Lösungen für vertrackte Probleme. Sie nimmt uns die notwendige Energie, um aus verfahren-

nen Situationen herauszufinden.

Besinnen wir uns darauf, dass wir in der Vergangenheit immer wieder Trennendes überwunden haben – zwischen einzelnen Menschen mit unterschiedlicher Weltanschauung und Herkunft, Misstrauen zwischen Generationen, sogar die Feindschaft zwischen Völkern.

Das zeigt auch die Geschichte dieses Tages: Am 13. Februar 1945 wurde das historische Dresden zerstört. Viele, viele Tausend Menschen verloren ihr Leben. Mit diesen Toten, mit dem verheerenden Bombardement, mit dem Leid der Davongekommenen wurde immer wieder Politik gemacht, bereits im Zweiten Weltkrieg und erst recht danach. Die Propaganda endete auch nicht mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Weiter wurde versucht, die Millionen Opfer des verheerenden Weltkrieges, der von Deutschland ausgegangen war, gegeneinander aufzurechnen, revisionistische Gedanken zu verbreiten, deutsche Schuld kleinzureden – sogar im Verhältnis zu den Millionen Opfern der Shoah.

Wir leben seit fast 77 Jahren in Frieden. Die Europäische Union gründet auf Versöhnung. Daran zu erinnern, ist weit mehr als ein Ritual für feierliche Anlässe wie diesen. Aber auch in der Europäischen Union wird über Grundwerte, Fragen der Rechtsstaatlich-

keit und das gestritten, was Solidarität konkret bedeutet.

Bei allem, was uns heute entzweit, sollte uns eines zusammenhalten: die Verpflichtung, Frieden und Demokratie zu bewahren und die Gemeinschaft in unserem europäischen Haus zu stärken. Wir haben gute Voraussetzungen dafür. Mit gleicher Tatkraft und mit gleichem Mut müssen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land fördern – wenn wir einander achten und aufeinander achten, wie der verstorbene Bundespräsident Johannes Rau es formuliert hat.

Rau wusste, dass darin die entscheidende Aufgabe der Bundespräsidenten liegt: im Zusammenführen. Ihre Machtbefugnisse sind beschränkt. Aber über die Macht des Wortes verfügen unsere obersten Repräsentanten uneingeschränkt. Begegnungen und Austausch sind ihre Formate. Sie können in ihrem Amt versöhnen.

Halten wir zusammen! Suchen wir das Verbindende! Setzen wir da an, wo wir etwas bewegen können, jede und jeder von uns – zusammen mit dem Staatsoberhaupt, das zu wählen jetzt die Aufgabe aller Anwesenden ist!

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident:

## Wer die Demokratie angreift, wird mich als Gegner haben



Frank-Walter Steinmeier (\*1956)  
Bundespräsident

Ich danke Ihnen. Ich danke für das Vertrauen derer, die für mich gestimmt haben, und ich bitte um das Vertrauen derer, die das heute nicht tun konnten. Das Amt des Bundespräsidenten ist ein überparteiliches, und ich verspreche Ihnen: So werde ich es weiterführen. Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Lande leben. – Überparteilich werde ich sein, ja, aber ich

bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, der hat mich auf seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben.

Meine Damen und Herren, verehrte Delegierte, dass Sie mir dieses Amt für weitere fünf Jahre anvertrauen, bewegt mich sehr. Es ist mir eine Ehre, eine Freude. Meine Freude wäre aber größer, wenn die Bundesversammlung unter anderen Bedingungen stattfinden könnte, ohne die Beschränkungen der Pandemie. Aber wichtiger noch: Meine Freude wäre größer, wenn unsere Bundesversammlung nicht in eine Zeit der Sorge fiel, Sorge um den Frieden in Europa.

Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden. Geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über 30 Jahren wiedervereint – Welch ein Glück für unser Land. Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hät-

ten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich. Er muss immer wieder erarbeitet werden – im Dialog, aber, wo nötig, auch mit Klarheit, mit Abschreckung, mit Entschlossenheit. Meine Damen und Herren, alles das braucht es jetzt!

Zur Klarheit gehört dann auch eines: Man mag viel diskutieren über die Gründe der wachsenden Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Nicht diskutieren kann man dies: Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa – und dafür trägt Russland die Verantwortung.

Und Russlands Truppenaufmarsch kann man nicht missverstehen. Es ist eine Bedrohung der Ukraine und soll es ja auch sein.

Aber die Menschen dort haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität. Kein Land der Welt hat das Recht, das zu zerstören. Und wer es versucht, dem werden wir entschlossen antworten.

Aber nicht nur in der Ukraine, in vielen Ländern Osteuropas wächst die Angst. Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Leten, der Litauer. Wir stehen gemeinsam mit Polen, Slowaken, Rumänen und allen Bündnispartnern. Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der NATO und der Europäischen Uni-

on. Ohne sie würden wir Deutsche nicht in Einheit und Freiheit leben. Das vergessen wir nicht. Ohne jede Zweideutigkeit bekennen wir uns zu den Verpflichtungen in diesem Bündnis!

Verehrte Delegierte, unsere Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft liberaler Demokratien, die die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellt. Ich weiß wohl: In den Augen von autoritären Herrschern gelten demokratische Institutio-

nen als schwach. Dort, wo alle Macht in einer Hand konzentriert ist, verachtet man eine Versammlung wie diese als mehr oder weniger belangloses Ritual. Dort gelten demokratische Entscheidungsprozesse als Schwäche, das Recht als Bremsklotz, das Bemühen um Freiheit und Glück der Bürgerinnen und Bürger als naiv. Aber, meine Damen und Herren, ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!

Warum bin ich da so sicher? Unsere Demokratie ist stark, weil sie getragen wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern, weil sie ihre Kraft nicht mit Unterdrückung, nicht mit Drohung nach außen und Angst im Inneren erkaufte, weil sie den Menschen mehr zu bieten hat als Ideen von nationaler Größe und Herrschaft über andere. Demokratien sind nicht alle gleich, nein, aber sie sind im Inneren miteinander verwandt. Und auch das verbindet uns: Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin in diesen Tagen: Wir wollen friedliche Nachbarschaft im gegenseitigen Respekt.

Meine Damen und Herren, das sage ich auch deshalb, weil sich bald zum 50. Mal die Unterzeich-

**Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Lande leben.**



nung der Schlussakte von Helsinki jährt. Möge dieser Jahrestag nicht der Anlass sein, an dem wir uns in Ost und West das Scheitern der Bemühungen um dauerhaften Frieden in Europa eingestehen müssen. Arbeiten wir – im Gegenteil – für die Erneuerung dieses kostbaren Erbes. Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!

Unsere Demokratie ist stark, verehrte Delegierte, und auch die heutige Versammlung ist ein selbstbewusster Ausdruck dieser Stärke. Schauen Sie sich hier in dieser großen Runde um. Dass Sie alle heute hier sind – aus allen Teilen unseres Landes, allen Widrigkeiten der Pandemie zum Trotz –, zeigt doch: Wir achten unsere demokratischen Institutionen. Wir wissen, dass diese Demokratie von der Vielfalt lebt, die Sie alle heute hier in diesem Saal repräsentieren. – Diese Versammlung zeigt, finde ich, noch

etwas: Es gibt in diesem Land jenseits der Logik von Regierung und Opposition eine ganz breite Mehrheit für die Stärkung unserer Demokratie. So verstehe ich Ihren Auftrag, und dafür will ich mein Bestes geben.

Ich will an dieser Stelle aber auch meinen Respekt ausdrücken für meine Mitbewerberin und Mitbewerber in dieser Wahl.

Gestatten Sie mir, sehr geehrter Herr Professor Trabert, noch ein zusätzliches Wort. Sie haben mit Ihrer Kandidatur auf ein Thema aufmerksam gemacht, das mehr Aufmerksamkeit verdient: die Lage der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land. Dafür, Herr Trabert, gebührt Ihnen nicht nur Respekt, sondern ich hoffe, dass Ihr Impuls erhalten bleibt. Das Thema Obdachlosigkeit beschäftigt uns beide – Sie wissen es – seit langer Zeit. Warum schauen wir nicht, ob wir diesem drängenden Thema gemeinsam mehr Aufmerksamkeit verschaffen können? Herr Trabert, ich würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch

kämen.

Verehrte Delegierte, unterschätzen wir nicht die Stärke der Demokratie. Aber unterschätzen wir auch nicht die Herausforderungen, vor denen sie steht. Gegner der Demokratie von außen und von innen säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit, an unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft, an den freien Medien. Ja, es stimmt: Unser Weg heraus aus der Pandemie ist kein gradliniger. Es gab Fehler, es gab Fehleinschätzungen, auch bei uns. – Aber, meine Damen und Herren, man zeige mir ein autoritäres System, das besser durch diese Krise gekommen wäre! Oder haben sich die selbst ernannten starken Männer aller Welt nicht in Wahrheit selbst entzaubert in dieser Krise? Standen die Kaiser mit ihren protzigen Kleidern, ihren Schuldzuweisungen, Verschwörungstheorien nicht am Ende ziemlich nackt da?

Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie – die Impfstoffentwicklung in Rekordzeit – gelang in der freien Wissenschaft dank brillanter Forscherinnen und mutiger Unternehmer hier in Mainz, in Deutschland, mit unseren Partnern in Europa und den USA. Wir sollten bei aller Selbstkritik, die notwendig ist, unser Licht nicht unter den Scheffel stellen!

Wenn ich auf unser Land blicke, dann sehe ich Menschen, die sich Monat für Monat durch diese Pandemie kämpfen – und zwar nicht, weil sie mit eiserner Hand dazu gezwungen werden, sondern weil sie immer wieder selbst darum ringen, das Richtige zu tun, durchzuhalten, anzupacken. Die übergroße Mehrheit in unserem Land handelt verantwortungsvoll und solidarisch seit zwei langen Jahren, die sich für viele anfühlen wie eine Ewigkeit. Als Ihr alter und Ihr neuer Bundespräsident möchte ich Ihnen von Herzen danken für diesen großen, gemeinsamen Kraftakt. Ganz herzlichen Dank dafür!

Aber wir spüren auch das andere. Wir spüren: Nach zwei Jahren Pandemie macht sich Frust breit, auch Enttäuschung, zunehmend Gereiztheit. Wir haben uns aufgerieben im Streit um den richtigen Weg, im Streit weit über die Politik hinaus in den Betrieben, an den Schulen, unter Freunden, Kollegen, bis hinein in jede Familie. Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft, und ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen.

Aber denen, die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten,

die von Coronadiktatur fäbulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt gegen Polizistinnen, Pflegekräfte und Bürgermeister nicht zurückschrecken, sage ich: Ich bin hier. Ich bleibe. Ich werde als Bundespräsident keine Kontroverse scheuen. Demokratie braucht Kontroverse. Aber es gibt eine rote Linie, und die verläuft bei Hass und Gewalt. Und diese rote Linie müssen wir halten in diesem Land.

Ich fürchte, die Gegner der Demokratie werden auch nach dem Ende der Pandemie nicht leiser werden. Sie werden sich neue Themen suchen, vor allen Dingen neue Ängste, von denen es reichlich gibt in dieser Zeit: Werden unsere Kinder noch denselben Lebensstandard haben wie wir heute? Kann ich Schritt halten mit dem Lauf der digitalen Welt? Fällt unser Land hinten runter im globalen Wettbewerb? – Solche Sorgen sind Nährboden für die, die mit der Angst ihr politisches Geschäft betreiben. Und ich fürchte, sie tun es; sie werden es tun mit dem großen Thema unserer Zeit: dem Kampf gegen den Klimawandel.

Verehrte Delegierte, diese große Aufgabe, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebensweise auf unserem Planeten, die sucht sich kein Land, die sucht sich keine Regierung einfach aus. Sie ist nicht weniger als die Überlebensfrage der Menschheit. Diese Aufgabe bringt uns in eine Epoche des Aufbruchs und des Umbruchs. Mehr Aufbruch hoffen manche. Mehr Umbruch fürchten andere. Ich bin überzeugt: Wenn wir aus den großen Umbrüchen einen gemeinsamen Aufbruch machen wollen, dann geht das nicht durch staatliche Verordnung allein. Dann müssen wir Brücken bauen: Brücken bauen zwischen den Generationen, zwischen den Alteingesessenen und denjenigen, die neu hinzukommen, Brücken zwischen Start-up und Hochofen, Brücken zwischen Großstadt und plattem Land, auch zwischen den Gesprächen in der Kneipe und denen in Brüssel und Berlin. Kurzum: Wir brauchen Brücken in Richtung Zukunft, die breit und stark genug sind, dass wirklich alle darüber gehen können. Dafür will ich arbeiten.

Dafür will ich arbeiten, und ich will das Gespräch darüber mitnehmen ins ganze Land, in die Winkel unserer Gesellschaft, fernab vom Selbstgespräch der Hauptstadt, das viele nicht er-

reicht. Ich will Orte besuchen, an denen Menschen Verluste erleben. Und ja, es gibt Verluste. Es gibt Orte, die sich völlig neu erfinden müssen in diesen Jahren. Keiner dieser Orte liegt am Rand der Gesellschaft. Sie alle braucht es für die Zukunft unseres Landes. Sie alle braucht es für neuen Zusammenhalt. Es bleibt unsere gemeinsame Erfahrung: Transformation wird nur gelingen, wenn auch die Schwächeren etwas zu gewinnen haben. Und es bleibt unsere Gewissheit:

Jeder, den wir verlieren, fehlt der Demokratie. Solche Gespräche, die notwendig sind, brauchen vor allem eines: Zeit. Diese müssen wir uns nehmen, wenn wir nicht dauerhaft aneinander vorbeireden, wenn wir uns

nicht in falschen Konflikten verlieren wollen. Ich werde mir diese Zeit nehmen und auf Zeit-Reise gehen durch unser Land.

Der Übergang meiner Amtszeit fällt auf den 18. März, den Tag der Märzrevolution und der ersten freien Wahlen in der DDR. An diesem stolzen Tag unserer Demokratiegeschichte beginne ich meine Reise durch die Regionen und verbringe sehr bewusst den ersten Tag der neuen Amtszeit in Ostdeutschland. Ich freue mich darauf.

Liebe Delegierte, das Vertrauen, das Sie diesem Amt und auch mir entgegenbringen, kann ich wertschätzen. Ich weiß, das ist ein ganz kostbares Geschenk. Ich verspreche Ihnen: Ich werde behutsam und respektvoll damit umgehen. Auch ein Bundespräsident kann alte Gewissheiten nicht zurückholen – natürlich nicht. Aber was er kann: Er kann helfen, Zukunftsangst zu nehmen. Er kann helfen, Zuversicht zu geben. Er kann daran erinnern, wie viele Krisen wir in 70 Jahren erfolgreich überwunden haben, wie die Ostdeutschen eine Diktatur zu Fall gebracht haben, wie wir mitgebaut haben an einem vereinten Europa. Ein Bundespräsident kann Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen, ihnen den Rücken stärken, wo immer sie sich engagieren und Lösungen suchen für die Probleme unserer Zeit.

Vertrauen in Demokratie ist doch am Ende nichts anderes als Vertrauen in uns selbst. In unserem Grundgesetz steht schließlich nicht „Alles Gute kommt von oben“, sondern da steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Vol-

Fortsetzung auf nächster Seite



Der wiedergewählte Bundespräsident Steinmeier betont in seiner Antrittsrede den Wert der Demokratie. © picture alliance/dpa | Bernd Von Jutrczenka

ke aus.“ Das ist das Versprechen unserer Verfassung an uns Bürger, und darin liegt auch ein Versprechen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern: Zieh dich nicht zurück, sondern übernimm Verantwortung! – Das ist, wenn Sie so wollen, die doppelte Natur der Demokratie. Sie ist Versprechen und Erwartung zugleich. Demokratie ist eine Zumutung, ja. Und Mut zu machen zu dieser Zumutung, das

genau ist meine Aufgabe; so verstehe ich sie.

Es gibt manche, die sagen, die liberale Demokratie sei auf dem Abstieg. Dieses Jahrhundert, sagen andere, werde das Zeitalter der autoritären, der harten Hand. – Sie merken es: Ich halte nichts von solchen Abgesängen. Nein, verehrte Delegierte, nur eines ist gewiss: Die Zukunft ist offen. Und auf diese Offenheit hat niemand, kein Au-

tokrat und keine Ideologie, bessere Antworten als die Demokratie. Also: Machen wir uns nicht selbst klein! Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern! Mögen die Autoritären doch ihre Eispaläste und Golfresorts bauen. Nichts davon ist stärker, nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen.

Jede und jeder von Ihnen hier im Saal und im ganzen Land, jeder, der sich um mehr kümmert als nur sich selbst, gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle. Jeder und jede, die sich engagiert – im Beruf oder im Ehrenamt, im Gemeinderat oder im Verein –, kämpft den Kampf um die Zukunft der Demokratie. Jede und jeder, der anpackt im Großen und im Kleinen, der bringt die Kraft der Demokratie

zum Leuchten. Liebe Landsleute, gehen wir es gemeinsam an! Ich jedenfalls freue mich auf das, was vor uns liegt.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung – Die weit überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Bundesversammlung erhebt sich)

Debatte zur Haltung des Westens gegenüber der Politik Russlands / 17. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 17. Februar 2022

Dr. Johann David Wadehul, CDU:

## Es droht nicht weniger als ein Krieg



Johann David Wadehul (\*1963)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Es droht Krieg in Europa. Wir haben uns das nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, auch nach den dramatischen Ereignissen des Jahres 2014, als Russland die Krim rechtswidrig annektierte und in einem hybriden Ansatz bewaffnete Konflikte im Osten der Ukraine initiierte, die bis heute andauern, nicht vorstellen können. Russische Streitkräfte in einem Ausmaß, dass sie ohne Weiteres in der Lage sind – nach wie vor, bedauerlicherweise –, die Ukraine zu überfallen, dort eine militärische Invasion durchzuführen, befinden sich an den Grenzen dieses zweitgrößten europäischen Landes. Das Modell einer Ukraine, die demokratisch, parlamentarisch funktioniert, in der es freie Presse und unabhängige Gerichte gibt, wird von der russischen Führung offensichtlich als Bedrohung angesehen.

Friedrich Merz hat in der letzten Debatte hier schon darauf hingewiesen, welche Entwicklung es in Russland gegeben hat: Nachdem Wladimir Putin hier noch 2001 dem Westen eine Zusammenarbeit anbot – die wir auch nicht

vollständig angenommen haben –, hat er 2008 auf der Münchner Sicherheitskonferenz den Zusammenbruch der Sowjetunion als die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Hier sieht man offenkundig die Motive der russischen Führung. Das ist nur eine Erklärung, keine Legitimierung und keine Legalisierung des russischen Vorgehens, was wir in und um die Ukraine sehen. Einem solchen Vorgehen, das Russland seit 2014 in der Ukraine zeigt und jetzt wieder durch diese Truppenmassierung androht, muss die freie Welt entgegenstehen; hier muss Deutschland gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und den Vereinigten Staaten für Frieden, für die Einhaltung der regelbasierten

Ordnung und für die internationale Rechtsordnung eintreten.

In diesem Sinne hat die Bundesregierung in den letzten Wochen gehandelt. Ich danke der Außenministerin ausdrücklich, auch für ihre Reise an die Kontaktlinie, für ihre Reise nach Kiew, für ihre klaren Aussagen dort. Ich danke auch dem Bundeskanzler, der jetzt in Kiew und dann auch im Beisein von Wladimir Putin nach einem ausführlichen Gespräch klargemacht hat, dass Deutschland dieses Verhalten nicht akzeptiert, dass wir diesem gemeinsam, geschlossen mit den Vereinigten Staaten, mit unseren europäischen Partnern, mit den baltischen Staaten, mit Polen, mit allen Anrainerstaaten dort entgegenstehen. Dieses verantwortungsvol-

**Der Bundeskanzler hat zu Recht gesagt: Die Souveränität der Ukraine ist unantastbar.**

le Handeln der Bundesregierung unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wir haben allerdings zu der Form des Vorgehens und zu Ihrer Kommunikation Anmerkungen zu machen. Die erste Anmerkung betrifft das Fehlen des Bundeskanzlers in dieser Debatte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es droht nicht weniger als Krieg. Und der Bundeskanzler hat zu Recht in Moskau gesagt, es sei die „verdammte Pflicht“, politisch dagegenzuarbeiten. Aber ich sage auch: In einer parlamentarischen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland ist es die erste Pflicht des Bundeskanzlers, seine Politik in dieser Krise hier vor dem Deutschen Bundestag zu erläutern. Wo sind Sie, Herr Scholz?

Er hat ja deutlich gemacht, dass er die Verfassungsordnung kennt, und darauf hingewiesen, dass er und nicht Gerhard Schröder der aktuelle Bundeskanzler ist. Aber unser Verfassungsrecht regelt ja nicht nur die Funktionsweise der Exekutive, sondern das Parlament

ist der erste Ort, wo Politik erklärt, gerechtfertigt und dargelegt werden muss, und ich muss sagen: Ich begrüße sehr, dass die Frau Bundesaußenministerin jetzt hier ist. Aber das Fehlen des Bundeskanzlers ist nicht zu rechtfertigen.

Und er hätte auch früher klare Worte finden müssen. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für seine Rede auf der Bundesversammlung. Er hat klargemacht – das wäre die Aufgabe des Bundeskanzlers gewesen –, wo Deutschland steht.

Der Bundeskanzler ist unklar geblieben – bedauerlicherweise – an der Seite eines amerikanischen Präsidenten, der – angefochten insbesondere durch die Republikaner, die derzeit wieder vor dem Sprung stehen, mehr Einfluss zu bekommen in den USA – wie kein anderer in Amerika an der Seite Europas steht und betont, er wolle gemeinsam mit Deutschland Politik machen. Aber sich dorthinzustellen und es dem amerikanischen Präsidenten zu überlassen, zu erklären, dass Nord Stream 2 zu einem Sanktionspaket natürlich dazugehört, das war eine Situation, die schon demütigend für den deutschen Bundeskanzler war und den amerikanischen Präsidenten – der an unserer Seite steht – in den USA in zusätzliche politische Schwierigkeiten gebracht hat, die wir einmal bereuen könnten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das war ein großer Fehler.

Das Verhalten ist auch gegenüber der Ukraine rechtfertigungsbedürftig. Natürlich gehört Deutschland nicht zu den ersten Ländern, die Waffen liefern; das ist vollkommen klar. Dass man dabei Zurückhaltung übt, ist gute deutsche Tradition. Aber verstehen wir nicht, wie es auf die Ukrainer,



Annäherung trotz Abstand: Um einen drohenden Einmarsch Russlands in die Ukraine zu verhindern, reiste Bundeskanzler Scholz vergangene Woche nach Moskau.

© picture alliance/dpa/Sputnik|Mikhail Klimentyev

die einer derartigen militärischen Aggression gegenüberstehen, wirken muss, wenn die erste Zusicherung, die wir ankündigen, Lazarette sind? Verstehen wir nicht, dass das in der Ukraine fast als zynisch verstanden wird? Wenn wir dann noch unseren NATO-Partnern wie den Esten in den Arm fallen, die ein paar veraltete Artilleriesysteme liefern wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das keine Position der Solidarität mit der Ukraine. Das war und das bleibt ein großer Fehler der Bundesregierung.

Zu Herrn Vizekanzler Habeck muss man sagen: Wer als Partei-

vorsitzender Defensivwaffen für richtig hält, der darf sich, wenn er dann ein Staatsamt innehat, nicht ein Schweigegelebe auflegen. Das passt nicht zu dem politischen Anspruch, den wir von ihm kennen.

Der Bundeskanzler hat zu Recht gesagt: Die Souveränität der Ukraine ist unantastbar. – Aber auch die Entscheidung der Ukraine und des Bündnisses selber, irgendwann über einen Eintritt der Ukraine in die NATO zu entscheiden, muss unantastbar bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das sage ich nicht nur mit Blick auf die Ukraine – denn da steht

das nicht auf der Tagesordnung –; das sage ich auch – ich komme aus Schleswig-Holstein, einem Ostseerainer – mit Blick auf Schweden und Finnland. Wir dürfen uns von Russland nicht vorschreiben lassen, wer sich unseren defensiven, friedlichen Bündnissen anschließt; das muss klare deutsche Position sein.

Abschließend ein Wort zu Russland: Friedrich Merz hat öffentlich richtigerweise gesagt: „Russland ist nicht unser Feind.“ Das, glaube ich, sehen wir hier alle auch so. Insbesondere das russische Volk steht uns eher nahe aufgrund einer langen Historie und der lan-

gen kulturellen Beziehungen. Durch den letzten Krieg hat Deutschland eine besondere Verantwortung, dass das russische Volk nicht erneut in kriegerische Handlungen verstrickt wird; aber diese Verantwortung hat Deutschland auch für das ukrainische Volk. Denn dort haben die schlimmsten Kriegshandlungen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg stattgefunden.

Wir müssen in der Lage sein, zwischen dem russischen Volk und denjenigen, die die Führung dort innehaben, einer kleptokratischen Clique, zu unterscheiden. Wir stehen an der Seite des russi-

schen Volkes. Wir sind ein Freund Russlands. Gerade Deutschland – bei aller Realpolitik, die natürlich verlangt, mit der Regierung zu verhandeln – muss beachten: Wir haben in Russland viel Schuld auf uns geladen, und wir sind dem russischen Volk und dem ukrainischen Volk verpflichtet, jeden Einsatz für Frieden in dieser Region zu leisten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Ralf Stegner, SPD:

## Wir müssen mehr als jeder andere für Frieden kämpfen



Ralf Stegner (\*1959)  
Wahlkreis Pinneberg

Auch wenn ich in dieser Woche nicht auf dem Juso-Gruppenfoto meiner Fraktion dabei sein durfte und auch nicht zur Senkung des Altersdurchschnitts in diesem Hause beitrage, ist es meine erste Rede als Mitglied des Deutschen Bundestages. Das ist für mich eine große Ehre – und dann geht es gleich um den Frieden in Europa.

Neben der Coronakrise steht unsere Koalition vor einer ersten großen Bewährungsprobe. Der massive russische Militäraufmarsch an den ukrainischen Grenzen und die Spannungen in den letzten Wochen bedrohen den Frieden in einer Weise, wie es kaum einer von uns für möglich gehalten hätte.

In dieser Situation kommt die neue Oppositionsfraktion mit einem Antrag daher, der mich dann doch wieder in die Juso-Zeiten zurückführt. Das, was Sie in Ihrem Papier zusammengeschrieben haben, werte Kolleginnen und Kollegen von der Union, ist

der Retrosound „Alle Wege führen nach Moskau“. Da passt es ins Bild, wenn der Kollege Ploß unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig diffamiert, nur weil sie seine Meinung nicht teilt. Es fehlen eigentlich nur noch die „vaterlandslosen Gesellen“ in Ihrem Antrag. Wenn oben auf Ihrem Antrag nicht „20. Wahlperiode“ stehen würde, Herr Oppositionsführer, könnte man meinen, das, was da steht, stamme aus Ihrer ersten Amtszeit.

Ich will einen Satz daraus zitieren, den Sie aber nicht an die Bundesregierung richten sollten, sondern an sich selbst. Denn: Nach Ihrem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, „ihren gefährlichen Schlingerkurs in der Russlandpolitik zu beenden“. Aber der bayerische Ministerpräsident hat sich ganz anders geäußert, als Sie das in Ihrem gemeinsamen Antrag von CDU und CSU hier eingebracht haben. Bei Herrn Söder ist es

wahrscheinlich eine Frage der Uhrzeit, was gerade gilt, was seine Position angeht.

Nun mag man Ihnen, lieber Kollege Wadehul, Ihre Rollenfindung zugutehalten. Aber wenn Sie gestern mit uns gegen Waffenlieferungen und heute für Waffenlieferungen sind: Wofür sind Sie dann eigentlich morgen? Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn es um Krieg und Frieden geht, ist eine solche Schaukelpolitik gefährlich.

Zum Glück sitzen weder Herr Merz noch Herr Söder im auswärtigen Amt und im Kanzler-

amt, sondern Olaf Scholz und Annalena Baerbock, und das ist gut so.

Gute Außenpolitik braucht Verlässlichkeit, Disziplin und ein felsenfestes Wertefundament. Genau das haben der Bundeskanzler und Sie, Frau Außenministerin, in den letzten Wochen in Kiew, in Moskau, in Brüssel, in Washington vorzüglich bewiesen. Herzlichen Dank dafür. Übrigens: Der Bundeskanzler ist entschuldigt, weil er die baltischen Staaten gerade über seine Gespräche in Moskau informiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Einigkeit der Alliierten, Zurückhaltung bei der öffentlichen Kommunikation und Geduld für Diplomatie: Zur Professionalität gehört es übrigens auch, dass Diplomatie nicht in Interviews betrieben wird, sondern hinter verschlossenen Türen. Die Schachspieler unter Ihnen sollten wissen: Wer die nächsten fünf Züge vorher ankündigt, der verliert wahrscheinlich die Partie. Das ist nicht schlau – transparent ja, aber nicht schlau.

Bundeskanzler Scholz hat im Sinne einer wertebasierten und realitätsbezogenen Außen- und Sicherheitspolitik genau das Richtige gesagt: Für uns in Deutschland und Europa kann es nachhaltige Sicherheit nicht gegen Russland, sondern nur mit Russland geben. – Entsprechend hat sich übrigens auch der französische Staatspräsident Macron geäußert. Im Koalitionsvertrag heißt es: Eine konsistente europäische Politik gegenüber Russland muss die unterschiedlichen Perzeptionen von Bedrohung einbeziehen. – Rolf Mützenich hat recht: Man muss die russischen Positionen nicht teilen, um diese Perspekti-

ven nachvollziehen zu können. Natürlich haben sich die Verhältnisse gegenüber der Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel geändert. Was sich aber nicht geändert hat, sind Geschichte und Geografie.

In den letzten Tagen war auch von den richtigen Lehren die Rede, die wir zu ziehen hätten. Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg angezettelt, halb Europa verwüstet und war verantwortlich für das monströse Verbrechen des Holocausts mit Millionen von Opfern in Polen, Russland, der Ukraine und in vielen anderen Ländern. Nach 1945 wurden wir wieder in die Völkerfamilie aufgenommen. Wir haben wie kein anderes Land vom Frieden in Europa profitiert. Natürlich müssen wir Verantwortung für Sicherheit und Frieden übernehmen; aber das kann doch nicht heißen, dass Deutschland ein Lieferant von Waffen in Krisengebiete wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nein, Deutschland hat eine andere Rolle. Wir müssen mehr als jeder andere für Frieden kämpfen. Wir müssen mehr als jeder andere die Ukraine wirtschaftlich unterstützen. Wir müssen mehr als jeder andere vom Normandie-Format über die OSZE bis hin zu Minsk alles, aber auch wirklich alles dafür tun, dass die Diplomatie Erfolg hat. Das heißt: Ausgleich berechtigter Interessen auf der Basis von Menschenrechten, Demokratie, Souveränität und territorialer Integrität der Staaten Europas.

Die Bundesregierung handelt geeint und im Einklang mit unseren Verbündeten. Joe Biden hat bei der Pressekonferenz mit Olaf Scholz in Washington gesagt, dass es keinerlei Zweifel an der Zuverlässigkeit der deutschen Bundesregierung gäbe. Was sagt der Op-

positionsführer? Das zeige die Zweifel an der deutschen Bundesregierung. Ich bewundere Ihre dialektischen Fähigkeiten, Herr Kollege Merz. Ich will gar nicht wissen, was Sie gesagt hätten, wenn Herr Biden das nicht erwähnt hätte – wahrscheinlich das Gegenteil.

Es ist doch klar: Sollte es zu einer militärischen Eskalation kommen, müsste Russland einen hohen Preis zahlen. Dann würden die westlichen Alliierten gemeinsam, schnell, geeint und hart handeln. Aber bevor nichts mehr geht, heißt es für uns immer wieder: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln, als eine Minute schießen.“ Das hat übrigens ein kluger sozialdemokratischer

Altkanzler gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in Moskau zur Frage einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine betont, diese Frage stehe auf absehbare Zeit

nicht auf der Tagesordnung. Es gehe darum, pragmatische Lösungen zu finden, die beide Seiten tragen können, ohne die Grundsätze aufzugeben. So hat es John F. Kennedy klugerweise in der Kuba-Krise gehalten. Das war die Logik der Ostpolitik, und das gilt auch heute, wenn es um Frieden und Krieg in Europa geht. Den Antrag der Union werden wir ablehnen.

Ja, lieber Olaf Scholz, es ist unsere verdammte Pflicht, für den Frieden einzutreten. Oder wie es Ihr Amtsvorgänger Willy Brandt formuliert hat: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts.“

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Friedrich Merz (CDU/CSU): Das hätte der Regierungssprecher nicht besser formuliert!)

**Gute Außenpolitik braucht Verlässlichkeit, Disziplin und ein felsenfestes Wertefundament.**

Dr. Alexander Gauland, AfD:

## Der Konflikt beruht auf geopolitische Interessen



Alexander Gauland (\*1941)  
Landesliste Brandenburg

Stellen wir uns einmal vor, wir schreiben das Jahr 2040, und Kanada hätte aus wirtschaftlichen Gründen eine Annäherung an China vollzogen und sei bereit, eine Militärkonvention abzuschließen und der chinesischen Flotte eine Basis auf Neufundland zur Verfügung zu stellen. Wären die USA noch eine Großmacht, würden sie die Monroedoktrin aufrufen und deutlich machen, dass eine fremde Macht auf dem amerikanischen Kontinent mit den Sicherheitsinteressen der USA unvereinbar ist. Wahrscheinlich würde China die USA darauf

hinweisen, dass Kanada souverän und frei sei, die Wahl seiner Militärbündnisse selbst zu bestimmen, und China nur friedliche Absichten hege. Großen Eindruck würde dieses Argument in Amerika wohl kaum machen. Denn es ist das eine, nach dem Völkerrecht ein theoretisches Recht zu haben, und das andere, in einer Staatenordnung, wie sie nun einmal ist und auch bleiben wird, seinen Platz mit Klugheit zu behaupten.

Auch wenn uns das ungerecht erscheint: Malta und China sind nun einmal nicht gleich an Gewicht und Macht. Daher ist es für Malta notwendiger als für China, seine Außenbeziehungen möglichst geschmeidig zu gestalten. Dazu gehört eben auch, mächtige Nachbarn nicht unnötig zu reizen.

Die Ukraine ist für Russland kein x-beliebiges Land, sondern Teil einer gemeinsamen Vergangenheit, wurzelnd in einer gemeinsamen Identität.

Auch geopolitisch ist Odessa in fremder oder gar feindlicher Hand für Russland nur schwer erträglich, ist es doch das unersetzliche Tor für den Handel mit dem Mittelmeerraum.

Es geht hier nicht um Werte oder Ideologie oder Regierungsform, sondern um Interessen. Es geht um Geopolitik. Das haben wir Deutschen leider verlernt. Deshalb wäre es klug, Lösungen zu finden, die für die Großmacht Russland annehmbar und für die Ukraine akzeptabel sind. Eine NATO-Mitgliedschaft dieses Landes ist es nicht, wohl aber ein wie auch immer garantierter

**Es geht hier nicht um Werte oder Ideologie oder Regierungsform, sondern um Interessen.**

neutraler Status, wie ihn in unterschiedlicher Weise Finnland und Österreich genießen.

Auch in der Außenpolitik kann manchmal ein Weniger ein Mehr sein und eine gesicherte Existenz zwischen

den Fronten heilsamer als ein unendlicher Konflikt. Ja, die Ukraine hat das Recht, ihre Bündnisse frei zu wählen. Doch



Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron sprechen sich für eine Deeskalation aus. © picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Hannibal Hanschke

wie sie davon im Angesicht ihrer Nachbarn Gebrauch macht, entscheidet über Erfolg und Misserfolg des noch jungen Staatswesens. Deshalb sollte der Westen alles vermeiden, was diese Krise zum Instrument eines billigen Triumphes über Russland macht, und der Ukraine dringend abraten, geopolitisch Teil des Westens zu werden.

Auf Dauer ist eine europäische

Friedensordnung nur mit Russland und niemals gegen seine Interessen zu verwirklichen. Den CDU/CSU-Antrag werden wir deshalb natürlich ablehnen. Beim Antrag der Linken werden wir uns enthalten; denn er enthält richtige Elemente.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Agnieszka Brugger, Bündnis 90/Die Grünen:

## Diese Krise ist das Resultat russischer Aggression



Agnieszka Brugger (\*1985)  
Landesliste Baden-Württemberg

Vor 20 Jahren, am 8. Februar 2002, lief in der „Tageschau“ folgende Meldung – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Präsident Putin lobt bei einem Treffen mit CDU-Chefin Merkel die guten deutsch-russischen Beziehungen. Für einen Beitritt

Russlands zur NATO sei die Zeit aber noch nicht reif.“

Aus heutiger Sicht erscheint das alles so unfassbar weit weg, viel weiter weg als 20 Jahre. Denn in diesen Tagen müssen wir uns ernsthaft die Frage stellen, ob der gleiche Wladimir Putin kurz davor ist, einen Befehl zu einem militärischen Großangriff auf unsere Freunde in der Ukraine zu geben, einen Befehl, der viele Verletzte und Tote zur Folge hätte. Da wird das internationale Recht sehr schnell nicht theoretisch, sondern sehr konkret. Ein solcher Angriff wäre aber auch eine Attacke auf unsere gemeinsam vereinbarte Friedensordnung auf unserem gemeinsamen Kontinent.

Wenn wir jetzt aber zurücksehen, was in diesen 20 Jahren passiert ist, dann gehört sicherlich auch die selbstkritische Frage dazu, ob nicht auch vonseiten der

europäischen Staaten, der USA, der NATO Chancen versäumt und Fehler begangen wurden: War es immer richtig, wie wir auf russische Gesprächsangebote reagiert haben? Haben wir sie vielleicht manchmal zu früh abgetan? War es klug, dass Präsident Obama Russland als Regionalmacht verspottet hat? Und hat uns der Streit um die Raketenabwehr am Ende unterm Strich wirklich mehr Sicherheit gebracht?

Aber, meine Damen und Herren, nichts davon rechtfertigt auch nur ansatzweise das, was wir in den letzten Jahren beobachten müssen: den Völkerrechtsbruch mit der Annexion der Krim, den Krieg in der Ostukraine und nun die Aufrüstung und Truppenkonzentration in Belarus, im Schwarzen Meer und an der Grenze der Ukraine.

So gehört für mich im Rück-

blick auch die Frage dazu, ob die alte Bundesregierung in den letzten Jahren nicht zu wenig klar und nicht konsequent genug war, als wir eigentlich schon lange erkennen konnten und mussten, dass Wladimir Putin eine Demokratie zu einer Autokratie umbaut, dass er nicht davor zurückschreckt, mutige Stimmen für die Freiheit mundtot zu machen, und seine Machtanprüche immer wieder eiskalt mit militärischen Mitteln durchsetzt. Diese Aggressionen des Kreml der letzten Jahre im Inneren und nach außen sind auch kein Ausdruck von Stärke, sondern sie stehen für eine Antwort der Angst – Angst vor Werten wie Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie und ihrer Strahlkraft.

Meine Damen und Herren, ich bin es auch wirklich leid, immer wieder von der „Ukraine-Krise“ zu lesen. Diese Krise ist nicht von der Ukraine mitverursacht. Sie ist auch nicht von der NATO ausgelöst, sondern sie ist das Ergebnis

russischer Aggression. Es ist der Versuch, mit Militär geopolitische Einflussphären über die Köpfe unserer mittel- und osteuropäischen Partner hinweg durchzusetzen. Einer solchen Haltung, die die Rechte unserer Freunde mit Füßen tritt und unsere gemeinsame europäische Friedensordnung zerstört, werden wir uns gemeinsam entschieden entgegenstellen.

Vor diesem Hintergrund wird unsere Solidarität mit der Ukraine nur noch größer, nehmen wir die Sorgen unserer mittel- und osteuropäischen Partner umso ernster. Daher ist es

richtig, die Präsenz in Litauen zu verstärken und die wirtschaftliche, sicherheitspolitische Unterstützung für die Ukraine weiter auszubauen.

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen danken, dass Sie in dieser schwierigen Lage nicht nur beschlossen haben, das deutsche Personal in der OSZE-Mission zu belassen, sondern dass Sie jetzt sogar prüfen, es zu verstärken. Ich

**Leider können wir noch keine echte Entspannung der Lage beobachten.**

glaube, das ist ein wichtiges Zeichen.

Ich danke Ihnen und dem Bundeskanzler, dass Sie all diese Werte, all diese Überzeugungen und das internationale Recht mit Klarheit verteidigt haben auf Ihren Reisen, die zu Recht in Kiew und nicht in Moskau begannen, und in so vielen Gesprächen und Begegnungen mit unseren Verbündeten in Europa und über den Atlantik hinweg.

Mit ebenso großer Klarheit lässt die Bundesregierung aber auch keinen Zweifel daran, dass eine weitere russische Aggression und ein erneuter militärischer Angriff auf die Ukraine mit sehr harten wirtschaftlichen und politischen Sanktionen beantwortet wird und dass dabei alles auf dem Tisch liegt

– ja, auch Nord Stream 2. Der Kreml müsste und würde eine solche Attacke bitter bereuen.

Meine Damen und Herren, diese Drohung steht nicht im Raum, um zu eskalieren, sondern sie steht im Raum, um die Gefahr abzuwenden und dafür zu sorgen, dass die Konflikte – und sie sind groß – mit Worten und nicht mit Waffen ausgetragen werden. Unsere Einigkeit und unsere Entschiedenheit sind unsere größten Stärken in dieser Auseinandersetzung. Einer der größten Gefallen, die wir Wladimir Putin tun könnten, wäre, sie zu zerreden und uns spalten

zu lassen, und diesen Gefallen dürfen wir ihm nicht tun.

Leider können wir noch keine echte Entspannung der Lage beobachten; die Situation bleibt brandgefährlich. Es ist jetzt an Präsident Putin, glaubwürdige Belege für den angekündigten Truppenabzug zu liefern. Leider lesen wir ja heute von anderen Hinweisen. Aber wir nehmen auch sehr aufmerksam wahr,

**Der Kreml müsste und würde eine solche Attacke bitter bereuen.**

wenn er bei der Pressekonferenz mit Bundeskanzler Scholz ankündigt, über die Antworten und Kooperationsangebote, die die NATO für ein echtes Mehr an Sicherheit,

für Transparenz, für Rüstungskontrolle gemacht hat, sprechen zu wollen. Dieser Gesprächsfaden wird ganz sicher nicht von unserer Seite abreißen.

Meine Damen und Herren, in Russland leben über 144 Millionen Menschen, mit denen wir in guter Nachbarschaft leben wollen. Zu ihnen gehören aber auch die kritische Journalistin, die Nachfragen stellt und Korruption aufdeckt, der Bürger, der bei Unregelmäßigkeiten bei der Wahl auf die Straße geht, der Mitarbeiter der renommierten Menschenrechtsorganisation Memorial, die verboten wurde. Wir wissen: Langfristige Sicherheit in Europa kann es nicht geben, sondern nur mit Russland geben, aber auf der Basis des Völkerrechts und der Menschenrechte.

Es gäbe so viele wichtige Themen wie Klimaschutz, Rüstungskontrolle, globale Gesundheit, wo wir eigentlich zusammenarbeiten könnten und müssten. So weit unsere Hand zur Kooperation mit den Menschen in Russland ausgestreckt ist, so hart werden aber die Konsequenzen sein, wenn Präsident Putin unsere europäische Friedensordnung, unsere Freundinnen und Freunde in der Ukraine angreift und andere Staaten bedroht. Das ist unsere klare gemeinsame Botschaft: über den Atlantik hinweg und aus der Mitte Europas heraus.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Gregor Gysi, Die Linke:

## Warum billigen Sie Putin keinen Sicherheitsabstand zu?



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis Berlin-Treptow-Köpenick

Es ist immer die Rede von der Gefahr des ersten heißen Krieges nach Ende des Kalten Krieges in Europa. Aber das ist falsch. Den ersten heißen Krieg führte die NATO gegen Serbien, und zwar auch noch völkerrechtswidrig.

Wir sind uns aber einig, dass es keinen zweiten heißen Krieg in Europa geben darf. Die Regierung verlässt sich gerne auf Informationen der US-Geheimdienste, ich mich nicht. Ich erinnere daran: Der Grund für den Irakkrieg – laut US-Geheimdiensten und übrigens auch mithilfe des BND – bestand darin, zu sagen, dass der Irak unter Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge. Später wurde gesagt: Nö, die hatten keine. – Das heißt, die Begründung des Kriegs war ungläubwürdig und der Krieg damit völkerrechtswidrig.

Und jetzt haben die US-Geheimdienste gesagt, dass bis gestern russische Truppen in die Ukraine einmarschieren werden. Sie sind aber nicht einmarschiert. Ich glaube, mein Misstrauen ist

berechtigter als Ihr fester Glaube an diese Geheimdienste. Sie werfen Russland eine Völkerrechtsverletzung durch die Annexion der Krim vor, und zwar zu Recht. Das stimmt. Deshalb gibt es ja auch tiefgreifende Sanktionen gegen Russland.

Nur, die zwei von mir genannten Kriege, einmal von der NATO und einmal von einem wichtigen Mitglied der NATO, waren völkerrechtswidrig. In der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10. Juni 1999 – sie gilt heute noch – steht, dass das Kosovo eine hohe Autonomie benötigt, aber Bestandteil Serbiens bleiben muss. Dann hat die NATO gesagt: Das interessiert uns nicht, wir trennen das Kosovo ab. – Das NATO-Mitglied Türkei hat nicht nur seine Truppen nahe der Grenze Syriens

aufgestellt, sondern ist völkerrechtswidrig einmarschiert.

Natürlich darf B nicht stehlen, weil A schon gestohlen hat. Aber wie kommen Sie darauf, dass A sich moralisch derart meilenweit über B stellen darf? Die NATO ist nicht der moralische Gott gegenüber Russland wegen einer Völkerrechtsverletzung, nachdem sie selbst oder Mitglieder der NATO vorher schon so oft das Völkerrecht verletzt haben.

Nur: Der Westen muss bei Völkerrechtsbruch keine Sanktionen fürchten, Russland schon. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Russland fordert einen Sicherheitsabstand, der den USA immer zugebilligt wird. Ich wiederhole: Niemals würden die USA schwerbewaffnete russische Soldaten auf Kuba und in Mexiko zulassen. Wa-

rum billigen Sie Putin keinen Sicherheitsabstand zu? Ich verstehe es nicht.

Putin steht auch unter Druck. Und wissen Sie auch, weshalb? Durch den Zerfall der Sowjetunion wurden 27 Millionen Russinnen und Russen von einem Tag auf den anderen zu Ausländerinnen und Ausländern. Von einer Mehrheit wurden sie zu einer Minderheit. Und ihnen werden keine gleichen Rechte und keine Chancengleichheit gewährt. Das fängt schon an bei der Staatsbürgerschaft. Viele haben kein Wahlrecht, und die vorhergehende Regierung hat nicht einmal dafür gesorgt, die diplomatischen und anderen Beziehungen zu nutzen, um Chancengleichheit und Gleichberechtigung gerade für diese Russinnen und Russen herzustellen. Das werfe ich ihr vor, wie den anderen westlichen Regierungen auch.

**Der Westen muss bei Völkerrechtsbruch keine Sanktionen fürchten, Russland schon.**

Sie sagen, Russland denke in alten Kategorien von Einflussphären. Aber es war doch die NATO, die entgegen einem Versprechen von 1990 14 Staaten aus Ost- und Mitteleuropa aufnahm, also die eigene Einflussphäre deutlich erweiterte. Die NATO denkt in den alten Blockkategorien: Der Westen gegen Russland und China. Übrigens hat Russland nach Herstellung der deutschen Einheit über 100 000 Soldaten aus Deutschland abgezogen. Die Bundesregierung dagegen hat immer mehr Soldaten in andere Länder entsandt. Ich nenne beispielhaft nur Litauen, Mali, Kosovo. Der US-Politologe John Mearsheimer sagt jetzt: „Die NATO hat mit dem Feuer gespielt und sich verbrannt.“ Natürlich

kann jedes Land im Rahmen seiner Souveränität selbst entscheiden, ob es Mitglied der NATO werden will oder nicht; aber die NATO muss ja nicht jedes Land aufnehmen.

Die CDU-Forderung nach Geschlossenheit des Westens ignoriert die vorhandenen Interessengegensätze zwischen den USA und Europa. Die USA und wenige europäische Staaten und auch die Grünen wollten ja nie Nord Stream 2. Und man darf die jetzige Situation nicht missbrauchen, um dieses Ziel auf anderem Wege zu erreichen.

Übrigens frage ich mich, was die USA Nord Stream 2 angeht. Also, wir müssen weg von der Konfrontation, von Sanktionen, von Aufrüstung und Eskalation. Wir brauchen das Gegenteil. Europäische Sicherheit gibt es weder ohne noch gegen Russland.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD)



Abgeordnete aller Fraktionen debattierten vergangenen Donnerstag über die Haltung des Westens zur aktuellen Politik Russlands.

© picture alliance / Geisler-Fotopress

Ulrich Lechte, FDP:

## International stehen wir als Nato-Verbündete zusammen



Ulrich Lechte (\*1977)  
Landesliste Bayern

Von der Diktatur zur Freiheit; sprich: wieder zur Sache.

Wir alle sind ja bestimmt sehr erleichtert über die letzten Entwicklungen in der Russlandkrise. Seit dem Besuch unseres Bundeskanzlers Scholz in Kiew und Moskau gibt es erste Zeichen der Entspannung. Die Krise ist damit zwar noch lange nicht vorbei, aber die Lage sieht doch weniger bedrohlich aus als noch vor wenigen Tagen. Der für gestern vorhergesagte Einmarsch hat Gott

sei Dank nicht stattgefunden. Das zeigt aber auch, dass unser Kurs in der Russlandpolitik der richtige war.

Wir haben nämlich auf das richtige Verhältnis von Diplomatie und Abschreckung gesetzt. Wir haben gleichzeitig Gesprächsbereitschaft und Härte gezeigt. Denn alle Optionen lagen und liegen auf dem Tisch. Und was am Wichtigsten war: Wir haben gezeigt, dass wir als NATO-Verbündete zusammenstehen und uns nicht auseinandertreiben lassen; denn das war ja das Hauptziel von Putin. Er wollte Zwietracht zwischen uns säen und sehen, wie weit er damit kommt. Aber wir haben ihm die Grenzen aufgezeigt. Wir haben deutlich gemacht, dass seine Forderungen nach angeblichen Sicherheitsgarantien nichts mit Sicherheit zu tun haben, Herr Kollege Gysi,

sondern völlig aus der Zeit gefallene Forderungen nach Einflusssphären sind, die mit unserer heutigen regelbasierten Weltordnung nicht vereinbar sind.

Putin – und offensichtlich auch die Ränder des Hauses – wünscht sich offenbar eine Zeit zurück, in der es noch die Sowjetunion gab und man von Moskau aus den Sowjetrepubliken die Politik diktieren konnte. Aber diese Zeiten sind vorbei. Herzlich willkommen im 21. Jahrhundert! Es ist Russland und ausschließlich Russland, das seine eigenen Sicherheitsgarantien gegenüber der Ukraine gebrochen hat. Im Budapester Memorandum von 1994 hat sich

Russland gegenüber der Ukraine völkerrechtlich verpflichtet, die Souveränität und die Grenzen der Ukraine zu achten. Mit der Annexion der Krim und der Intervention im Donbass hat Russ-

**Wir haben auf das richtige Verhältnis von Diplomatie und Abschreckung gesetzt.**

land genau diese Verpflichtungen verletzt und das Völkerrecht gebrochen – Punktum, Feierabend.

Die Ausführungen von Putin am Dienstag dazu, er hätte einen Völkermord verhindern wollen, so wie die NATO damals einst im Kosovo, sind hanebüchener, geschichtsvergessener Unsinn. Wir als Freie Demokraten sind Bundeskanzler Scholz dankbar, dass er diesen grotesken Aussagen von Putin sofort und unmissverständlich widersprochen hat.

Meine Damen und Herren, international stehen wir als NATO-Verbündete zusammen und haben Putin die Grenzen aufgezeigt. Diese Einigkeit besteht auch weitgehend innenpolitisch. Nur am rechten und linken Rand dieses Hohen Hauses gibt es ja bekanntlich ein paar viele Putin-Versteher. Das sieht man erneut an den Anträgen von AfD und Linken und auch am Klatschverhalten heute. Die AfD hat keine Ahnung von Völkerrecht, und Die Linke möchte die Schuld an der Russlandkrise der Ukraine und der NATO zuweisen, obwohl doch sonnenklar ist, dass russische Truppen in der Ukraine stehen und nicht umgekehrt.

Mit der CDU/CSU besteht eigentlich weitgehend Einigkeit über die Russlandpolitik, zumindest mit den Fachleuten. Kollege Hardt zum Beispiel ist da immer sehr eindeutig. Ich habe am

Dienstag den Kollegen Merz, der immerhin Partei- und Fraktionsvorsitzender ist, so verstanden, dass die Außenpolitik für die Union eigentlich kein Angriffspunkt für die Oppositionsarbeit sei, weil die Ampel da sehr verantwortungsvoll agiert.

Dieser Antrag, den Sie hier und heute vorlegen, ist offenbar vor dieser Aussage Ihres neuen Chefs entstanden. Beim Titel „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“ sind wir uns ja einig; haben wir genau gemacht. Aber wenn Sie der Bundesregierung einen gefährlichen Schlingerkurs vorwerfen, dann verlassen Sie selbst diese Geschlossenheit des Westens und der NATO und fahren offenbar selbst einen Schlingerkurs; tut mir leid.

Anscheinend müssen Sie sich auch hier grundlegend in der Opposition sortieren und finden. Aber jetzt seid ihr ja unter neuer Führung. Schauen wir mal; das wird dann schon.

Kurzum: Wir werden alle drei Anträge heute ablehnen. Die Russlandpolitik der Ampel ist gut und richtig, und das haben die letzten Tage auch gezeigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Hardt, CDU:

## Wir haben einen kritischen Blick auf die Russlandpolitik



Jürgen Hardt (\*1963)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich möchte meine Redezeit nutzen, den einen oder anderen Aspekt anzusprechen, der in dieser Debatte vielleicht noch nicht so benannt worden ist. Ich fand es sehr bemerkenswert, zu sehen, wie der Kollege Uli Lechte für die FDP windig einen tiefen Tunnel gebuddelt hat, um zu sagen, warum die FDP unserem Antrag nicht zustimmen kann. Ich glaube, Sie wür-

den sich nicht vertun, wenn Sie dem Antrag zustimmen würden; denn er ist eine gute Bestandsaufnahme unserer aktuellen Situation in Bezug auf Russland und ein wirklich konstruktiver Beitrag zur Auseinandersetzung. Deswegen glaube ich, dass das ein ausgezeichneter Antrag ist.

In dieser Debatte fehlt der Bundeskanzler. Er hat sich mit wichtigen außenpolitischen Terminen entschuldigt. Ich möchte an dieser Stelle dennoch darauf hinweisen, dass wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsere Bundeskanzlerin immer dazu gebracht haben, dass sie vor wichtigen EU-Gipfeln, vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen hier vor dem Deutschen Bundestag oder zumindest vor dem Europaausschuss einen entsprechenden Bericht abgibt. Wir haben uns damit keine Freunde im Kanzleramt gemacht, weil das natürlich immer schwierig ist für diejenigen, die die Termi-

ne organisieren müssen; aber wir haben es immer hinbekommen. Ich kann Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, nur ermutigen, das auch bei Ihrem Kanzler einzuklagen. Wir hätten in dieser Woche mit Sicherheit einen Zeitpunkt gefunden, wo der deutsche Bundeskanzler im Bundestag über seine Russlandpolitik Rechenschaft ablegt.

Ich hätte zum Beispiel auch eine Frage zu Nord Stream 2. Das ist ja nun wirklich in den Augen vieler unserer mittel- und osteuropäischen Partner total wichtig. Der amerikanische Präsident hat in der Pressekonferenz mit Olaf Scholz in Washington gesagt: Wenn Russland in der Ukraine einmarschiert, werden wir das beenden.

Ich hätte den deutschen Bundeskanzler gerne gefragt: War das „wir“ ein Ergebnis des Gesprächs? „Wir“: Olaf Scholz und ich; die beiden standen ja da.

Dann hätte Olaf Scholz auch sagen können: „I agree with Joe“, und wir hätten gewusst, wo wir stehen. Oder war das „wir“ bezogen auf Amerika: „Wir, Amerika, werden das beenden“? Dann würde das auf einen Dissens zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten hinweisen. Das hätte ich zum Beispiel gerne gewusst. Allein die Frage bleibt jetzt unbeantwortet; jeder mag sich einen Reim darauf machen.

Dann finde ich in dieser Debatte die 2 G sehr bemerkenswert: Gysi und Gauland, vereint an der Seite Russlands gegen den Rest des Hauses. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir hier im Deutschen Bundestag in der Opposition diametral unterschiedliche Auffassungen über die richtige Russlandpolitik haben und dass wir deshalb, so wie es mein Kollege Wadepful ja auch dargelegt hat, der deutschen Bundesregierung nur viel Erfolg und viel Kraft wünschen können, in dieser schwierigen Zeit für uns alle diese Kuh vom Eis zu holen und einen Beitrag zur Befriedung der Situation zu leisten.

Dann möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch mal auf die Wanderlegende einzugehen, die vielfach, gerade eben wieder von

Herrn Gysi, vorgetragen wird, es hätte eine Zusage gegenüber Russland gegeben, die NATO würde sich nicht nach Osten erweitern. Ich bitte Sie jetzt mal, mit mir ein kleines Gedankenexperiment zu machen. Halten Sie es wirklich für plausibel, dass der Generalsekretär der KPdSU und Chef der Sowjetunion mit seinem Außenminister im September 1990 die Vertreter des Westens zur Seite nimmt und sagt: „Aber eins ist ja wohl klar: Wenn die Sowjetunion auseinanderbricht und einzelne ehemalige Sowjetrepubliken unabhängig werden, dann werdet ihr doch verhindern, dass die in die NATO kommen“? Ich halte das für so absurd, dass ein Generalsekretär der KPdSU zu diesem Zeitpunkt überhaupt an die Möglichkeit gedacht hätte, dass das eintreten könnte. Deswegen glaube ich schlicht nicht, dass das überhaupt Thema war. Es ging um Ostdeutschland; aber es ging eben nicht um den Rest Mittel- und Osteuropas. Ich möchte diesen Punkt weiterführen und fragen: Warum soll denn der KPdSU-Generalsekretär im November 1990 die Charta von Paris unterschreiben, wo explizit die freie Bündniswahl drinsteht? Warum soll ein Präsi-

dent beziehungsweise Ministerpräsident Putin bei jeweiligen Jahrestagen der feierlichen Unterzeichnung der Charta von Paris genau dieses Ergebnis gemeinsamer

europäischer Friedenspolitik feiern, anstatt dort an dieser Stelle zu reklamieren, dass man eine andere Sicht hat? Das ist eine komplette Umdeutung der Realität, die ein-

fach nur Sand in die Augen der Menschen streuen soll, die einen realistischen, kritischen Blick auf die Russlandpolitik haben, und den werden wir uns als Opposition

bewahren. Ich kann uns nur alle auffordern, jeden Politiker in Deutschland, jeden Abgeordneten in Deutschland, dass wir uns diesen kritischen Blick bewahren, da-

mit wir in Europa den Frieden bewahren und nicht ins Unglück reisen. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Axel Schäfer, SPD:

## Frieden in Europa kann es nur gemeinsam mit Russland geben



Axel Schäfer (\*1952)  
Wahlkreis Bochum I

Das Wichtigste in dieser Debatte an dem heutigen Tag ist, dass die sehr große Mehrheit in diesem Hause sich einig ist, dass wir alles tun müssen, um den Frieden in Europa zu erhalten, und dass wir das partnerschaftlich tun müssen, natürlich mit der Ukraine, natürlich auch mit Russland. Was der Bundespräsident am Sonntag bei seiner Wiederwahl in unüberbietbarer Klarheit aus-

geführt hat, das wird von der großen Mehrheit dieses Hauses hier geteilt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb richte ich hier auch von meiner Seite noch mal den Dank an den Bundeskanzler, an die Bundesaußenministerin und an alle, die sich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten immer wieder engagiert haben. Das hat oft nicht vor Kameras stattgefunden und war nicht ständig sichtbar.

Ich finde es schon fair, dass Sie, Kollege Wadephul und Kollege Hardt – wir haben auch schon sehr lange miteinander zu tun –, das ausdrücklich loben. Ich verstehe aber auf der anderen Seite die Intention dieses Antrages nicht, in dem es letztendlich darum geht, diese Politik zu diskreditieren, indem man von „Schlingerkurs“ spricht, obwohl wir uns hier als SPD, als Grüne und als FDP geradlinig und geschlossen verhalten haben.

Ich will aber auch einmal darlegen, worum es bei der Solidari-

tät mit der Ukraine – der Botschafter ist ja anwesend – ganz konkret geht: Meine Stadt Bochum hat seit 30 Jahren eine Partnerschaft mit Donezk. Seit 30 Jahren kämpfen wir dafür, dass die Kinderklinik vor Ort mit Medikamenten und anderen Hilfen für leukämiekranke Kinder gut versorgt wird. Die Überlebenschancen der ganz Kleinen sind von nur 5 Prozent auf mittlerweile über 80 Prozent gestiegen. Das ist Solidarität, Partnerschaftlichkeit und zeigt vor allen Dingen langjährige Verlässlichkeit.

Es blutet mir wirklich das Herz, zu sehen, dass es zurzeit durch die Situation, die Russland im Donbass zu verantworten hat, und auch aufgrund bürokratischer Schwierigkeiten in Kiew, fast unmöglich ist, das durchgehend fortzusetzen. Ich danke der Organisation „Dr. Lisa“ in Moskau ausdrücklich, die dabei behilflich ist, dass die Medikamente – die überlebensnotwendigen

Medikamente – tatsächlich immer noch in Donezk ankommen.

Was Russland anbelangt: Es gibt nur Frieden in Europa mit Russland. Es gibt auf der anderen Seite eine Notwendigkeit des Zusammenspiels, die wir als Westen – das heißt konkret die Europäische Union, die NATO und als wichtiger Teil wir Deutsche – jetzt aufgezeigt haben. Sagen wir es einmal offen: Dieses Zusammenspiel ist jetzt viel stärker als zum Beispiel beim großen westlichen bzw. NATO- oder innereuropäischen Konflikt im Irakkrieg. Das ist doch ein wichtiger Fortschritt. Es war übrigens damals gut, dass wir als deutsche Bundesregierung, damals Rot-Grün, nicht gefolgt sind und uns nicht beteiligt haben. Das ist auch eine wichtige Erfahrung, auf die wir heute noch einmal hinweisen müssen; denn Geschichte und „Demokratie“ – das hat Kurt Schumacher gesagt – ist auch „eine Frage des guten Gedächtnisses“.

Was bedeutet das für die Praxis? Ich bin für das Russland-Monitoring im Europarat zuständig,

Nein, ich vertrete Deutschland, die sozialdemokratische Fraktion, und meine Kollegin Ria Oomen-Ruijten vertritt die Niederlande, die Christdemokraten. Wir sind im Vorgehen ganz eng beieinander. Wir werden in Kürze wieder in Moskau sein, und wir werden dort natürlich mit der Regierung, mit dem Gerichtshof, mit Oppositionsgruppen, mit Journalistinnen und Journalisten reden und darauf beharren, dass die Dinge, die Russland in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Antidiskriminierung zugesagt hat, auch umgesetzt werden. Dafür stehen wir. Dafür ist es wichtig, dass wir als Deutsche in den europäischen Institutionen engagiert sind. Vieles läuft dort parteiübergreifend. Das ist unsere Linie.

Die Linie des Antrags der CDU/CSU-Fraktion können wir nicht mittragen. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Eugen Schmidt, AfD:

## Gute Beziehungen zu Russland sind unverzichtbar



Eugen Schmidt (\*1975)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Chotjat li russkie wojnyj? – Wollen die Russen Krieg? Das sind die Worte aus einem bekannten russischen Lied. Die Antwort ist einfach: Sicher nicht. Genauso wenig wie wir einen Krieg in Europa wollen.

Und was möchte die Union? In ihrem Antrag spricht sie von einem Dialog mit Russland. Doch der Inhalt offenbart das Gegenteil. Was in dem Antrag steht? Wolkige Propaganda nach dem Motto „Böse Russen, guter Westen“. Russland wird die alleinige Verantwortung für die aktuellen Spannungen zugeschrieben. Und? Steht ein russischer Angriff bevor? Gestern sollte doch schon wieder einer stattfinden. Aber: wieder nicht.

Tatsächlich hat sich der Westen über Jahrzehnte arrogant über russische Sicherheitsinteressen hinweggesetzt. Der Westen wollte nicht einmal ernsthaft darüber sprechen. Ja,

nun reagiert der russische Bär gereizt. Russland wird vorgeworfen, die Grenzen anderer Staaten zu missachten. Das kann man so sehen. Auf der anderen Seite hat die NATO mit deutscher Beteiligung 1999 Serbien angegriffen. Sie erinnern sich: der erste Angriffskrieg, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von deutschem Boden ausging – befohlen von einer rot-grünen Regierung. Damals, im Kosovokonflikt, wurde mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker argumentiert. Doch bei der Krim und im Donbass gilt dieser Grundsatz offenbar nicht. Doppelmoral wird hier zum Markenzeichen der Union.

**Russland wird die alleinige Verantwortung für die aktuellen Spannungen zugeschrieben.**

Die Union stellt Nord Stream 2 infrage und somit unsere sichere Gasversorgung. Wiegen die Interessen der USA schwerer als die des deutschen Volkes? Es wäre verantwortungslos, Waffen in diese Region zu schicken. Der politische Ansatz von CDU und CSU widerspricht den nationalen und wirtschaftli-

chen Interessen unseres Landes.

Gute Beziehungen zu Russland sind für den Frieden und den Wohlstand auf unserem Kontinent unverzichtbar. Wir lehnen den Antrag der Unionsfraktion ab. Chotjat li russkie wojnyj? Njet.

(Beifall bei der AfD)



Außenministerin Baerbock besuchte Anfang Februar den Ort Schyrokynye an der Konfliktlinie am Donbass. ©picture alliance/dpa | Bernd von Jutrczenka

Robin Wagener, Bündnis 90/Die Grünen:

## Unsere Aufmerksamkeit muss den Zivilgesellschaften gelten



Robin Wagener (\*1980)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, es ist doch eine groteske außenpolitische Fehlwahrnehmung, die ich bei Ihnen immer wieder beobachten muss, wenn Sie die Ukraine und die NATO für die außenpolitischen Aggressionen Russlands und die Truppenkonzentration verantwortlich machen wollen. Was glauben Sie eigentlich, wie Sie Ansprechpartner für Fragen von Dekolonialisierung und Antiimperialismus sein können, wenn Sie so vollkommen blind sind für die fortwährenden imperialen Aggressionen und fortwährenden Völkerrechtsverletzungen Russlands?

Am schlimmsten – und das wird in Ihrem Antrag deutlich – und am gefährlichsten für den aufrichtigen demokratischen Diskurs hier im Hause ist: Ihr Antrag formuliert gezielte Desinformation, wenn Sie schreiben, dass die Ukraine über 100 000 Soldaten und schwere Waffen an der Frontlinie im Donbass zusammenzieht. Das sind Informationen, die Sie vielleicht von Russia Today haben, aber nicht aus den Monitoringberichten der OSZE. Sie konstruieren den Vorwurf eines schwerwiegenden Bruchs des Minsker Abkommens, den es aufseiten der Ukraine in der Form nicht gibt. Ich frage mich, ob Sie eigentlich wissen, wessen Spiel Sie da spielen, wenn Sie das machen.

Das zeigt, wie wichtig die objektiven Beobachtungen der OSZE vor Ort sind und welchen wichtigen Beitrag die OSZE zur Friedenssicherung leistet. Da schließe ich mich ausdrücklich dem Dank der Kollegin Brugger

an die Außenministerin an. Und: Liebe Linke, tun Sie sich noch einen weiteren Gefallen: Überwinden Sie endlich Ihre Obsession mit der NATO, und erkennen Sie die Tatsachen an! 2014 gab es keinen NATO-Maidan in der Ukraine; es gab einen Euromaidan. Die Menschen in der Ukraine sind auf die Straße gegangen, weil sie für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eingetreten sind und die Orientierung Richtung EU wollten. Das ist es, was die Menschen wollten. Das ist es, wogegen der Kreml seit 2014 mit voller Härte vorgeht.

Eine Integration der Ukraine in die NATO steht im Moment überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Es ist noch ein langer Weg dahin, aber wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, dann wird der Tag kommen, an dem die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine durch ukrainische Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten sind. Das ist und bleibt das Ziel, und daher wollen wir diesen Weg weiter beschreiten und an den Voraussetzungen arbeiten. Aber über dieses Ziel und diesen Weg wird nicht in Moskau entschieden, sondern in Kiew und in Brüssel und überall sonst in Europa.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Unionsfraktion. Der Antrag zeigt eine starke euroatlantische Allianz, die wichtig ist in diesen Fragen, und er zeigt auch, dass wir in wesentlichen Grundzügen eine große Übereinstimmung in diesem Haus haben, was die Antwort auf die russische Aggression angeht.

Erstens. Die Klarheit in Bezug auf Nord Stream 2, die Sie im Antrag formulieren, hätten wir uns auch schon in der letzten Legislaturperiode gewünscht, und die hätten wir uns auch von der früheren Bundeskanzlerin gewünscht. Dann wären manche Diskussionen vielleicht heute nicht so, wie sie sind.

Zweitens. Herr Wadehul, vielleicht erkundigen Sie sich auch mal bei den Menschen in der Ukraine und bei ukrainischen Militärs, wie dankbar sie dafür sind, dass die Bundesaußenministerin zu Besuch im Mi-

litärkrankenhaus war, wie dankbar sie dafür sind, dass mit deutscher Technik und mit deutscher Unterstützung verwundete Soldaten behandelt werden und dass wir ein neues mobiles Militärkrankenhaus dahin liefern, weil immer wieder – auch heute wieder – Krieg herrscht in der Ostukraine und immer wieder verwundete Soldaten behandelt werden müssen. Es ist grotesk, das nicht anzuerkennen. Da bin ich der Außenministerin sehr dankbar, dass sie mit ihrem Besuch in der Ostukraine ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hat.

Das Hauptproblem des Antrags ist – und das ist ein Problem, das wir insgesamt im Diskurs haben -: In Ihrem Antrag wird die Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft erst an zehnter Stelle erwähnt. Wir reden über taktische Bataillone, Haubitzen, Panzerverbände, Artilleriestellungen, Iskander-Raketen, Blutkonserven und

solche Dinge. Die außenpolitische Aggression des Kremels ist aber nur eine Facette der Machtsicherung des Apparats. Im Inland wird die Repressions-schraube immer enger gegen die demokratische Zivilgesellschaft angezogen. Auch darauf müssen wir trotz der Ablenkung durch militärische Aggression weiterhin einen aufmerksamen Blick haben. Wir müssen den Blick darauf werfen, wenn die individuelle Repression stattfindet durch Mordanschläge, durch willkürliche Haft und Terrorlisten; und da ist Alexej Nawalny nur ein trauriges prominentes Beispiel.

Wir müssen einen Blick haben auf die strukturelle Repression, wenn mit dem grotesken Vorwurf der ausländischen Agentenkennzeichnung wichtige Stimmen und Organisationen auf Dauer von der Bildfläche verschwinden sollen, was wir im Moment besonders deutlich bei Memorial sehen. Wir müssen den Blick darauf richten, wenn der Kreml die Deutsche Welle schließen lässt, nicht etwa wegen einer vermeintlichen Reaktion auf Dinge, die wir hier tun – was schon in medienrechtlicher Hinsicht Quatsch ist –, sondern weil jegliche unabhängige Berichterstattung in Russland unterdrückt

werden soll, weil man das Feindbild über den Westen aufbauen will und die Deutsche Welle dabei stört.

Wir müssen den Blick darauf richten und klar benennen, dass der Kreml ein diktatorisches Regime in Belarus unterstützt, das 1 061 politische Gefangene zu verantworten hat und kommende Woche mit einem illegitimen Referendum eine Pseudoverfassung ändern und gegen den Willen der Bevölkerung die Herrschaft zementieren will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Truppenaufmarsch schafft eine Diskursdominanz für den Kreml. Die Aggression richtet sich gegen die europäische Friedensordnung, und wesentlicher Teil dieser Friedensordnung ist das friedliche Zusammenleben der Völker. Den Zivilgesellschaften müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen. Sie und ihren Einsatz müssen wir unterstützen und damit eine neue strategische Widerstandsfähigkeit gegen Aggression und Autokratie entwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dr. Marcus Faber, FDP:

## Wir müssen benachbarte Demokratien unterstützen



Marcus Faber (\*1984)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Wladimir Putin hat seine modernsten Raketen- und Kampfflugzeuge nach Belarus verlegt. Die beiden Staaten führen dort derzeit das größte gemeinsame Manöver seit dem Zerfall der Sowjetunion durch. Knapp 150 000 russische Soldaten wurden an der ukrainischen Grenze konzentriert. Panzerlandungsboote warten im Schwarzen Meer auf ihren Auftrag. 140 Kriegsschiffe der Russischen Fö-

deration werden jetzt ihre Übungen im östlichen Mittelmeer, in der Nordsee und in anderen Regionen antreten.

Das alles ist viel, aber nicht deeskalierend. Die Situation ist sehr ernst, und so müssen wir sie auch behandeln. Ich habe die Hoffnung, dass wir hier zu einer geschlossenen Position kommen können, wenn wir uns auf zwei Prämissen einigen.

Die erste ist: Frieden ist besser als Krieg. Die zweite ist: Demokratie ist besser als Diktatur. Wenn wir uns darauf einigen können, habe ich die Hoffnung, dass wir uns auch darüber einig sind, dass wir nicht neutral sein können, wenn eine Diktatur ihrer benachbarten Demokratie mit Krieg droht. Wir haben eine moralische Verpflichtung für den Frieden in Europa, für Stabilität in Europa, und wir haben auch

eine moralische Verpflichtung, Demokratien in unserer Region zu unterstützen, meine Damen und Herren.

Die Lage ist leider ernst. Das ist nicht neu. Wir haben 2008 erlebt, wie das Regime Putin in Georgien einmarschiert ist. Wir haben 2014 erlebt, wie das Regime Putin die Krim besetzt und einen dauerhaften Konflikt in

**Knapp 150.000 russische Soldaten wurden an der ukrainischen Grenze konzentriert.**

der Ostukraine provoziert hat. Da ist es natürlich klar, dass wir den Aggressor auch jetzt ernst nehmen müssen, dass die Ukrainer das tun, dass auch die baltischen Staaten, unsere Bündnispartner, das tun. Wir

haben als größte Volkswirtschaft im Zentrum Europas die Verantwortung, das auch zu tun und unseren Beitrag zu leisten für Frieden und Stabilität in Europa. Wir haben dazu drei Möglichkeiten. Wir haben drei Mittel,



die wir einsetzen müssen:

Erstens. Wir müssen diplomatische Mittel nutzen, um zu deeskalieren. Deswegen bin ich dem Bundeskanzler und der Bundesaußenministerin sehr dankbar, dass sie diese Mission in den letzten Tagen umgesetzt und ernst genommen haben. Ich denke, da können wir den beiden als gesamtes Haus dankbar sein.

Zweitens. Wir müssen die wirtschaftliche Dimension nutzen. Wir haben auf der einen Seite die Möglichkeit, die Ukraine zu unterstützen. Wer investiert denn in einem Land, das

permanent von Krieg bedroht wird? Es ist ja gerade das Kalkül von Putin, hier wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand zu verhindern. Diese Dimension müssen wir nutzen. Wir müssen aber auch gegenüber Russland die Sanktionen klar benennen, damit wir sie nicht anwenden müssen, weil es nicht zu einer Invasion kommt.

Ein drittes Mittel kommt hinzu – mein Vorredner hat es schon erwähnt -: Alle Optionen müssen auf dem Tisch liegen. Das heißt auch, wer den Frieden in Europa bricht, indem er einen Krieg vom Zaun bricht, der zer-

stört die Grundlage für die Friedensordnung, der zerstört die Grundlage für die NATO-Russland-Grundakte.

Das ist die ernste Situation, in der wir sind. Deswegen finde ich es gut, dass die Unionsfraktion heute diesen TOP aufgesetzt hat. Ich bin allerdings nicht ganz so glücklich über die Anträge, die ich hier von der Opposition sehe. Von der Linkspartei bekommen wir viel Folklore und Russland-Verständnis; das ist nicht ganz neu. Die Allianz mit der AfD ist neu, und das ist eine interessante Beobachtung. Dass Sie kleineren Ländern die Souverä-

nität absprechen, ist zwar auch nicht neu, aber das finde ich wirklich einfach verantwortungslos.

Was mich allerdings wirklich überrascht hat, ist der Unionsantrag. Die Überschrift ist toll: „Geschlossenheit des Westens“; da sind wir alle beieinander. Aber Ihr mehrseitiger Forderungskatalog ist im Wesentlichen eine Auflistung der Versäumnisse, die Sie acht Jahre lang in der Regierungsverantwortung aufgetürmt haben – acht Jahre lang, seit der Invasion auf der Krim. Deswegen lege ich Ihnen nahe, sich zuerst mit Ihrem

eigenen Forderungskatalog zu beschäftigen, uns dann Ihr Ergebnis mitzuteilen und danach vielleicht diese Regierung, die noch keine 100 Tage im Amt ist, zu kritisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Johannes Huber, fraktionslos:

## Einen Flächenbrand in Europa verhindern



Johannes Huber (\*1987)  
Landesliste Bayern

Aus der Geschichte lernen bedeutet, die Geschichte anzuerkennen. Als jemand, der den Eisernen Vorhang aktiv miterlebt hat, fühlt sich der russische Präsident Putin durch die NATO-Osterweiterung entgegen mündlicher Absprachen betrogen. Aber Putin muss anerkennen, dass die Mitgliedstaaten nach 1997 dem Bündnis aus freier Selbstbestimmung beigetreten sind und der Warschauer Pakt nicht mehr existiert. Wenn Putin in seinen Vertragsentwürfen über Sicherheitsgarantien faktisch ein Ende der NATO fordert und die Stationierung jeglicher ausländischer Truppen in den 14 neuen Mitgliedstaaten untersagt, dann ist eine solche Garantie unrealistisch und nicht im deutschen Interesse.

Anders verhält es sich bei der Forderung, eine weitere Ausweitung der NATO auf Georgien und die Ukraine zu unterbinden. Dem Ersuchen des ukraini-

schen Präsidenten Selenskyj, den bis heute anhaltenden Bürgerkrieg in der Ostukraine mit einem NATO-Beitritt zu lösen, muss das Bündnis verbindlich eine Absage erteilen. Es liegt weder im deutschen noch im eurasischen Interesse, die NATO als Konfliktpartei in den ukrainischen Bürgerkrieg mit anderen – Stellvertreterkonfliktpartei: Russland – hineinzuziehen. Das wäre die Auslösung eines Flächenbrandes, den viele Bürger als dritten Weltkrieg befürchten.

Angesichts einer militärischen Niederlage der Ukraine im Falle einer russischen Invasion liegt es auch im ukrainischen Interesse, am Minsker Abkommen festzuhalten und das Normandie-Format auszubauen. Friedliche Verhandlungen ohne angelsächsische Beteiligung haben 2015 die ukrainische Armee vor einem Zusammenbruch gerettet. Wenn Kiew heute einen Krieg verhindern und obendrauf die vollständige Kontrolle über die Staatsgrenze wiederherstellen möchte, dann muss Selenskyj Punkt neun aus dem Minsker Abkommen umsetzen und mit den Vertretern der Oblaste Donezk und Luhansk regionale Wahlen und eine Verfassungsreform abstimmen. Von dieser Entscheidung über Dialog oder Konfrontation hängt ab, ob ganz Europa das Risiko eines Flächenbrandes eingeht oder nicht.

Vielen Dank.

**Aus der Geschichte lernen bedeutet, die Geschichte anzuerkennen.**

Dr. Nina Scheer, SPD:

## Energieversorgung darf kein Erpressungsinstrument sein



Nina Scheer (\*1971)  
Wahlkreis 10

Die Situation an der russisch-ukrainischen Grenze ist eine Bedrohung für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Insofern bin ich der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz, dankbar für die in den letzten Tagen erreichten Zeichen der Entspannung. Dies zeigt, dass es sich bewährt, auf Diplomatie zu setzen und sich nicht zu eskalierenden Schritten antreiben zu lassen. Das sage ich auch ausdrücklich in Richtung CDU/CSU. Herr Wade-Phill, es ist nicht auszumalen, wie sich die Lage entwickelt hätte, wenn etwa dem Ruf nach Waffenlieferungen nachgegeben worden wäre.

Jenseits der akuten Bedrohung – ich betone: jenseits -, die von den militärischen Aufmärschen Russlands ausgeht, gilt es, eine Betrachtung objektiver Sicherheitsinteressen aller Beteiligten im Kontext völkerrechtlicher Gegebenheiten in den Blick zu nehmen, natürlich auf der Seite der Ukraine, der EU und der USA, aber eben auch auf russischer Seite.

Wie Bundeskanzler Olaf Scholz in Moskau klargestellt hat, ist es für unsere Generation „unsere ver-

damtete Pflicht und Aufgabe“ – „verdammte“ wurde vielleicht aus dem Protokoll gestrichen, aber ich fand den Begriff griffig -, dass Krieg in Europa verhindert wird.

In diesem Sinne möchte ich aber auch noch auf eine weitere Bedrohungslage eingehen, die innerhalb dieses aktuellen Konflikts spürbar wird, aber auch über den Konflikt hinausgeht. Es ist eine sicherheitspolitische Aufgabe, die weltweite Abhängigkeit von fossilen Energieressourcen – dazu gehört übrigens auch Uran – durch den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien zu überwinden. Im Falle einer militärischen Eskalation könnte ebendiese Abhängigkeit zu einer existenziellen Gefahr durch Energieversorgungsnöte führen. Neben den bekannten Klimafolgeschäden geht es hierbei um explodierende Energiepreise; diese würden die heutigen Preissprünge um ein Vielfaches übersteigen.

Knapp 55 Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammen aus Russland. Aber zum Beispiel auch die USA beziehen Öl aus Russland. Neben aktuellen Maßnahmen zur Vorhaltung gefüllter Gasspeicher und einer künftigen Gewährleistung entsprechender Füllstände ist es richtig und wichtig, eine strategische Reserve in staatlicher Gewähr zu schaffen. Denn Energieversorgung ist Daseinsvorsorge und darf weder zum Spekulationsobjekt noch zum Erpressungsinstrument werden.

Auch wenn Russland zu jedem Zeitpunkt, selbst im Kalten Krieg, geschlossene Lieferverträge eingehalten hat, müssen wir uns Folgendes vor Augen führen: Diese 55 Prozent unserer Abhängigkeit

können kurzfristig – kurzfristig ist durchaus über Jahresspannen zu betrachten – nicht ersetzt werden, auch nicht durch LNG-Lieferungen. Bereits jetzt führt die weltmarktgetriebene Entwicklung der Energiepreise zu ökonomischen und sozialen Härten. Auf diese reagieren wir: Wir haben Heizkostenzuschüsse beschlossen, und auch eine Absenkung der EEG-Umlage ist derzeit in Prüfung.

Die Maßnahmen verdeutlichen aber auch, dass sie nur in akuten Ausnahmefällen und zur Abfederung geleistet werden können. Um Energiesicherheit zu gewährleisten, brauchen wir den beschleunigten und systemischen Umstieg auf erneuerbare Energien, und zwar schnell, verknüpft mit Speichern, darunter auch für Wasserstoff. Dies ist ein sicherheits- wie friedenspolitischer Auftrag, übrigens auch für einen kontinental-europäischen Verbund.

Dass die Bezahlbarkeit von Energie nur durch erneuerbare Energien zu garantieren ist, haben wir letztes Wochenende gesehen. Am Sonntag wurden 95 Prozent des Strombedarfs über erneuerbare Energien gedeckt, und das hat sich auch auf die Börsenstrompreise ausgewirkt. Wir waren billig wie selten bis nie. In Frankreich war dies übrigens aufgrund des Anteils von Atomstrom dort nicht der Fall. Die Ampelkoalition hat sich die Energiewende zum Ziel gesetzt und arbeitet unter Hochdruck daran.

Ich schließe mit den Worten: Friedenspolitik ist auch Energiewendepolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Reinhard Brandl, CSU:

## Putin will eine Annäherung der Ukraine an Europa verhindern



Reinhard Brandl (\*1977)  
Wahlkreis Ingolstadt

Zu Zeiten des Warschauer Pakts war die Ukraine immer wirtschaftlich stärker als ihr Nachbar Polen. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts ging es für Polen steil nach oben. Polen hat seine Wirtschaftskraft in der Zeit fast verzehnfacht, während sich die Ukraine nur auf einem niedrigen Niveau langsam nach

oben entwickelt hat. Dieser Vergleich zeigt die wahre Bedrohung von Putins Russland. Wenn die Ukraine einen ähnlichen Weg nehmen würde wie Polen ihn genommen hat, dann könnte er in seinem Land die Geschichte der Überlegenheit des russischen Systems nicht mehr erzählen. Er will deswegen um jeden Preis die Annäherung der Ukraine an Europa verhindern.

Aber das allein reicht ihm nicht. Mit dem Truppenaufzug, den wir im Moment an der Grenze zur Ukraine sehen, will er vor allem die NATO und Europa spalten. Das ist sein strategisches Ziel. Es geht nicht nur um die Ukraine. Es geht vor allem auch um uns, und das muss uns bewusst sein.

Mit der konkreten Ankündigung eines Krieges will er uns zwingen, unsere eigenen Werte zu verraten und ihm das Recht zugestehen, über andere Länder zu bestimmen und zu herrschen. Er hat jetzt an der

Grenze alles zusammengezogen, was er dafür braucht, und er wird damit spielen, monatelang, jahrelang. Wir haben es doch jetzt gerade in diesen Tagen erlebt. Am Wochenende lässt er einen Einmarsch für Mittwoch planen und erhöht damit massiv den Druck. Am Mittwoch lässt er den Druck wieder raus, indem er ankündigt, Truppen zurückzuziehen. Er wird dieses Spiel weiterspielen. Wenn er sieht, dass wir unter diesem Druck auseinanderbrechen, dann wird er den Druck erhöhen, immer weiter. Nur wenn er sieht, dass mehr Druck nur teurer für ihn wird, dann wird er ablassen. Deswegen ist die strategische und große Herausforderung für uns – so ist es auch in unserem Antrag formuliert –, dass wir dem Druck entgegenwirken, dass wir uns nicht spalten lassen und im Bündnis entschlossen und geschlossen wirken.

Meine Damen und Herren, ich finde es ausdrücklich gut, dass Bun-

deskanzler Scholz in Kiew, in Moskau und in Washington war. Aber ich hätte es auch sehr gut gefunden, wenn er heute hier im Deutschen Bundestag seine Politik erklärt hätte und die Zweifel an der Geschlossenheit und der Entschlossenheit der deutschen Bündnistreue mit erklärt hätte. Denn es stehen natürlich Fragen im Raum: Wie hält es die neue Bundesregierung mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO?

Ich war bei Olaf Scholz. Er hätte nämlich Fragen klären müssen. Er hätte Fragen klären sollen, die im Raum stehen: Wie hält es die Bundesregierung mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO? Wie hält es die aktuelle Bundesregierung mit Nord Stream 2? Wie hält es die aktuelle Bundesregierung mit dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine? Indem er diesen Fragen kontinuierlich ausweicht, sät er Zweifel im Bündnis und nimmt unserem Beitrag die Glaubwürdigkeit.

Unsere Partner erwarten von uns natürlich mehr als 5 000 Helme. Ich war auch dagegen, dass man der Ukraine Waffen liefert. Um es an diesem konkreten Beispiel klarzumachen: Das hätte man dann aber auch klar benennen sollen und hätte nicht das Bundesverteidigungsministerium prüfen lassen dürfen, um

dann zu dem Ergebnis zu kommen, dass wir gar nicht mehr liefern können. Das macht uns unglaublich. Das ist auch falsch, schadet der Bundeswehr und bedient genau das Narrativ der fehlenden Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit Deutschlands.

Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hätte heute hier auch die Chance nutzen müssen, sich von seinem unseligen Amtsvorgänger Gerhard Schröder zu distanzieren. Gerhard Schröder wird aus Russland bezahlt. Er ist eine schwere Belastung für die Diplomatie Deutschlands. Ich würde mir wünschen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, dass Sie bei den Haushaltsverhandlungen unserem Antrag folgen und die Mittel für das Büro von Gerhard Schröder hier in diesem Haus streichen. Sie müssen sich um ihn keine Sorgen machen. Er bekommt genügend Geld aus Russland. Er ist gut versorgt. Er braucht den deutschen Steuerzahler nicht. Für Sie wäre es aber eine Chance, Haltung zu zeigen, und für Deutschland wäre es eine Chance für politische Hygiene.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Adis Ahmetovic, SPD:

## Wir müssen jeden diplomatischen Schritt bis zum Letzten ausreizen



Adis Ahmetovic (\*1993)  
Wahlkreis Hannover I

Es ist mir eine große Ehre, heute hier und jetzt vor Ihnen zu stehen und als junger Abgeordneter zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands zu sprechen. Das Thema aber, zu dem ich heute meine erste Rede halten darf, ist ein sehr besorgniserregendes und sehr bedrohliches. Die Gefahr eines Krieges auf europäischem Boden ist so groß wie seit den 90er-Jahren nicht mehr.

Mehrere Generationen in der EU und in weiten Teilen Europas sind mit der Abwesenheit von Krieg aufgewachsen. Frieden ist für sie etwas Selbstverständliches – auch wenn

wir immer wieder davon ausgehen mussten, dass es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann. Das sehen wir gerade im aktuellen Ukraine-Konflikt. Diese immer größer werdende Gefahr eines militärischen Konflikts nehmen die Menschen unseres Landes wahr. Täglich bekommen wir viele Zuschriften. Die Menschen fordern uns auf, für Stabilität und Frieden zu sorgen. Und das, meine Damen und Herren, dürfen die Menschen auch zu Recht erwarten. Eine liberale Demokratie, wie sie die Bundesrepublik Deutschland ist, wie sie sie lebt und auch ausfüllt, hat den Auftrag, unbeeinträchtigt für Frieden und Stabilität in Europa zu sorgen.

Wir müssen jeden diplomatischen Schritt bis zum Letzten ausreizen und die Türen für die friedliche Beendigung dieses Konfliktes bis zum Schluss offenhalten, ohne dass wir unsere Werte aufgeben. Keine Seite wird aus diesem Konflikt als Gewinner hervorgehen. Deshalb wollen wir keinen Krieg, sondern Frieden mit Diplomatie.

Auch wenn der Weg der Diplomatie oft steinig ist und von einigen gar als Zeichen der Schwäche, Nachgiebigkeit oder Nachsichtigkeit ge-

genüber Russland verstanden wird: In diesem Fall ist die Diplomatie der einzig richtige Weg und ein klares Signal für Mut und Entschlossenheit. Ich bin davon überzeugt, dass jeder Hass und jede Form von Gewalt ausgehend von Autokratien und Diktaturen niemals, aber auch wirklich niemals stärker sein werden als die Kraft der Demokratie und das Zusammenspiel aller demokratischen Staaten in Europa.

Um es aber mit aller Deutlichkeit zu sagen, damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Sollte es durch Russland eine neue militärische Aggression gegen die Ukraine geben, die ihre territoriale Integrität und Souveränität weiter untergräbt, muss Russland mit harten Sanktionen und Reaktionen rechnen, die wir gemeinsam und geschlossen mit unseren Verbündeten in Europa und in der NATO umgehend verabschieden werden.

Ich bin dankbar, dass wir über diese akute Bedrohungslage heute wieder im Parlament sprechen. Ich bin mir sicher, dass wir uns alle einig sind, was das Ziel angeht: Wir wollen keinen Krieg in der Ukraine, wir wollen Frieden in ganz Europa. Anders aber als die Oppositionspar-

teien wählen wir als Regierungsfraktionen einen anderen Weg. Wir reagieren nicht mit Gegenaggressionen auf Aggressionen oder stellen uns parteiisch auf die Seite Russlands. Wir kommen nämlich nur dann einen Schritt voran, wenn sich alle Verhandlungspartner auf Augenhöhe begegnen.

Ich bin froh, dass wir einen Kanzler wie Olaf Scholz haben und eine Außenministerin wie Annalena Baerbock, die in den vergangenen Tagen und Wochen einmal mehr bewiesen haben, was Besonnenheit und Ruhe bewirken können in der internationalen Politik. Dieser Erfolg der letzten Tage ist ein Erfolg von Annalena Baerbock und von Olaf Scholz, meine Damen und Herren. Beide haben ganz klar dem Dialog und der Diplomatie eine neue, positive Qualität verliehen. Sie haben gezeigt, dass es auch noch auszuschöpfendes Potenzial gibt: Einhaltung und vollständige Umsetzung des Minsk-II-Abkommens, Rüstungskontrolle zwischen der NATO und Russland, vereinbarte kontinuierliche Dialoge im NATO-Russland-Rat sowie im Normandie-Format und auch zivilgesellschaftliche Lösungen wie eine Visaliberalisierung für junge Russinnen und Russen, um den Austausch zwischen Ost und West voranzutreiben. Was wir für die Zukunft brauchen – daran müssen wir in den nächsten Jahren aktiv und intensiv arbeiten, meine Damen und Herren –, ist eine gemeinsame Sicherheitsstruktur und -architektur, bei der wir Russland

nicht ausschließen.

Wenn wir jetzt mit unseren diplomatischen Bemühungen scheitern, wird die steigende Anspannung zu einem Dominoeffekt führen und zu einem Brandbeschleuniger für andere Konflikte in Europa werden, wie zum Beispiel auf dem Balkan.

Herr Gysi, ich schätze Sie eigentlich, bin aber fassungslos über Ihre Ausführungen. Ich würde Sie gerne einmal in den westlichen Balkan mitnehmen, ob nach Kroatien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina. Lassen Sie uns schauen, was zwischen 1991 und 1999 dort passiert ist. Über 200 000 Tote hat der Jugoslawien-Krieg gefordert. Hätte man 1999 nicht agiert, hätte es eine Fortsetzung des Mordens gegeben. Deswegen war das eine richtige Entscheidung; das hat Olaf Scholz in Moskau auch klargemacht.

Zum Schluss möchte ich klar betonen – Frau Präsidentin, ich weiß, meine Redezeit ist zu Ende -: Wenn es zu Grenzverschiebungen in der Ukraine, in Montenegro oder in Bosnien und Herzegowina oder anderswo in Europa kommen sollte, werden wir das nicht hinnehmen. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam vereint die Stärke und Strahlkraft dieses Parlamentes nutzen, um den Frieden und die Freiheit in Europa zu verteidigen. Es schlägt die Stunde der Diplomatie und Friedenspolitik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

leicht  
erklärt!

# Zuschuss für Heiz-Kosten

Unterstützung vom Staat



## Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über ein neues Gesetz gesprochen.

Dabei ging es um das Thema: Heiz-Kosten.

Genauer: Bestimmte Personen sollen für ihre Heiz-Kosten eine Unterstützung vom Staat bekommen.

„Staat“ ist ein anderes Wort für „Land“.

Im folgenden Text ist mit „Staat“ also Deutschland gemeint.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Warum soll es die Unterstützung geben?
- Wer soll sie bekommen?
- Wie viel Geld soll man bekommen?
- Welche Meinungen gibt es zu der Idee?

## Das Problem: Höhere Kosten fürs Heizen

Viele Heizungen laufen mit Heiz-Öl oder Gas.

Die Preise für Heiz-Öl und Gas sind in den letzten Monaten stark gestiegen.

Zum Beispiel:

Im Januar vor einem Jahr hat ein Liter Heiz-Öl ungefähr 58 Cent gekostet. Letzten Monat hat der Liter Heiz-Öl ungefähr 88 Cent gekostet.

Man muss also im Moment mehr Geld zahlen als früher, um die Wohnung zu heizen.

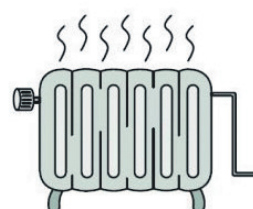


## Besonders ärmere Menschen betroffen

Gerade für ärmere Menschen kann das ein Problem sein.

Sie müssen einen großen Teil ihres Geldes fürs Heizen ausgeben.

Wenn der Preis fürs Heizen dann steigt, merken sie das viel deutlicher als reichere Menschen.



## Hilfe durch Zuschuss



Die Bundes-Regierung hat deswegen beschlossen:

Sie möchte einigen Menschen einen Zuschuss zu den Heiz-Kosten geben.

Zuschuss bedeutet:

Diese Menschen bekommen Geld vom Staat.

Das Geld soll dabei helfen, die Heiz-Kosten zu zahlen.



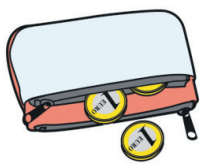
Die Bundes-Regierung hat dazu einen Plan aufgeschrieben.

Dann haben einige Politiker vom Bundestag dazu ein Gesetz vorgeschlagen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Inhalte aus diesem Gesetz kurz erklärt.

## Wer soll den Zuschuss bekommen?

Das Geld kann nicht jeder bekommen.



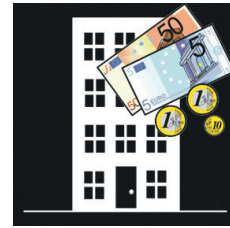
Es ist vor allem für Menschen gedacht, die nicht so viel Geld zum Leben haben.

Denn diese Menschen sind von höheren Preisen fürs Heizen besonders betroffen.

Den Zuschuss sollen deswegen Menschen bekommen, die auch schon andere Unterstützung vom Staat bekommen.

Denn das sind ja Menschen, die diese Hilfe besonders nötig haben.

Folgende Menschen sollen das Geld bekommen.



## 1. Menschen, die Wohn-Geld bekommen

Manche Menschen in Deutschland bekommen Wohn-Geld.

Das ist eine Unterstützung vom Staat.

Das Geld kann man zum Beispiel für folgende Dinge bekommen:

- Miete
- Kosten für eine eigene Wohnung
- Kosten für ein eigenes Haus

Wohn-Geld können Menschen bekommen, die ihre Wohn-Kosten allein nicht komplett bezahlen können.

Genau diese Menschen sollen auch den Zuschuss für die Heiz-Kosten bekommen.

## 2. Menschen, die Unterstützung für ihre Ausbildung bekommen

Manche Menschen in Deutschland bekommen Geld vom Staat für ihre Ausbildung.

Zum Beispiel:

- bestimmte Studenten
- bestimmte Auszubildende
- Menschen, die bestimmte Fort-Bildungen machen

All diese Menschen sollen auch den Zuschuss zu den Heiz-Kosten bekommen.



## Wie viel Geld soll man bekommen?

Den Zuschuss soll man einmal bekommen.

1

Es ist also kein Geld, dass man regelmäßig jeden Monat bekommt.



Wie viel man bekommt, hängt davon ab, wie viele Leute zusammen in einer Wohnung wohnen.

Eine Person, die allein wohnt, bekommt 135 Euro.

Wohnen 2 Personen zusammen, bekommen sie zusammen 175 Euro. Das gilt zum Beispiel für Ehe-Paare.

Für jede weitere Person gibt es noch mal 35 Euro.

Ein Ehe-Paar mit 2 Kindern bekommt also zum Beispiel 245 Euro.



Wer Unterstützung für seine Ausbildung bekommt, soll 115 Euro für die Heiz-Kosten dazubekommen.

## Wie bekommt man den Zuschuss?

Das kommt darauf an, zu welcher Gruppe man gehört.

Folgende Personen bekommen den Zuschuss automatisch:

- Menschen, die Wohn-Geld bekommen
- Auszubildende, die Unterstützung bekommen



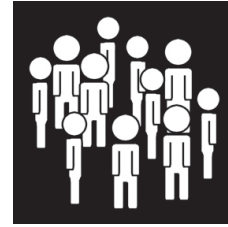
Folgende Personen müssen einen Antrag stellen:

- Studenten, die Unterstützung bekommen
- Menschen, die Geld für eine Fort-Bildung bekommen



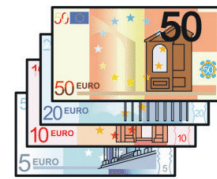
## Wann soll man den Zuschuss bekommen?

Das Geld soll man im Juni bekommen.



## Wie viele Menschen sollen den Zuschuss bekommen?

Die Regierung schätzt: Ungefähr 2,1 Millionen Menschen in Deutschland könnten den Zuschuss bekommen.



## Was wird der Zuschuss insgesamt kosten?

Wenn all diese Menschen den Zuschuss bekommen, dürfte das ungefähr 190 Millionen Euro kosten.

## Was muss jetzt noch passieren?

Letzte Woche hat der Bundestag zum ersten Mal über das neue Gesetz gesprochen.

Jetzt beschäftigt sich eine Arbeits-Gruppe mit dem Gesetz.

Die Fach-Leute werden noch genauer über das Thema sprechen.

Vielleicht werden sie auch Änderungen am Gesetz vorschlagen.

Dann wird der Bundestag noch mal darüber sprechen.

Danach wird es zur Abstimmung kommen.

Wenn die Politiker vom Bundestag zustimmen, gilt das Gesetz.

Dann kann der Zuschuss zu den Heiz-Kosten im Sommer ausgezahlt werden.



## Meinungen zum Zuschuss

Die Meinungen zum Zuschuss sind unterschiedlich.

Manche finden den Zuschuss gut.

Denn: Er hilft vielen ärmeren Menschen ein wenig.

Und er zeigt, dass sich der Staat um diese Menschen kümmert.





Es gibt aber auch Kritik am Zuschuss.

Eine Kritik ist:

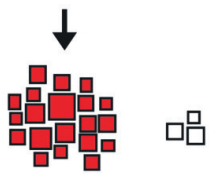
Den Zuschuss werden nicht alle Menschen bekommen, die ihn brauchen.

Den Zuschuss bekommen ja nur Menschen, die Wohn-Geld oder Unterstützung bei der Ausbildung bekommen.

Es gibt aber auch noch andere Menschen, für die die Heiz-Kosten zu hoch sind.

Sie werden durch den Zuschuss nicht beachtet.

Das hat zum Beispiel ein Verein mit dem Namen Sozialverband VdK gesagt.



Eine Kritik ist auch:

Der Zuschuss reicht nicht.  
Es müsste mehr Geld geben.

Nur dann würde er wirklich die höheren Heiz-Kosten ausgleichen.

Das sagt zum Beispiel ein Verein mit dem Namen Verbraucher-Zentrale.

Der findet auch:

Der Zuschuss kommt zu spät.

Er soll erst im Sommer gezahlt werden.

Viele Menschen haben aber jetzt schon hohe Heiz-Kosten.

Eine Meinung ist auch:

Der Zuschuss ist keine Lösung für das Problem mit hohen Heiz-Kosten.

Er ist nur eine schnelle Hilfe für den Moment.

Die Bundes-Regierung muss etwas tun, damit die Heiz-Kosten wieder sinken.



## Kurz zusammengefasst



Die Kosten fürs Heizen sind im Moment sehr hoch.

Vor allem für Menschen mit wenig Geld ist das ein Problem.

Die Bundes-Regierung möchte diese Menschen unterstützen.

Und zwar mit einem einmaligen Zuschuss zu den Heiz-Kosten.

Dafür haben Politiker vom Bundestag ein Gesetz vorgeschlagen.

Letzte Woche hat der Bundestag zum ersten Mal darüber gesprochen.

Demnächst muss es dann eine Abstimmung über das Gesetz geben.

Wenn der Bundestag Ja sagt, gilt das Gesetz.

Dann bekommen viele Menschen im Sommer einen Zuschuss für ihre Heiz-Kosten.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance/dpa / Fabian Sommer. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 8-9/2022  
Die nächste Ausgabe erscheint am 7. März 2022.